

Vorlesung "Mitteleuropa 1850-1890": Gliederung

NB: diese Gliederung soll die Vorlesung unterstützen, kann sie nicht ersetzen! Sie ist für den internen Gebrauch im Rahmen des Studiums an der Universität Erlangen-Nürnberg bestimmt!

I. Voraussetzungen, Rahmenbedingungen

1.) Die politische Organisation Mitteleuropas: Realitäten und Optionen

* der Deutsche Bund ist ein lockerer Staatenbund (also: Gliedstaaten souverän)

* 1848/49 fast Konsens: Wunsch nach strafferem politischem System – aber:

- als "*Siebzigmillionenreich*" unter Einbeziehung alles habsburgisch regierten Gebiete (nicht als Nationalstaat denkbar!)?

- als "*Doppelbund*"? meint: "kleindeutscher" Bundesstaat (Souveränität beim Bundesganzen) plus staatenbündisches Verhältnis zu Habsburgs Gebieten

vorkommende Begriffe: "Staatenverbund" (so zuletzt zur EU das Bundesverfassungsgericht); Wiener Bundesakte 1815, Wiener Schlußakte 1820; Reichshofrat, Reichskammergericht; Ruthenen

2.) Das Erbe von "1848"

a) wie reagiert das 1848 aufmüpfige Bürgertum auf das Desaster von 1849?

- Auswanderung

vorkommende Namen und Begriffe: Forty-Eighter; Carl Schurz, Gottfried Kinkel; Mathilde Franziska Anneke, Womens´ Movement, Milwaukee; Christian Jansen; "Kosmos", Europäisches Zentralkomitee der Demokratie, Ausschuß für die deutschen Angelegenheiten; Pull-Faktoren, Push-Faktoren; New Melle, Frankfort, Heidelberg

- "Realpolitik"

* kulturgeschichtlicher Umblick: der "Auszug aus der romantischen Utopie"

meint: in Literatur, Malerei, Architektur usw. sucht man "Realismus", man will `die Wirklichkeit´ abbilden

vorkommende Namen und Begriffe: Emil Adolf Roßmäßler, Tharand; Theodor Schieder, Hans-Christoph Kraus; Junges Deutschland, Biedermeier; Gustav Freytag, Theodor Fontane

* Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum modernen "realist thought"

die wichtigste gemeinsame Schnittmenge: Verurteilung von "Idealismus", "Moralismus", sogar "Legalismus" durch Exponenten des "realist thought" – man fragt nach "Interessen", die seien leichter zu kalkulieren als Gefühle, flexibler zu einer tragfähigen politischen Grundlage zu verflechten als moralische Prinzipien oder rigide befolgte Normen

vorkommende Namen und Begriffe: Ludwig August von Rochau ("Grundsätze der Realpolitik angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands"); "Realisten", "Neorealisten", Henry Kissinger, "der Staat" = "an unitary actor"

* "Realpolitik" als neuer außenpolitischer Stil seit den 1850ern

meint: Metternichära vorbei → an die Stelle von Rechtsbewußtsein, Maßhalten und Ruhebedürfnis tritt robuste Machtpolitik; wir betrachten das am Beginn des Schlußkapitels, über die Außenpolitik des Kaiserreichs, noch genauer!

vorkommende Namen und Begriffe: Winfried Baumgart; Louis Napoleon (→ Napoleon III.; plebiszitär verbrämte Alleinherrschaft → // Napoleon I.: die usurpierte Autorität soll durch außenpolitische Erfolge stabilisiert werden), Felix Fürst zu Schwarzenberg, Alexander Michailowitsch von Gorčacov, Camillo Benso Graf von Cavour, Otto von Bismarck

* "Realpolitik" als nach 1850 reüssierende deutschlandpolitische Maxime

o *"Realpolitik" als Arrangement mit den (vermeintlich) nun einmal gegebenen Machtverhältnissen*

o *Warum läuft dieses Denken unter den damaligen Umständen auf einen Pakt mit der preußischen Pickelhaube hinaus?*

NB: spezifische damalige Färbung (die mit modernem "realist thought" nicht mehr so viel zu tun hat): kühl kalkulierende liberale Interessenpolitik im Schulterschuß mit Preußen

o *"Realpolitik" als opportunistischer Kompromiß? Zeichen bürgerlicher Schwäche? Resignation?*

ältere (meines Erachtens nicht falsche) Einschätzung: das nachrevolutionäre Bürgertum entpolitisiert sich, konzentriert sich auf sein ökonomisches Fortkommen, ist zu opportunistischen Kompromissen mit den innenpolitisch reaktionären, aber wirtschaftsliberalen deutschen Regierungen bereit

o *"Realpolitik" als Ausdruck von Siegesgewißheit und Fortschrittsoptimismus?*

man könnte diese meines Erachtens sehr optimistische Einschätzung noch am ehesten so `verteidigen´: nur ein machtvoller, auch ökonomisch potenter Staat produziert Eliten, die großzügig denken, modern, global, und sich dann ein entsprechendes Staatswesen formen; das Kalkül wird freilich eben nicht aufgehen!

Ganz schmatisch – Wege zur Einheit:

Option 1: die nationale Einigung erwächst einer vorausgehenden Demokratisierung und Liberalisierung der Einzelstaaten

Version 1a: "wir setzen auf politische Freiheiten" → demokratische einzelstaatliche Regierungen schließen sich zu einem demokratisch verfaßten Nationalstaat zusammen

Version 1b (vor allem im Rheinland verbreitet): "wir setzen auf wirtschaftliche Liberalisierung", auf Freihandel, der wirtschaftlichen Verflechtung werden politische Freiheiten und die nationale Einigung auf dem Fuße folgen

Option 2: "Einheit vor Freiheit", wir verbünden uns mit Preußen, schenken diesem eine lange deutschnationale Vergangenheit ("Preußens deutsche Sendung" seit dem Großen Kurfürsten), dafür schenkt uns Preußen unseren Nationalstaat; die "Freiheit" wird der von Preußen geschenkten "Einheit" auf dem Fuße folgen

vorkommende Namen: Wolfram Siemann ("Gesellschaft im Aufbruch"); Karl Twisten, Heinrich von Gagern; Christian Jansen

b) welche Lehren ziehen die Obrigkeiten aus der 48er-Revolution?

- Repression ja, Restauration nein
 - Brückenschlag zum wohlhabenden Bürgertum als Revolutionsprävention
 - < Interessenkonvergenzen in der Sozialpolitik: das Arbeiterpack war 48 verstörend frech geworden, dagegen halfen nur starke Monarchen
 - < Interessenkonvergenzen in der Wirtschaftspolitik: Gewerbefreiheit, Freihandel
 - < Interessenkonvergenzen in der Außenpolitik: obrigkeitliche Schulterschlüsse mit den nationalen Bewegungen
 - Nationalismus als Staat und Gesellschaft miteinander verklammernde, insofern innenpolitisch stabilisierende Idee (freilich eben im Plural – mit entsprechend destabilisierenden Wirkungen auf die Außenpolitik!)
- vorkommende Namen und Begriffe*: Savoyen-Sardinien-Piemont; Joseph von Radowitz, Otto von Bismarck, Napoleon III., Panславismus

II. Mitteleuropa 1850-1858: Kampf der nationalpolitischen Konzepte, Kooperation bei der inneren Repression

1.) Eine "Stunde Null"?

- das "Interim"

Revolution ↓ → Kommission aus je zwei Österreichern und Preußen, die provisorisch – bis längstens zum 1. Mai 1850 – die Geschicke Mitteleuropas lenken soll

- Optionen für die zukünftige Ordnung Mitteleuropas

Der Dualismus, diese Grundstruktur der deutschen Geschichte zwischen 1740 und 1866, äußert sich im letzten Stadium, seit 1850, als Gegeneinander zwischen "kleindeutsch" und "großdeutsch".

vorkommende Namen und Begriffe: Erzherzog Johann, Reichsverweser; Ernst Rudolf Huber; Bundeskommission ("österreichisch-preußisches Interim"); Friedrich II. von Preußen, Königin Maria Theresia, Hellmuth von Moltke

2.) Das Scheitern der Erfurter Union

a) Preußen prescht vor: Zirkularnote ...

... vom 28. April 1849, *Konzeption: Doppelbund* – im Grunde die Paulskirchenverfassung, aber unter Eliminierung ihrer demokratischen Züge und als Gründung `von oben herab´; anders formuliert: man beantwortet die nationale Frage wie die Revolutionäre, aber natürlich nicht die nach der Regierungsweise.

b) das Projekt der "Erfurter Union"

Berliner Verhandlungen → *Dreikönigsbündnis* (Preußen, Sachsen, Hannover) → Einladung an alle übrigen deutschen Staaten, sich anzuschließen → "*Erfurter Union*" mit zeitweise 36 Mitgliedern

Haltung der Paulskirchenpromis: "die Gothaer" stimmen zu < Antizipation von "Realpolitik" ("die Zwecke" stünden "höher" als "das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte")

c) Österreich torpediert das Erfurter Projekt

Kriegsdrohungen, die *Union beginnt zu erodieren* → *Vierkönigsbündnis* (Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover) mit eigenem Verfassungsplan: Siebzigmillionenreich, doch mit gewissen bundesstaatlichen Elementen

→ Gegeneinander zweier inkompatibler Projekte, die Erfurter Union erodiert, das Gegenbündnis ist zu klein für eine Gesamlösung

d) das "Interim" läuft ab

→ was/wer springt in die Lücke? eine sich ausdehnende Erfurter Union? der restituierte "alte" Bundestag? Berliner Konferenz vs. Frankfurter Konferenz

e) Kriegsgefahr 1: Schleswig

• zur windungsreichen Vorgeschichte

* eine komplexe rechtliche Lage ...

beide Herzogtümer vom Dänenkönig regiert; beide Herzogtümer staatsrechtlich verklammert (Ripener Privileg 1460: "dat se bliven ewig tosamende ungedelt"); aber: nur Holstein gehörte zum Alten Reich, gehört zum Deutschen Bund

* ... wird erst problematisch, als der Nationalismus hineinspielt, so zunächst 1840 ...

< deutsche Stimmen fordern Ende der 1830er Jahre gemeinsame Repräsentativverfassung für beide Herzogtümer und eigene, von der dänischen getrennte Verwaltung

→ Gegenbewegung im mehrheitlich dänisch bewohnten Nordschleswig; der radikale "eiderdänische" Flügel fordert Trennung von Holstein und vollständige Integration Schleswigs ins Königreich Dänemark

→ 1840 Sprachedikt Kopenhagens: führt Dänisch in Nordschleswig als Amtssprache ein

→ "Schleswig-Holstein-Frage" wird zu einer "deutschen", zum Thema der Sängerbewegungen ("Schleswig-Holstein meerumschlungen") und der ersten Germanistentage

* ... dann wieder 1848:

- was Dänemark will, was die deutsche Nationalbewegung will
- der Bundes- wird ein Reichskrieg gegen Dänemark
- "es geht um die Ehre von Deutschland": die Paulskirchendebatte
- der Waffenstillstand von Malmö
- die "Septemberkrise"
- die Reichsverfassung bietet einen Satz, aber keine Lösung

• **erneute Konflikte seit dem Frühjahr 1849**

Neue Kriegshandlungen → erneute Intervention der Großmächte → Waffenstillstand → Berliner Frieden vom 2. Juli 1850

Mit Artikel 4 des Berliner Friedens (er erlaubt es dem Dänenkönig und Herzog von Holstein, den Deutschen Bund um eine Bundesintervention in Holstein zu ersuchen) gab Preußen sowohl Holstein als auch die Erfurter Union preis

< wenn man dem Dänenkönig das Recht einräumte, den Deutschen Bund um seine Intervention anzugehen, dann mußte es weiterhin einen Deutschen Bund geben und, um die Intervention zu beschließen, einen Bundestag

→ tatsächlich beantragte der Däne am Frankfurter Rumpfbundestag die Bundesintervention

vorkommende Namen und Begriffe: Joseph von Radowitz; Casino; "Eiderdänen"; König Friedrich VII. von Dänemark, "Provisorische Regierung"; Friedrich Christoph Dahlmann; "Gemeinsame Regierung"

f) **Kriegsgefahr 2: Hessen**

• **ein ganzes Land wehrt sich gegen den kurfürstlichen Staatsstreich**

erkonservatives Ministerium, zweimalige Auflösung der Kammer

→ diese protestiert und verweigert den Staatshaushalt

→ Kurfürst Friedrich Wilhelm erklärt, auch ohne parlamentarische Bewilligung weiterhin Steuern einzutreiben; verhängt Kriegszustand

→ Renitenz überall, sogar bei den Gerichten, sogar in der Armee

→ Kurfürst bittet um Bundesintervention

• **"Bundesintervention" und erste Gefechtsberührungen in Hessen**

vorkommende Namen und Begriffe: Ernst Rudolf Huber, "Strafbayern", Radowitz

g) die "Schmach von Olmütz"

- die Olmützer Punktation ...

... vom 29. 11. 1850 ist rasch zusammengefaßt: Preußen gibt fast auf der ganzen Linie nach, Hessen bleibt in der Hand der "Strafbayern"

kleiner Erfolg für Berlin: nicht sofortige Restitution des `alten´ Bundestags, vorher Beratungen in Dresden über etwaige andere nationalpolitische `Lösungen´

aber: die Dresdner Ministerkonferenz vom Dezember 1850 bis in den Mai 1851 hinein erbringt keine Einigung zwischen Anhängern "großdeutsch"-staatenbündischer und "kleindeutsch"-bundesstaatlicher Konzepte

- Wiederherstellung des `alten´ Deutschen Bundes

im Frühjahr 1851 schneidet die Berliner Regierung weitere Erörterungen ab, indem sie alle seitherigen "Erfurter" auffordert, Gesandte zum Frankfurter Bundestag abzuordnen

→ der `alte´, 1848 suspendierte Bundestag nimmt im Mai 1851 seine Arbeit wieder auf
(preußischer Bundestagsgesandter ist Otto von Bismarck)

= Paradefall für die Divergenz zwischen Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit

< die Verfassungsbuchstaben (von 1815/20) waren dieselben, das politische System war im Zeichen des nun virulenten Dualismus ein ganz anderes geworden

- warum gab Preußen nach? und warum ging das als "Schmach" in die Geschichte ein?

heutige Historiker: es gab damals keine revolutionäre Situation in Mitteleuropa

Friedrich Wilhelm, Manteuffel: soll man jene Heere aufeinanderjagen, die einen gerade erst vor revolutionärem Mob gerettet hatten?

< publizistische Erregung ist in Berlin, wiewohl ja propreußisch und "pro Erfurt", suspekt (die hitzige "liberale" Parteinahme für Preußen schadet also auf den zweiten Blick Radowitz, dem Motor hinter dem Erfurter Projekt!)

< Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. (Attentäter Sefeloge: "es lebe die Freiheit!")

Wolfram Siemann: "Die Olmützer Punktation war zu einem wesentlichen Teil Revolutionsprophylaxe. Seitdem datierte die gemeinsame, koordiniert betriebene antirevolutionäre Innenpolitik Österreichs und Preußens."

vorkommende Namen und Begriffe: Otto Theodor von Manteuffel, Felix Fürst zu Schwarzenberg; Duumvirat; "Kamarilla"

3.) Otto von Bismarck

a) zum Lebenslauf bis 1847

- woher der Adelsdünkel rührt
- Otto der Faule: eine verkrachte Existenz
- Rückzug ins ostelbische Landleben, Otto der Faule langweilt sich
- erratisch in diesem Lebenslauf: das 'Erweckungserlebnis'

vorkommende Namen und Begriffe: Gerhart Binder; Pietismus, Marie von Tadden, Johanna von Putkamer

b) Bismarcks erste größere Rede

was lernen wir aus diesem Auftritt?

- Otto der Glangweilte ist gleichsam in die Politik hineingestolpert, es war nicht geplant
- Otto den Glangweilten fesselt an der Politik die Freude an Kampf und Streit
- dabei verachtet er parlamentarische Arbeit an sich, hier würden nur hohle Phrasen gedroschen, überspannte Theorien gedrechselt
- > umso mehr Spaß macht es ihm, sich Gegner zurechtzulegen, sie zu provozieren, zu ärgern, oft auch lächerlich zu machen
 - < wenn überspitzte Behauptungen dafür sorgten, daß sich die Herren Parlamentarier so richtig schön ärgerten, umso besser, so machte doch der Politikbetrieb erst recht Spaß

Man hat nach zwei Seiten hin zu viel in diesen typisch Bismarckschen Redenstil hineingelesen

- < *"liberale" Gegner einst und jetzt:* entlarvt den zynischen Machtmenschen und/oder finsternen Reaktionär, der bei so viel rhetorischer Gewalttätigkeit auch vor wirklicher Gewalt nicht zurückschrecken würde
- < *Bismarck-Bewunderer einst und jetzt:* sei angeblich Geradlinigkeit, im Gegensatz zu den "liberalen Schönschwätzern" habe Bismarck eben ganz offen und ehrlich bekundet, daß in der Politik alles eine Machtfrage sei

vorkommende Begriffe und Namen: Vereinigter Landtag, von Brauchitsch, Heydt, Mevissen

c) die nächsten Stationen bis 1858

- Mitglied des preußischen Herrenhauses
- Mitglied des Erfurter Unionsparlaments

- Mitglied des preußischen Herrenhauses
- Mitglied des Erfurter Unionsparlaments

Was wir aus Bismarcks Plädoyer für die Olmützer Punktation (3. 12. 1850) lernen können:

- Bismarck ist ein Exponent der "Realpolitik", im damals bald üblichen Sinne wie in dem heutiger Politologen ("die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der *staatliche Egoismus* und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem *eigenen Interesse* angehört")
- Bismarck kommt von der äußersten Rechten her; sein Zweckbündnis mit dem nationalliberalen Bürgertum liegt noch in weiten Fernen
- für Bismarck zählen jetzt (und noch sehr lang) ausschließlich preußische, keine deutschen Interessen
- noch ist Bismarck Österreich durchaus freundlich gesinnt
 - < der junge Bismarck ist fanatisch antirevolutionär, schon deshalb dem neoabsolutistischen Österreich zugetan, im Zeichen solidarischer Gefahrenabwehr
 - < daß jenes liberale Bürgertum, mit dem Bismarck 1871 das Kaiserreich schaffen wird, mit dem Erfurter Projekt sympathisiert, macht es ihm 1850 suspekt

- preußischer Bundestagsgesandter (1851-59)

Was wir aus dem Brief von 1853 und dem Memorandum von 1856 lernen können:

- Bismarck kommt bald zum Schluß, daß in Deutschland kein Raum für zwei Großmächte sei
- führt von hier eine direkte Linie zu "1866" und "1871? jein
 - < es geht Bismarck weiterhin ausschließlich um Preußen ("wir müssen uns weder in eignen noch durch fremde Phrasen über `Deutsche Politik´ fangen lassen ... sondern dreist eine spezifisch Preußische Politik affichieren, die ihre Geltung durch die Interessen und Befürchtungen anderer sucht, nicht durch Gefühle, die jeder vorgibt und keiner hat")

Um es mit Splittern des Memorandums von 1856 zu sagen: Hätte man bis 1866 ein "ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland" gefunden, das Preußen friedlich die unbestrittene Hegemonie über Norddeutschland eingebracht hätte, hätte Bismarck 1866 keinen "Bruderkrieg" geführt. Aber im Sommer 1866 wird er eben die Chance sehen, "die Entscheidung zwischen uns und Östreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen". Bismarcks preußische Politik fuhr stets mehrgleisig und folgte keiner nationalen Teleologie.

4.) Die dritte Repressionswelle im Deutschen Bund

- zum Wiedererinnern: Repressionswellen seit 1819/20; seit 1830

vorkommende Begriffe: Wiener Schlußakte, Karlsbader Beschlüsse; Sechs Artikel, Zehn Artikel, Verbot der Schriften des Jungen Deutschland

- im Visier der Obrigkeiten sind diverse Errungenschaften von "1848":

- Verfassungseid der Heere
- allgemeines Männerwahlrecht
- eine umfassende Budgetgewalt der Kammern
- ein zensurfrees Presserecht

Ernst Rudolf Huber: "Entliberalisierung und Entdemokratisierung des Landesverfassungen mit Hilfe der Bundesgewalt"

- die wichtigsten Einzelmaßnahmen

wir merken auch bei dieser dritten Repressionswelle: der Staatenbund macht sich auf einem einzigen Gebiet, dem der inneren Repression, bundesstaatliche Züge zueigen
-> immerhin ein repressives Projekt, der Plan einer "Bundeszentralpolizei", scheitert – aber es geht den Gegnern hierbei um einen Rest an einzelstaatlicher Selbständigkeit und Würde, nicht etwa um die "liberalen" Errungenschaften der Paulskirchenzeit

die Wirkung? so durchschlagend wie um und nach 1820, schlimmer als bei der zweiten Repressionswelle seit 1830

< strafrechtliche, zivilrechtliche (mit gesamtschuldnerischer Haftung und ruinösen Forderungen auch gegenüber Verwandten!), dienstrechtliche Maßnahmen

< Presse bis ins konstitutionell-liberale Lager hinein bedrängt und bedroht

< keinerlei parteipolitisches Engagement in der Zivilgesellschaft möglich –> keine institutionelle Brücke zwischen den Parteien von 1848 und denen des Kaiserreichs

< in den Parlamenten regierungsfremde Mehrheiten, oft nach massiven Wahlmanipulationen

vorkommende Begriffe und Namen: "Bundesreaktionsbeschluß"; "Reaktionsausschuß"; "Preßgesetz"; "Bundesvereinsgesetz" (mit dem "Affiliationsverbot"); Ludwig Freiherr von der Pfordten; "Polizeiverein" (auch "Polizeikartell"), "Rayons" (Österreich, Preußen, Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden), "Polizeikonferenzen", "Wochenberichte"; Ferdinand Stiehl, "Stiehlsche Regulative"; Postlogen, Zentral-Manipulationsbüro

5.) Einschub: materielle Rahmenbedingungen

Regiebemerkung: Bei der inneren Repression arbeiteten die beiden Großen zusammen. Es gab aber auch ein Feld der Konkurrenz: die Zollpolitik (unser nächstes Thema, nach dem Einschub). Die Vorlesung nimmt das als Vorwand, um an dieser Stelle einige materielle Rahmenbedingungen mitteleuropäischer Geschichte um und nach 1850 zu klären.

a) Mitteleuropa und die Industrielle Revolution

- was macht die sog. "Industrielle Revolution" aus?
 - Dampfkraft befreit die Produktion von natürlichen Abhängigkeiten (Wind, Flußläufe ...)
 - fossile Energien ersetzen regenerative, "Ende des hölzernen Zeitalters"
 - Steinkohle und Dampfkraft ermöglichen die Errichtung von Fabriken
 - wegen der vielen Fabriken wird freie Lohnarbeit die typische Erwerbsform der Massen
 - die Industrielle geht mit einer Kommunikationsrevolution einher
- wann durchläuft Mitteleuropa diesen Transformationsprozeß?
 - * *1800-1840*: "Proto-" oder "Frühindustrialisierung"
 - * *1840-1873*: "Take off"; Leitsektoren wie überall Schwer- und Textilindustrie, besondere deutsche Stärke: Maschinenbau
 - * *Ausblick*: bis ca. 1900 wird Deutschland zu einer der drei weltweit führenden Industrienächte aufsteigen < führend bei den neuen industriellen Leitsektoren: chemische Industrie, Elektroindustrie

Von den Leitsektoren her:

- *bis in die 1840er*: leichtindustrielle Phase (die Briten sind den Deutschen weit voraus)
- *1840 bis 1880er*: schwerindustrielle Phase (die Deutschen können immer besser mithalten, beim Maschinenbau sind sie sogar vorne mit dabei)
- *seit 1880er*: Phase der "neuen Industrien" (hier sind die Deutschen sogar besser als die Briten, so gut wie die Amis)

b) Mitteleuropa und der Globalisierungsschub vor/um 1850

- zeitgenössische Empfindung eines Beschleunigungsschubs, Räume und Entfernungen verlören ihre Relevanz

Heinrich Heine 1843, anlässlich der Eröffnung einer der ersten Eisenbahnlinien: "Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unsrer Anschauungsweise und in unsern Vorstellungen! Sogar die Elementar-begriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden. Durch die Eisenbahnen wird der Raum getötet, und es bleibt uns nur noch die Zeit übrig."
(Solche und weitere Zitate zum subjektiven Empfinden einer `Beschleunigung´: Gotthard, In der Ferne)
- Schub bei der Verkehrsinfrastruktur Mitteleuropas
 - < Bau von "Chausseen"
 - < viele Kanalbauten; Treideln -> Dampfschiffahrt
 - < Aufbau eines Eisenbahnnetzes

-> in mancherlei Hinsicht wuchs Deutschland zusammen, nur eben nicht politisch – und zunächst auch nicht zollpolitisch

- warum dann keine zollpolitischen Aktivitäten des Deutschen Bundes?
 - * Bundesakte befaßt sich nicht inhaltlich mit Handelsfragen, sieht lediglich vor, daß die Bundesversammlung über Fragen des Handels und Verkehrs beraten solle und entsprechende Beschlüsse einstimmig(!) zu fassen seien
 - * Bund zerfällt faktisch in drei Wirtschaftszonen: großagrarischer Norden und Osten; gewerblich-frühindustriell orientierte Mitte vom Rhein bis Sachsen und Schlesien; agrarisch-kleingewerblicher, noch kameralistischen Traditionen verhafteter Süden und Südwesten
 - Deutscher Bund kein geeigneter Rahmen für überterritoriale handelspolitische Aktivitäten
 - Preußen prescht vor; 1834 Deutscher Zollverein
- warum arbeitet der Zollverein langfristig(!) der kleindeutschen Lösung zu?
 - < *nun fiskalisch und ökonomisch enge Interessenverflechtung*
 - < wegen des *regen Austauschs der Zollvereinsbeamten* "begann deren Gewöhnung an die Praktiken der preußischen Bürokratie" (Jürgen Angelow); umgekehrt gewöhnten sich die preußischen Minister und Beamten im Zuge der intensiven und stetigen Arbeit des föderal organisierten Zollvereins daran, in gesamtdeutschen Horizonten zu denken und die eigenen Interessen fortlaufend mit denen der mittleren und kleinen Staaten abzustimmen
 - < das Besitzbürgertum bekommt den *Eindruck, liberale Wirtschaftsinteressen und preußischer Obrigkeitsstaat seien ja doch erstaunlich kompatibel*

vorkommende Begriffe und Namen: Manufaktur (manu factus = von Hand gemacht); Borsig, Maffei, Friedrich Krupp; BASF, Hoechst, Bayer, AEG, Siemens; Samuel Morse, "one neighbourhood"; Mauthäuser, Rhein-Main-Donau-Kanal ("Ludwig-Kanal"), "Ludwigsbahn" 1835; Christopher Clark ("Iron Kingdom")

6.) Zollpolitik wird zum Kampfplatz im Ringen zwischen "kleindeutsch" und "großdeutsch"

a) Zollpolitik wird Machtpolitik – erste Anzeichen für eine nationalpolitische Aufladung des Zollvereins:

* 1850: österreichische Vorstöße im Vorfeld der Dresdner Konferenzen (siehe II.2g) und dann in Dresden

das längere Zitat zeigt uns: der Siebzigmillionenhandelsraum soll dem dann auch politisch geeinten Siebzigmillionenreich unter österreichischer Führung vorarbeiten

* 1852: Preußen lanciert eine offiziöse Verlautbarung in der Constitutionellen Zeitung

wir merken: bei der Ablehnung des Siebzigmillionenreichs spielen mittlerweile handelspolitische Argumente eine große Rolle

b) Preußen setzt sich 1853 zoll- wie nationalpolitisch durch

Vorschlag einer Siebzigmillionenzollunion → Preußen obstruiert, schluckt dann faktisch den norddeutschen Steuerverein → Kündigung des Zollvereins durch Preußen → Preußen lädt nach Berlin, Österreich lädt nach Wien

= schwierige Situation fürs Dritte Deutschland – in dieser Pattsituation passiert etwas, was in den letzten zwanzig Jahren des Deutschen Bundes immer wieder passiert: das Dritte Deutschland wird überspielt, in diesem Fall durch einen bilateralen österreichisch-preußischen Handelsvertrag

→ Österreichs Parteigänger sehen sich düpiert

→ der Weg für eine Verlängerung des `alten´ Zollvereins um Preußen ist frei

→ Berlin hat nun zollpolitisch, was es zu dieser Zeit auch nationalpolitisch wünscht: das Konzept des "engeren und weiteren Bundes", meint: kleindeutscher Bundesstaat, lockeres "staatenbündisches" Verhältnis zu Österreich
< exakt das ist nun zollpolitisch erreicht: unilateraler kleindeutscher Zollverein, bilaterale Verständigung, in einem weiteren Rahmen, mit Österreich

c) Preußen setzt sich 1864 zoll- und nationalpolitisch durch

zweite Streitrunde, mit ähnlichem Grundmuster

→ Handelsvertrag Preußens mit Frankreich, Anschluß ans westeuropäische Freihandels-system ∞ Druck und Drohungen, man werden den Zollverein zerschlagen

→ wieder begeht Wien den Fehler, eine Direktverständigung mit Preußen, inzwischen dem Kriegspartner in Schleswig-Holstein, zu suchen

→ wieder kuschen die so düpierten Mittelstaaten: extrem freihändlerische Verlängerung des Zollvereins um 12 Jahre – Preußen hat sein "handelspolitisches Königgrätz"

vorkommende Namen: Hans-Werner Hahn, Heinrich Benedikt

7.) Was uns am Krimkrieg interessieren muß

a) zur Ereignisfolge genügen uns einige Sätze

Krimkrieg 1854-56 < Wunsch des Zaren, den Zerfall des Osmanischen Reiches dafür zu nutzen, die türkischen Meerengen (gleich Zugänge zum Mittelmeer), also Dardanellen und Bosphorus unter seine Herrschaft zu bringen ≠ die Westmächte pochen auf die "Freiheit der Meerengen"

b) uns interessieren nur drei Folgen für Mitteleuropa:

b) uns interessieren nur drei Folgen für Mitteleuropa:

* Krimkrieg belastet Verhältnis Österreich-Preußen weiter

* Krimkrieg vergrößert das Unbehagen am Deutschen Bund

(das müssen wir im Hinterkopf behalten, um zu verstehen, warum es in den Folgejahren bis 1863 nochmals intensive Debatten um eine andere politische Organisation Mitteleuropas geben wird)

* Krimkrieg weckt dennoch auch Hoffnungen im liberalen und nationalen Bürgertum
< man wertet als Ende der "Heiligen Allianz" – brachen wieder liberalere Zeiten an?

III. Mitteleuropa 1858-1863: "Neue Ära", Scheitern einer friedlichen Bundesreform und 'Machtergreifung' Bismarcks in Preußen

1.) Außerdeutsche Impulse für eine "Neue Ära"

Was wir über den Italienischen Einigungskrieg von 1859 wissen müssen:

a) über den Kriegsverlauf nur wenig

vorkommende Namen und Begriffe: Camillo Cavour, Plombières, Kaiser Napoleon III.; Solferino, Henri Dunant, Rotes Kreuz; "Società nazionale"; Viktor Emanuel II. von Piemont → "König von Italien"

b) was ist für Mitteleuropa folgenreich?

- Österreich ist weiter geschwächt; sowie erneut über Preußen erbittert
- Politisierungs- und Nationalisierungsschub im deutschen Bürgertum

< Die deutsche Öffentlichkeit sieht staunend und neidisch, wie die Apenninhalbinsel geschafft hat, was Europas Mitte noch fehlt: die "nationale" Einigung.

Dabei war die Apenninhalbinsel seit vielen Jahrhunderten ohne jede politische Klammer gewesen, während die Mitte Europas doch traditionell, bis 1806, das föderative Band des Alten Reiches umgürtet hatte, seitdem das (zwar noch lockerere) Band des Deutschen Bundes umgürtete: Eigentlich waren die Italiener ja weiter gesprungen, als die Bewohner des Deutschen Bundes hin zu einem Nationalstaat selbst springen mußten.

Unser Indiz für den neuen Nationalisierungsschub: Schiller-Feiern im November 1859 (Christian Jansen: "In religiöser Verklärung und in Ermangelung eines deutschen Staates wurde Schiller zum kulturellen Ersatzkaiser stilisiert.")

- Reaktivierung antifranzösischer Ressentiments im deutschen Bürgertum

* Rückblick ins Jahr der "Befreiungskriege", 1813

* Rückblicke ins Jahr der "Rheinkrise", 1840

zitierte Gedichtzeilen:

- Becker: "Sie sollen ihn nicht haben,/Den freien deutschen Rhein,/Ob sie wie gier'ge Ra-
ben/Sich heiser danach schrein". So der Anfang. "Sie sollen ihn nicht haben,/Den freien deut-
schen Rhein,/Bis seine Flut begraben/Des letzten Manns Gebein!" – so der Schluß

- Schneckenburger: "Es braust ein Ruf wie Donnerhall,/Wie Schwertgeklirr und Wogen-
prall:/` Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!´/Wer will des Stromes Hüter sein?/Lieb´
Vaterland, magst ruhig sein,/Fest steht und treu die Wacht am Rhein!"

- Arndt: "Zurück sollt ihr zahlen, heraus sollt ihr geben!/So stehe der Kampf uns auf Tod und
auf Leben! So klinge die Losung: Zum Rhein! Übern Rhein!/All-Deutschland in Frankreich hin-
ein!"

* warum werden die antifranzösischen Ressentiments nun reaktiviert?

< Kontrast zwischen der vermeintlichen Stärke Napoleons und dem Siechtum des
Deutschen Bundes beunruhigt rechtsrheinisch viele

< droht ein mit Italien vergleichbares Arrangement Frankreich-Preußen auf Kosten
der linksrheinischen Gebiete? muß man sich um den "deutschen" Rhein sorgen?

* keine neuen Rheinlieder, aber: prosaisch steht Frankreich nun wieder am Pranger

was wir dem langen Zitat entnehmen können: geradezu religiös überhöhter Nationa-
lismus ∞ große (wenngleich momentan enttäuschte) Hoffnungen auf Preußen ∞ anti-
französische Ressentiments: all das wird 1871 noch wichtig werden!

vorkommende Namen und Begriffe: Nikolaus Becker, Robert Schumann, Carl Löwe; Max
Schneckenburger; Ernst Moritz Arndt, Alldeutscher Verband; Savoyen, Nizza; Jakob Venedey

2.) Auf nach Preußen! warum bricht dort (vermeintlich!) eine "Neue Ära" an?

Initialzündung: berühmte Rede von Prinzregent Wilhelm vor dem neuen, liberalkonservativen
Staatsministerium ("in Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen")

→ *die 1851 aufbrandende "Reaktionsära" (= dritte Repressionswelle im Deutschen Bund)
kommt sieben Jahre danach an ihr Ende*

die Zitate zeigen uns:

* der konservativ strukturierte, wenig geistvolle Militär ließ sich einreden, Preußen müsse
die "Schmach von Olmütz" wettmachen

* man hat inzwischen die Relevanz des Ökonomischen hierfür erkannt ("Ergreifung von
Einigungselementen, wie der Zollverband es ist")

- * analysiert man die einzelnen Sätze der Rede, ergibt sich: es sind *durchgehend pseudo-liberale Phrasen mit tief konservativen Überzeugungen verquickt* – nimmt man fürs eine diese, fürs andere jene Farbe zum Unterstreichen, sind fast alle Sätze zweifarbig (die Liberalen hören "bessernde Hand", "Bedürfnisse der Zeit", "Bewegung" und einige andere Gemeinplätze; man überhört angestrengt "die konservativen Grundlagen", überhört, wie da "überspannte Ideen", ja, auch "liberale Ideen" verlästert werden ...)

3.) Folgen 1: diverse Einzelaspekte

- Bismarcks "ehrenvolles Exil" ...

... oder: man habe ihn "an der Newa kaltgestellt"

der vorkommende Name: Albrecht von Roon

das aufschlußreiche Zitat: Es liege "der Hauptmangel unserer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und konservativ im Auslande auftraten". Ihm schwebte das genaue Gegenteil vor.

Also: *konservativer Kurs im Innern, nach außen hin Kompromisse mit den liberalen und nationalen Kräften – da waren an der Newa folgenreiche Denkprozesse in Gang gekommen!*

- Reformen in einzelnen Gliedstaaten

vorkommende Begriffe: Ministerverantwortlichkeit, Konstitutionalismus vs. parlamentarische Mechanismen, "Neoabsolutismus", Oktoberverfassung 1860, Februarpatent 1861, Reichsrat, "Ära Schwarzenberg" -> "Ära Schmerling" (< Anton von Schmerling)

4.) Folgen 2: erneute (und letzte!) Diskussionsrunde über eine friedliche Neugestaltung Mitteleuropas

a) der Rahmen: Optionen, Konstellationen

- die Optionen ...

... kennen wir schon – kleindeutsch-preußisch (wie einst bei Radowitz) versus Siebzigmillionenreich (wie einst bei Schwarzenberg) versus Triasmodell (einst und noch immer hierbei konzeptionell führend: Beust)

- die regierungsamtliche Grundkonstellation

Preußen: erklärt scheinheilig, alle deutschen Teile des Habsburgerreichs seien ja eingeladen, sich an einem deutschen Bundesstaat zu beteiligen; natürlich will man tatsächlich Österreich aus der deutschen Geschichte hinauswerfen

Das Dritte Deutschland propagiert trialistische Konzepte, meistens um diese Kernidee: Siebzigmillionenreich, doch mit einer dreiköpfigen Exekutive, in der auch ein Vertreter des Dritten Deutschland sitzt

Habsburg: neigt an sich eher zu den trialistischen Konzepten, sieht sich aber wegen der weiterhin instabilen außenpolitischen Lage immer wieder zum Arrangement mit der anderen deutschen Großmacht genötigt

→ schwankender Kurs, mehrfach fühlt sich das Dritte Deutschland düpiert (wir kennen das Grundmuster an sich ja schon vom Zollverein her)

→ die Jahre 1859 bis 1863 erfüllt ein aufgeregtes Hin und Her ohne wirklichen Fortschritt

der vorkommende Name: Friedrich Ferdinand von Beust

- der Nationalverein

* der "Deutsche Nationalverein" entfaltet eine rege preußisch-kleindeutsche Publizistik die drei ausgiebig zitierten Texte:

- *"Erklärung freisinniger Vaterlandsfreunde"* vom 19. Juli 1859 ("unsere Hoffnung richten wir ... auf Preußens Regierung")

- *Hans Viktor von Unruh, "Was hat Preußen zunächst in der deutschen Sache zu tun?"* ("den Neubau kann nur Preußen durchführen, und es hat die heilige Pflicht dazu ... Preußen hat nicht nur ein Recht, es hat durch seine eigene Geschichte die Pflicht übernommen, die Wiedergeburt, die Neugestaltung Deutschlands kräftig und entschlossen durchzuführen, mit den anderen Fürsten Deutschlands, wenn es sein kann, ohne dieselben, wenn es sein muß")

- *Ludwig Simon, "Deutschland und seine beiden Großmächte"* (Preußen müsse es sein, "nach seiner ganzen historischen Anlage, kraft derer es immer mehr in Deutschland hineingewachsen ist, während Österreich immer mehr aus Deutschland hinauswuchs")

* der "Deutsche Nationalverein" ist `breit aufgestellt`

< er schafft sich mit der "Fortschrittspartei" eine parlamentarische Vertretung

< `einfache Leute` verweist man erfolgreich auf boomende Vorfeldorganisationen

vorkommende Namen: Heinrich von Sybel, Hermann Baumgarten, Gustav Freytag; Coburg, Rudolf von Bennigsen; "Wochenschrift" (unter Rochau); "Deutscher Sängerbund", "Deutscher Schützenbund", "Abgeordnetentag"

- der Reformverein

* man ist sich nur im Negativen (Ablehnung eines `Großpreußen`) einig

* die lauteste Stimme im recht disparaten Chor ruft: Staatenbund mit allen habsburgisch regierten Ländern, aber etwas mehr Kohärenz als bislang im Deutschen Bund (Exekutive, doch kollegial; Nationalparlament, doch indirekt von den einzelstaatlichen Landtagen gewählt)

= nicht sehr griffig, und angesichts der antideutschen Strömungen in manchen habsburgisch beherrschten Ländern auch nicht sehr realistisch

vorkommende Namen: Onno Klopp, Julius Fröbel

b) die Ereignisabfolge (in starker Raffung!)

- * Preußen prescht vor, propagiert 1859/60 eine *Reform der Bundeskriegsverfassung*
- * das Dritte Deutschland reagiert im November 1859 mit der *Würzburger Konferenz*
- * Österreich, in Oberitalien mit dem Rücken an der Wand, paktiert mit Preußen und brüskiert das Dritte Deutschland, ohne mit Preußen deutschlandpolitisch voranzukommen
- * *erneute Konferenz der "Trias" in Würzburg 1861*, erneuertes staatenbündisches Konzept, nun mit Konzessionen an repräsentative wie an dualistische Forderungen
- * der preußische Außenminister Bernstorff kontert mit einem eigenen Vorschlag (in der Tradition des Konzepts "Doppelbund"; firmiert in Spezialliteratur als "*Bernstorffs Unionsplan*")
- * dagegen Koalition Österreich ∞ Würzburger, "identische Noten"
- * *Berlin gibt nicht nach, im Gegenteil*: Anerkennung des Königreichs Italien, freihändlerisch ausgerichteter Handelsvertrag mit Frankreich
- * *Wiener Gesandtenkonferenz 1862*: Siebzigmillionenreich mit unitarischem und mit repräsentativem Zugeständnis
- * *Bismarck: das erfordere Einstimmigkeit am Bundestag, bei Majorisierung folge Krieg; macht Gegenvorschlag einer unitarisch gewählten Nationalrepräsentation*

< Der hochkonservative Bismarck ist davon überzeugt, man werde des linksliberalen "Fortschritts" nur Herr, wenn man vorübergehend seine "nationalen" Ziele teile: so könne man kurzfristig Österreich hinauswerfen und mittelfristig auch den Liberalismus marginalisieren. Beides wird Bismarck schaffen, 1866 wirft er Österreich aus der deutschen Geschichte hinaus, bis 1878 marginalisiert er den deutschen Liberalismus. Wir merken: der Nationalismus wird unter Bismarck ein konservatives Thema!

- * *Österreichs Reformplan von 1863*: Kompromiß zwischen Staatenbund und Bundesstaat, den Preußen ablehnen wird – und soll!
-> dann werde man den Doppelbund unter umgekehrten Vorzeichen gründen

* *Frankfurter Finale 1: der 2. Abgeordnetentag*

* *Frankfurter Finale 2: der Frankfurter Fürstentag ...*

... erweist sich als pompöses, doch hohles Schauspiel ohne politische Substanz: dreißig Fürsten und keine Bundesreform!

Es ist das Ende eines Wegs! Das Projekt einer friedlichen Bundesreform hatte sich totgelaufen. Mußte man den Gordischen Knoten mit Waffengewalt durchschlagen? War es eine Weichenstellung hin zu Königgrätz 1866, zu Versailles 1871? Solche Teleologien sind immer wissenschaftlich heikel, und doch ... Mündlich wage ich, darüber zu rasonnieren.

vorkommende Begriffe und Namen: Teplitzer Punktation (1860), Venetien; Fürstenversammlung, Bundesrat, indirekt gewählte "Versammlung der Bundesabgeordneten"; Ständige Commission; Hans Joachim Schoeps ("Der Weg ins deutsche Kaiserreich", Berlin 1970)

5.) Das abrupte Ende der "Neuen Ära": Preußens Heeres- und Verfassungskonflikt

a) der Rahmen – welche verfassungsgeschichtlichen Essentials wir kennen müssen

- * "Landtag" besteht aus zwei Kammern: "Herrenhaus", Zweite Kammer (letztere eigentlich ein Parlament)
- * Gesetze sowie den Staatshaushalt können nur beide Häuser des "Landtags" plus der König zusammen beschließen

→ Waren der König und seine Kreaturen im Herrenhaus anderer Ansicht als die Parlamentsmehrheit, halfen nur noch Argumente, sei es in Parlamentsreden, sei es publizistisch – öffentlicher Druck also.

Und wenn der König bzw. ein nervenstarker Ministerpräsident diesem Druck standhielten? Dann war guter Rat teuer. Das war die Problematik, bezeichnet die Schwäche aller Parlamente in konstitutionellen Monarchien.

b) was die "Heeresreform" erreichen will

- * unter allen möglichen militärischen Einzelheiten ...

vorkommende Begriffe: "Linie" (Erhöhung von "Präsenzstärke" und "Dienstzeit"); "Landwehr" (ihr "Erstes Aufgebot" wird zerschlagen)

- * ... ist für uns nur die dreijährige Dienstzeit interessant

< es geht nicht um militärtechnische Feinheiten, geht um Überzeugungen und Werte!

< *für den König eine Prinzipienfrage:* erst nach drei Jahren in der Kaserne sei der "exerzierende Bürger" ein wahrer Soldat geworden; immerwährende Staatstreue, immerwährenden Gehorsam: um das zuverlässig mit lebenslanger Wirkung einzuimpfen, benötige man drei Jahre

< *auch die Landwehr hat ihren Symbolgehalt:* die typisch liberale Leitidee des "Bürgers in Waffen"

vorkommende Begriffe und Namen: "Arsenale der Revolution"; "Turnvater" Friedrich Ludwig Jahn, "Volkstum", Turnen als paramilitärische Ertüchtigung für den "Nationalkrieg", E. T. A. Hoffmann

c) zum Verlauf der Auseinandersetzungen um die "Heeresreform" bis zu Bismarcks Berufung

- es formiert sich die linksliberale "Fortschrittspartei"

- es formiert sich die linksliberale "Fortschrittspartei"
 - * die Zweite Kammer ist an sich kompromißbereit
 - Ablehnung der Militärvorlage, doch bewilligt man zweimal (1859, 1860) "provisorisch" Nachtragshaushalte
 - die Regierung nutzt das aus, um vollendete Tatsachen zu schaffen (sie "behandelte das finanzrechtliche Provisorium als ein militärrechtliches Definitivum": Ernst Rudolf Huber)
 - darüber empört, spaltet sich von den staatstreuen preußischen Altliberalen die "Fortschrittspartei" ab
 - * Neuwahlen im Dezember 1861 erbringen eine "linke" Mehrheit
 - diese stimmt für den Antrag Hagen (bessere Spezifizierung des Staatshaushalts)
 - Entlassung des Ministeriums der "Neuen Ära", Auflösung des Abgeordnetenhauses, freilich: der Wahlausgang ist für den König frustrierend

- der "Konfliktlandtag" ...
 - ... sucht nun die Machtprobe, will den Durchbruch zu einer parlamentarischen Regierungsweise
 - Wilhelm bleibt erst recht halsstarrig, entwirft bereits die Abdankungsurkunde, um der "Nullifizierung des Königs" zu entgehen

vorkommende Begriffe und Namen: "Social-Demokratie"; Adolf Hagen; Kronprinz Friedrich, "Vicky"

d) Bismarcks `Machtergreifung`

- Kriegsminister Roon wird aktiv
 - "Periculum in mora. Dépêchez-vous", wörtlich übersetzt: Gefahr im Verzug, beeilen Sie sich; etwas freier übersetzt: auf, in den nächsten Zug nach Berlin, eh der König womöglich schon abgedankt hat

- "riecht nach Blut" - Bismarck übernimmt, auf daß "das Bajonett schrankenlos waltet"
 - ältere Kommentare Wilhelms zu Bismarck: "nur zu brauchen, wo das Bajonett schrankenlos waltet", also bei Mord und Totschlag; oder: "roter Reaktionär, riecht nach Blut, später zu gebrauchen"
 - dieses "Später" war jetzt gekommen! nach einem Spaziergang durch den Schloßgarten von Babelsberg ist Bismarck Ministerpräsident und Außenminister (24. 9. 1862)
 - Termini aus dem längeren Quellenzitat:* "Militär-Reorganisation", "abdiciere", "Conservativ", "Periode der Dictatur"

e) Bismarcks "Dictatur"

- unsichere Anfänge

- * unsicheres Hin und Her ...

- * ... dem entspricht seine erste Rede als Ministerpräsident

Das längste unserer Zitate: "Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht ... Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist ... nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut":

soll eine zeitgemäße liberale Einstellung aufgreifen ("Realpolitik"),
tatsächlich verfestigt es in der Konfliktsituation von 1862 das Bild vom machiavellistischen Gewaltmenschen Bismarck

- Bismarcks Terrorregime

- * Überblick: die einzelnen Maßnahmen

- * scheinbar rätselhaft: erneute Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses // Antrag, eine demokratisch gewählte deutsche Nationalrepräsentation zu schaffen

= von der Newa mitgebrachte Einsicht `konservativ in Preußen, liberal nach außen´ -> es paßt schon 63, wird 71 (Dreiklassenwahlrecht in Pr., allgemeines in D.) passen

vorkommende Namen und Begriffe: Lothar Gall, Heinrich von Treitschke; Gustav von Alvensleben, Alvenslebensch Konvention

- wer hatte Recht?

- * die "Lückentheorie" Bismarcks

Termini der Zitate: "tabula rasa", "Compromiß", "Conflicte", "todter Maschinenteil"

- * die "Lückentheorie" der Opposition (auch: "Appelltheorie")

"jede weitere Verhandlung befestigt uns nur in der Überzeugung, daß zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande eine Kluft besteht, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird": es ging also – eingestandenermaßen – um die Parlamentarisierung Preußens!

= Knotenpunkt der deutschen Geschichte! (< noch Kaiserreich bleibt konstitutionelle Monarchie)

- * was damals für Bismarck sprach:

- Artikel 57 der Wiener Schlußakte von 1820

- (es ist "die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt"), zeitgenössisch: "das monarchische Prinzip" – der Monarch *muß* monarchisch regieren

- Sechs Artikel von 1832, hier: der zweite

- Sechs Artikel von 1832, hier: der zweite

(Es dürfen "keinem Deutschen Souverän durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden". Deshalb lösten "Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollen", eine Bundesintervention aus.)

= Aushebelung des seit dem späten Mittelalter(!) eingespielten "do ut des"

* was für die Opposition sprechen könnte:

sie vertrat den längst in Westeuropa üblichen Standpunkt (eben den "parlamentarischen"), daß die Regierung auf das Vertrauen der Parl.mehrheit angewiesen sei

- Ausblicke

* Mai/Juli 1866: Auflösung des Abgeordnetenhauses/ Neuwahlen zu einem Zeitpunkt, von dem absehbar war, daß sich Preußen da im Krieg befinden würde; entsprechend "patriotisches" Wahlverhalten

* September 1866: Indemnitätsvorlage

wir merken: Bismarck besiegte die innere Opposition "durch Eisen und Blut", durch außenpolitische und militärische Erfolge –
die Bismarcksche Kombination traditionelle Geheim- und Kabinettsdiplomatie + geschickte Nutzung öffentlicher Leidenschaften und nationaler Sehnsüchte hat sich glänzend bewährt

der vorkommende Name: Königgrätz

IV. Mitteleuropa 1864-1870: zwei folgenreiche Kriege

1.) Warum eine "Bundesexekution" in Holstein?

- der völkerrechtliche Rahmen

* Londoner Protokolle von 1850 bzw. 1852: Integrität des dänischen Gesamtstaats; Nachfolger des aktuellen Dänenkönigs wird der Glücksburger sein

* Im Vorfeld des 2. Londoner Protokolls hatte der Dänenkönig Preußen und Österreich zugesichert, die beiden Herzogtümer behielten eine "gleichberechtigte und selbständige Stellung" im Gesamtstaat

vorkommende Begriffe und Namen: Nebenlinien Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg; Frederik VIII., Christian von Sonderburg-Glücksburg, Friedrich von Sonderburg-Augustenburg; Lauenburg

- die aktuellen Streitfälle

* Überblick:

es geht erstens um den Status von Schleswig und Holstein (nämlich, *1a*, um die *bedrängte Teilautonomie Schlesiws* sowie, *1b*, um den Fortbestand einer *institutionellen Verklammerung Holsteins mit Schleswig*);

es geht zweitens um die Erbfolge: Glücksburg versus Augustenburg

* Folgen einer neuen, zentralistischen dänischen Gesamtstaatsverfassung 1855

- Bundesbeschluß 1858: Verfassung gelte nicht in Holstein
 - < die holsteinischen Landstände hätten nicht zugestimmt
 - < die versprochene "gleichberechtigte und selbständige Stellung" der beiden nördlichen Herzogtümer sei nicht gewahrt
- der Dänenkönig hebt die Verfassung für Holstein auf
- = formal Erfüllung der Forderung des Bundestags
- = tatsächlich Triumph der Eiderdänen, die ihrem Ziel, ein einiges Dänemark bis zum Fließchen Eider, näherkommen

* Folgen eines Patents von 1863 ...

... das die Rechtsverbindlichkeit der Nicht-Inkorporationszusage für Schleswig von 1852 bestreitet und daraus zwei Konsequenzen zieht:

- staatsrechtliche Verbindung Schlesiws mit Dänemark ↑
(Schleswig bekommt "praktisch die Stellung einer dänischen Provinz": Huber)
- weitgehende staatsrechtliche Trennung Holsteins von Dänemark und Schleswig
- Bundestag beschließt die Bundesexekution – just jetzt stirbt der Dänenkönig

* nun ist auch noch die Erbfolge strittig – die rechtliche Situation:

Holstein hat eine *andere Erbfolgeordnung*, ihr zufolge wäre der *Augustenburger* erbberechtigt

Holstein und Schleswig (Ripener Verträge) "*unteilbar*" → man kann argumentieren, daß dann auch in Schleswig nicht der Glücksburger regieren darf

hat nun nicht das *2. Londoner Protokoll* (pro Glücksburg) *neue völkerrechtliche Tatsachen geschaffen? ihm war der Deutsche Bund*, waren die meisten kleineren Gliedstaaten *nicht beigetreten*

* die Öffentliche Meinung Deutschlands und das Erbfolgeproblem

die nationalen und liberalen Kräfte, zumal des Dritten Deutschland, engagieren sich leidenschaftlich für den Augustenburger (nicht zuletzt in Erlangen!)

< man hofft auf einen neuen, "liberal" regierten Mittelstaat

→ das rührt wiederum an ein altes Konfliktmuster: mittelstaatlicher Trialismus versus hegemonialer Dualismus – denn die beiden Großen sehen sich eben ans Londoner Protokoll gebunden

der vorkommende Name: Theodor Schieder

- Implikationen des Beschlusses, eine Bundesexekution einzuleiten

Dezember 1863: Bundestag beschließt Bundesexekution gegen den Glücksburger

→ präjudiziert den Erbfolgestreit

< Bundesexekutionen richteten sich, per definitionem, gegen ein Bundesglied, das seine Bundespflichten verletzte; gegen einen pflichtvergessenen, unter dem Dach des Bundes regierenden Monarchen. Leitete man gegen den Glücksburger eine Bundesexekution ein, besagte das: Dieser ist der rechtmäßige Herrscher über Holstein – auch wenn er momentan nicht ganz einwandfrei handelt, weil er Schleswig und Holstein weder eine "selbständige" noch eine "gleichberechtigte" Rolle im dänischen Gesamtstaat einräumt, hat er doch Holstein geerbt.

→ die hannoverschen und sächsischen Truppen müssen an der Eider stehenbleiben

< weiter reicht das Bundesgebiet nicht – so aber leistet man nur wieder der dänischen Trennungspolitik unfreiwillige Schützenhilfe

2.) Preußische und österreichische Truppen marschieren in Schleswig ein

- die Motive:

offiziell: die Londoner Verträge erzwingen jetzt die "Pfandbesetzung" Schlesiwiigs (diese lehnt Bundestag ab → pr. und ö. Truppen marschieren über die Eider)

tatsächlich begleiten den "deutsch-dänischen Krieg" dreierlei Hoffnungen:

[*Liberale, Nationalverein:* Zuwachs für den Deutschen Bund, in ihm fürs Dritte Deutschland

< selbständige Mittelmacht Schleswig-Holstein unter dem Augustenburger]

Österreich: will die `Wiener Ordnung´ gegen nationalrevolutionäre Gärungen verteidigen

Preußen: betreibt einfach preußische Politik, will seine Machtstellung an der Ostsee ausbauen

- wie geht das Ganze aus?

- der Kriegsverlauf ("Düppeler Schanzen" ...) interessiert uns nicht näher, wir müssen nur wissen, daß Dänemark verliert

- Wiener Frieden (Oktober 1864)

- Gasteiner Konvention (August 1865): gemeinsame Herrschaft, faktische Verwaltungsteilung: Schleswig unter pr. Administration, Holstein unter österreichischer

- Diskussion der Ziele Bismarcks

* was feststeht: kein "Primat der Innenpolitik" – Außenpolitik hat für Bismarck ihre eigene Dignität; den innenpolitischen Kollateralnutzen außenpolitischer Erfolge nimmt er stets gern mit, innenpolitische Nebenwirkungen sind nicht Ursache, aber Frucht des Kriegs (wir diskutieren besagten angeblichen "Primat" grundsätzlich im Kontext "Kolonialpolitik")

die vorkommenden Namen: Rudolf Haym, Max Duncker

* was auch sicher ist: Bismarck führte damals keinen "Einigungskrieg"

< bis 1866 fährt Bismarck dreigleisig:

- Teilung der Einflußsphären entlang der Mainlinie oder aber
- Duumvirat im Zeichen konservativer Solidarität oder aber
- "Einigungskrieg" gegen Österreich, wenn die Gelegenheit besonders günstig

1864 hat Bismarck einfach Annexionen im Visier, als Gipfelpunkt einer Klimax von Etappenzielen

Dabei lockte er Österreich in eine Falle: Wien gegenüber stellte sich auf den Boden der Londoner Protokolle, also europäischen, nicht deutschen Rechts, so köderte er die Hofburg für ein gemeinsames Militärengagement im Zeichen der europäischen Ordnung und gegen nationalrevolutionäre Bewegungen auf einem Terrain, auf dem die Balkanmacht Österreich eigentlich gar keine (modesprachlich gesagt) nachhaltigen Erfolge einheimen konnte, in Deutschlands äußerstem Norden. Die Hofburg ging Bismarck auf den Leim, aber sie war nicht einfach nur doof. Eine stabile europäische Staatenordnung und der Kampf gegen nationalrevolutionäre Bewegungen < österreichische Staatsräson, Österreichs Existenz hing an beidem. Das nutzte Bismarck geschickt aus, um die Hofburg auf ein dem österreichischen Staatsinteresse im engeren Sinne fremdes Terrain zu locken, eben in Deutschlands äußerstem Norden.

- Bismarcks Triumph ist ein dreifacher:

- über Dänemark, das zwei Fünftel seines Staatsgebiets einbüßt

- über Österreich, das so weit im Norden nachhaltigen Gewinn schwerlich einfahren kann, des Kondominiums wegen noch nicht einmal Prestigegewinne in der Öffentlichkeit einheimst

- über die Liberalen, die weiter zerfasern

die Namen: Heinrich von Treitschke; Preußische Jahrbücher; Rudolf Stadelmann

- Strukturähnlichkeiten "1864" // "1871":

- das deutsche Bürgertum erreicht seine "nationalen" Ziele sehr weitgehend, seine freiheitlichen überhaupt nicht

< Schleswig liegt nun unter der preußischen Pickelhaube, anstatt vom als "liberal" geltenden Augustenburger regiert zu werden

- was das Bürgertum erreicht, erreicht es nicht aus eigener Kraft, bekommt es sozusagen von Preußen geschenkt, und zwar mit den verhaßten Mitteln der Geheim- und Kabinettsdiplomatie:

im Spiegelsaal von Versailles werden Militärs und Spitzendiplomaten die Gründung des Deutschen Kaiserreichs inszenieren; schon die 'Lösung' von 1864 ruhte auf den Schultern – na, eben: von Militärs und Spitzendiplomaten

3.) Der Weg in den deutschen "Bruderkrieg"

- Februar 1866: Weichenstellungen hin zum Krieg

Anlaß? Vorwand? preußische Empörung über eine liberale "Demo" in Altona

→ Wiener Ministerrat am 21. Februar: "hier heiße es die Zähne zu zeigen", es gehe jetzt um "die Wahrung der Ehre und Würde des Landes"

→ preußischer Kronrat: man werde dem Krieg nicht um einen hohen Preis aus dem Wege gehen

vorkommende Namen: Franz Joseph, Kaiser von Österreich; Graf Esterházy

- Voraussetzungen 1: Großbritannien und Rußland schauen anderswohin

vorkommende Begriffe: British Empire, Colonial Law Validity Act, British North America Act, Irland; Turkestan, Taschkent, Samarkand

- Voraussetzungen 2: Frankreich bleibt neutral

doppeltes Kalkül Napoleons hierbei:

- zwei potentiell rivalisierende Großmächte, Pr und Ö, *sollen* sich zerfleischen
- er glaubt, auf Bismarcks Dankbarkeit rechnen zu können

aber: Preußen siegt so problemlos und rasch, daß N. erst gar nicht in die Lage kommt, für sein Stillhalten oder etwaige Mittlerdienste Gratifikationen einzufordern

→ Diktum der "Schmach von Sadowa"

vorkommende Namen, der Begriff: Theodor Schieder, Biarritz; Sadová; Venetien, "un nouvel État allemand indépendant"

- Voraussetzungen 3: Bündnisvertrag mit Italien

Italien würde nur binnen dreier Monate helfen → macht raschen Krieg sehr wahrscheinlich

Bündnisvertrag ist verfassungswidrig < auch Bismarck hatte da den Deutschen Bund schon preisgegeben (wie Wien mit seinem Projekt eines "nouvel État allemand")

der Name: Heinrich von Sybel

- Österreich hat den "Schwarzen Peter"

9. April 1866: Bismarck beantragt in Frankfurt allgemeine und direkte Wahlen zu einem deutschen Nationalparlament

→ Österreich sieht nun im Krieg das kleinere Übel gegenüber der drohenden Bundesreform

→ Österreich ordnet als erste Großmacht die Mobilmachung an

< zweifache Fehleinschätzung:

- das doppelt so große eigene Heer sei alles in allem überlegen
- man setzt auf jene französische Karte, die dann nicht stechen wird (s. oben)

- letzte Friedensfühler ...
 - ... zeigen: Bismarck fuhr bis zum Schluß mehrgleisig
der Name: Anton Gablenz (-> "Mission Gablenz")
- wofür kämpfen beide Seiten?
 - * Österreich ist weder bereit,
 - Pr als in Mitteleuropa gleichberechtigt anzuerkennen (-> Duumvirat über Dt. Bd.),
 - noch Wahlen zu einer Nationalrepräsentation hinzunehmen
 - * Bismarck will nun den Deutschen Bund zerschlagen, um daraufhin die unangefochtene Hegemonie Preußens über Norddeutschland und Deutschlands Mitte aufzurichten
(Hellmuth von Moltke: "Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietsverweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut – für Machtstellung. Dem besiegten Österreich wurde kein Fußbreit seines Territoriums abgefordert, aber es mußte auf die Hegemonie in Deutschland verzichten.")
- Bismarcks Krieg ist unpopulär
 - sogar die meisten Liberalen und Republikaner hoffen auf einen österreichischen Sieg
 - < das werden den Sturz Bismarcks, des verhaßten reaktionären "Junkers", erzwingen
 - < einzelstaatlicher Patriotismus ist in Deutschlands Mitte, erst recht seinem Süden größer als ein deutschnationales Zusammengehörigkeitsgefühl
(das wird Bismarck noch 1870 zu schaffen machen -> er 'löst' das Dilemma dann durch das Feindbild eines kriegslüsternden Frankreich)

vorkommende Namen und Begriffe: Kronprinz Friedrich, "Otto Annexandrowitsch"; Ernst Ludwig von Gerlach, "Kreuzzeitung", "Iustitia fundamentum regnorum"; Rudolf von Bennigsen, Hermann Baumgarten, Heinrich von Treitschke; Hans Joachim Schoeps

4.) Was wir über den Krieg wissen müssen

- die beiden Lager
 - Einleitung der Bundesexekution gegen Preußen
 - > Preußen ruft 19 norddeutsche Staaten um Beistand an, 17 unterstellen ihre Truppen dem preußischen Oberkommando und verlassen den Deutschen Bund
 - > dieser ist gesprengt, einfach durch die Macht des Faktischen // 1806 das Alte Reich, damals, weil die Rheinbundstaaten austraten
 - bei Österreich: Hannover, Sachsen, Kurhessen, noch einige (kleinere) nord- und mitteldeutsche Staaten; ferner die drei großen süddeutschen Staaten

- die Entscheidung ...

... fällt am 3. Juli 1866 bei Königgrätz (oder "Sadowa", tschech. Sadová)

bei der Ursachendiskussion vorkommende Namen und Begriffe: Hellmuth von Moltke vs. Ludwig August von Benedek; Zündnadelgewehre

- die Folgen von Königgrätz:

* der Frieden von Prag erlegt Österreich auf:

- Verzicht auf Venetien (→ Italien), Geldzahlung an Preußen
- Wien nimmt die Auflösung des Deutschen Bundes hin
- *Wien läßt Berlin in Norddeutschland freie Hand (Hans Joachim Schoeps: die Hofburg akzeptiert Preußens "Dispositionshoheit in Norddeutschland") – das schließt die Gründung eines preußisch dominierten Nordbunds genauso ein wie etwaige Annexionen*
- Gründung des Norddeutschen Bundes
- Preußen annektiert, neben Schleswig-Holstein: Hannover, Kurhessen, Teile von Hessen-Darmstadt, Nassau, die Stadt Frankfurt

* Napoleon III. ist frustriert, die französische Öffentlichkeit erbost

- < lieber wäre es N. gewesen, daß sich die beiden deutschen Großmächte in zähem Ringen zerfleischten, dann seine 'kostenpflichtige' Vermittlung anriefen
- < lieber auch wäre ihm ein österreichischer Sieg gewesen
- ≠ nun steht er einem kraftstrotzenden Preußen gegenüber, das eigentlich signalisiert hatte, sich nach einem Sieg erkenntlich zu zeigen
- seitdem in Paris Überzeugung, noch eine Rechnung offen zu haben (für "1870" wichtig!)

5.) Was wir über den Norddeutschen Bund wissen müssen

NB: diese Vorlesung analysiert sehr gründlich das politische System des Kaiserreichs seit 1871, bietet dann sogar eine Art 'Länderkunde', die nicht nur den Politikbetrieb beleuchtet

→ zum Norddeutschen Bund, der ja nur vier Jahre lang existieren wird und dessen politisches System das des Kaiserreichs in vielem antizipierte, nur einige Schlaglichter!

a) ausgewählte Facetten der Entstehungsgeschichte

- das "Augustbündnis"

der vorkommende Name: Ernst Rudolf Huber

- warum wünscht Bismarck ein allgemeines Wahlrecht?

- < es geht auch um das hehre Ziel der nationalen Integration ...
- < ... aber vor allem um ländliche Stimmen für die Konservativen ...
- < ... denn B. wird zeitlebens die Linksliberalen als seine ärgsten Feinde betrachten

NB: dieses Kalkül wird längerfristig nicht aufgehen!

- < es war nicht vorgesehen, daß bald viele Fabrikarbeiter sozialistisch wählen
- < es war erst recht nicht vorgesehen, daß viele Landbewohner Zentrum wählen

→ Linie hin zu "Kulturkampf" und Kampf "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"

- sticht der Vorwurf des "Bonapartismus"?

zeitgenössische Vorwürfe: "bonapartistische Diktatur", "plebiszitäre Diktatur", "Cäsarismus"

was stimmt: es gab in Bismarcks Politik fraglos, neudeutsch gesagt, populistische Tendenzen

< er will an den (ihm zu "liberalen") Eliten vorbei an "gesunde" Volksstimmungen appellieren (// allgemeines Wahlrecht für Norddeutschen Bund, dann Kaiserreich)

warum die damals häufigen Vergleiche mit Napoleon III. schief sind; u. a.: das französische Parlament war eine Akklamationsmaschine

schon deshalb: eine Kopie des populistischen Quasidiktators N. war Bismarck nicht!

<p>Die Problematik liegt anderswo: Bismarcks Innenpolitik hat eine grundlegende Ähnlichkeit mit seiner Außenpolitik – Gleichgewichte austarieren. Für Bismarck bestand die Kunst der Politik darin, <i>sich bekämpfende Tendenzen und Kräfte in ein fragiles, nur von ihm selbst beherrschbares Gleichgewicht zu bannen</i>: zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften, zwischen Adel und Bürgertum, zwischen Monarchie und Populismus (ferner, wie wir gleich sehen, zwischen unitarischen und föderalistischen Gehalten des politischen Systems). Das wird eine Zeitlang einigermaßen funktionieren, aber der alte Bismarck wird <i>immer mehr Mühe</i> haben, <i>mit so vielen Bällen gleichzeitig zu jonglieren</i> (übrigens in der Innen- wie in der Außenpolitik).</p>

- warum besteht Bismarck auf einem starken Bundesrat?

= eingebaute Reformbremse: mit diesem Gremium von Fürstendienern ließ sich keine Parlamentarisierung der Monarchie bewerkstelligen

- das Amt des Kanzlers bekommt im Verlauf der Verfassungsdebatten ganz neue Konturen

- zwar: liberale Forderungen nach verantwortlichen Ressortministern dringen nicht durch

- aber, "lex Bennigsen": "die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidiums werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt"

dabei: Verantwortlichkeit nicht juristisch präzisiert – der Kanzler hat eben seine Gegenzeichnung dem Parlament gegenüber zu vertreten und zu begründen; etwa seine Entlassung erzwingen, wenn ihm diese Begründung mehrheitlich nicht paßt, kann das Parlament nicht

→ es gibt nun doch eine Art verantwortlichen Bundesminister, namens Bundeskanzler

Die Folgen in den Worten von Ernst Rudolf Huber: "Die parlamentarische Verantwortlichkeit, der er nun unterworfen war, begründete für den Bundeskanzler nicht nur eine höhere Abhängigkeit sondern zugleich eine höhere Unabhängigkeit im Vergleich zum Bismarckschen Entwurf. Er wurde ein Verfassungsorgan ersten Ranges, das gerade aus seiner Zwischenstellung zwischen Bundespräsidium [= pr. König] und Bundesparlament die Freiheit des selbständigen Handelns gewann. Gegenüber dem Parlament war der Bundeskanzler stark, da nur das Bundespräsidium ihn ernennen und entlassen konnte; gegenüber dem Bundespräsidium war er nicht weniger stark, da er sich gegenüber den präsidentialen Weisungen auf seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament berufen konnte. Die doppelte Abhängigkeit ... konnte der Bundeskanzler in eine starke Unabhängigkeit verwandeln."

→ Bismarck wird klar: das Amt muß er selbst bekleiden!

b) zur Verfassungswirklichkeit

- erdrückende preußische Hegemonie, u. a.:
 - 235 von 297 Wahlkreisen preußisch
 - alle Fäden laufen im Kanzleramt zusammen, dessen Chef (namens B.) als pr. Ministerpräsident Zugriff auf die Ressourcen der pr. Ministerien, der pr. Verwaltung hat
- rege legislative Aktivitäten
 - Gesetze zu Handel und Wandel, zu den Zolltarifen, für Schifffahrt und Eisenbahnen, für Post und Telegraphie ..., man treibt unter preußischer Dominanz die Einheit der Maße, Münzen, Gewichte, Handelsvorschriften und Gewerbeordnungen energisch voran
 - die süddeutschen Staaten treten 1871 einem schon weitgehend borussifizierten Staatswesen, sozusagen einem `Großpreußen´ bei

c) war der Norddeutsche Bund von vornherein auf Erweiterung angelegt?

Jein!

- Preußen muß sehr vorsichtig agieren ...
 - < Prager Frieden sieht "Südbund" und sein staatenbündisches Verhältnis zum Norddeutschen Bund vor, verbietet aber Preußen, einem engeren Anschluß zuzustimmen
 - < der Südbund kommt nie zustande, weil die anderen süddeutschen Staaten genug haben vom notorischen bayerischen Präpotenz-Gehabe
 - sie schließen lieber ihre je eigenen "Schutz- und Trutzbündnisse" mit Preußen

- ... hat indes Hebel in der Hand, um in Süddeutschland wirksam zu werden:
 - * eben die erwähnten "Schutz- und Trutzbündnisse";
 - * sodann den Zollvereinsvertrag vom Juli 1867: er nimmt zollpolitisch das Kaiserreich vorweg
 - < Zollbundesrat antizipiert den Bundesrat von 1871
 - < Zollparlament antizipiert den Reichstag des Kaiserreichs

vorkommende Namen und Begriffe: Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bayerische Patriotenpartei

6.) Exkurs: wie ist die bayerische Politik der Sechzigerjahre zu charakterisieren?

- Leitlinien einer wenig griffigen Außenpolitik:

- * Triasidee (Bayern will sich zur Vormacht des Dritten Deutschland aufplustern, wünscht deshalb auch den Südbund)

- * Partikularismus (kein Bundesstaat, kein Bundesgericht)

Verhältnis zu Preußen: kompliziert < zwischen "großdeutschen" Sympathien und ökonomischer Abhängigkeit, zwischen Nähe zu Nationalverein (bayerische Fortschrittspartei) und Reformverein (hat kräftige bayerische Wurzeln)

- auch das Verhalten angesichts des "Bruderkriegs" ist schwankend

man unterstellt Preußen Herrschsucht, ohne Österreich erfolgreiche Gegenwehr zuzutrauen

→ halbherzige Beschwichtigungsversuche, dann

→ halbherzig an der Seite Österreichs (wenig ruhmreicher Versuch, die bayerische Nordgrenze militärisch zu decken)

→ man muß zwei fränkische Bezirksamter abgeben, Preußen 30 Millionen Gulden bezahlen, ferner der kleindeutschen Lösung zustimmen und sich unter "Schutz und Trutz" der preußischen Pickelhaube begeben

vorkommende Namen: König Maximilian II. (bis 1864), Ludwig von der Pforden, König Ludwig II. (seit 1864)

7.) Zwischenbilanz: ein Triumph Bismarcks?

Es ist mehr als nur ein Teilerfolg, aber:

- * B. muß schon der sich düpiert sehenden Franzosen wegen sehr vorsichtig agieren

- * die Integrationskraft der deutschen Nationalbewegung ist ziemlich begrenzt

zwar: "Freikonservative" und "Nationalliberale", oder, soziologisch: nicht rein agrarisch interessierte Teile des grundbesitzenden Adels plus große Teile des wohlhabenden Bürgertums stehen hinter Bismarck

aber: es bleiben viele rechts und links der Straße liegen

es bleiben viele rechts und links der Straße liegen:

- *zahlreiche Konservative, gerade in Preußen* < verabscheuen Bismarcks "cäsaristische Gewaltpolitik" und den ganzen "Nationalitätenschwindel", lehnen ferner die liberale Handels- und Gewerbepolitik des Norddeutschen Bundes ab
- die (wenigen) *Katholiken* Norddeutschlands < Norddt. Bund stark evgl. dominiert
- *sozialdemokratische und sozialistische Kräfte* (mit anderen Worten: die meisten Industriearbeiter) < lehnen eine Renationalisierung der Politik ab
- außerdem ein Verlierer: das *deutsch-liberale Bürgertum Österreichs*

vorkommende Begriffe: Cisleithanien, Transleithanien

V. Der Weg in den sog. "Einigungskrieg"

1.) Warum Napoleon und Bismarck nicht stillhalten können

a) Napoleon III. braucht immer aufs Neue 'Erfolge'

wir kennen sein Grundproblem (// Napoleon I.) schon: Usurpator ohne ererbte Loyalität
-> *benötigt*, um seine von politischer Partizipation weitgehend ausgeschlossenen Franzosen bei Laune zu halten, *prestigeträchtige äußere Erfolge*

b) auch Bismarck meint, nicht stehenbleiben zu dürfen

Norddeutscher Bund bringt rasanten *Modernisierungsschub*

-> Überzeugung Bismarcks: *alte Loyalitäten brechen* in diesem Modernisierungssog
weg

-> das *monarchische Prinzip* müsse sich *mit der "nationalen" Idee verbünden*

-> auch der von den Liberalen verachtete "flache Junker" glaubt, diese "nationale" Stütze zwecks Machterhalt zu benötigen – *bloßes* 'gegeneinander ausspielen' und *Finassieren* (sein eigentliches Metier) *könne die* quengelnden, der Modernisierungsfortschritte im Norddeutschen Bund wegen immer selbstbewußter oder doch fordernder auftretenden *Liberalen nicht dauerhaft in Schach halten*

⇒ Bismarck glaubt, nach Chancen für eine Nationalstaatsgründung Ausschau und deshalb die Dinge im Fluß halten zu müssen ≠ für Napoleon ist die Lösung von 1866 die äußerste so gerade noch hinnehmbare Linie, ja, eigentlich habe er noch 'etwas gut'

c) Frustrationen für Napoleon häufen sich

- < Reihe außenpolitischer Schlappen, zuletzt scheitert die Erwerbung Luxemburgs nicht zuletzt an Bismarck
- < 1869 mißlicher Ausgang der Parlamentswahlen
- > Bündnisondierungen des vermeintlichen diplomatischen Opfers von "Sadowa" beim militärischen Verlierer von Königgrätz
- > Bismarck alarmiert, er scheint sich ausgerechnet im Frühjahr 1870 damit abgefunden zu haben, daß man bei der "nationalen" Frage in längeren Fristen denken müsse, freilich stets in Lauerstellung, falls sich doch noch eine Gelegenheit einstelle
- > so lauern denn nun beide, der Populardiktator N. und der "Junker" aus Preußen

vorkommende Namen: Thomas Nipperdey, Lothar Gall, Theodor Schieder

2.) Für Bismarck unerquickliche Entwicklungen in Süddeutschland

Wahlen zum Zollparlament

-> Triumphe für jene Parteien, die sich gegen eine "Verpreußung" Süddeutschlands ausgesprochen hatten; die auf demokratische, föderalistische, trialistische Konzepte setzen

wir merken: für eine kurze Zeitspanne, die Jahre 1868 bis 1870, zeichnete sich parteipolitisch eine nicht realisierte Option der deutschen Geschichte ab – Süddeutschland schien einem demokratischen Föderalismus zuzuwachsen; es wird dann (neunmalklug von heute zurückblickend: zum Vorteil Deutschlands?) anders kommen

-> Württemberg entsendet ausschließlich Preußenskeptiker ins Zollparlament, von den 48 bayerischen Abgeordneten gehören 30 zur Opposition

Warum ist das für Bismarck so schmerzlich?

Der von ihm anvisierte Nationalstaat muß in London und in Petersburg als kleineres Übel gegenüber entfesselten Nationalismen erscheinen, die nur dieser konservative Junker kanalisieren könne. Diesen Eindruck – die Süddeutschen sind in einem derart urwüchsigen Nationalitätstaumel, daß sich ihr Anschluß an den Norddeutschen Bund sowieso nicht aufhalten läßt – konterkarieren die Wahlergebnisse von 1868.

-> Bismarck erkennt: demonstrieren, in London und Petersburg vorführen kann er den angeblich so vitalen deutschen Nationalismus nur, wenn ihn eine äußere Bedrohung oder eine Verletzung der nationalen Selbstachtung anstachelt. So eine Gelegenheit will er nun abpassen.

vorkommende Begriffe und Namen: Patriotenpartei, Demokratische Volkspartei ("Deutschlands Einheit wird nur durch Deutschlands Freiheit verwirklicht werden!"); Christian Jansen

3.) Spanisches Thronfolgeproblem, "Julikrise", "Emser Depesche" – weidlich Bekanntes im knappen Resümee

Wir können dieses Zwischenfazit ziehen:

Napoleon lauert darauf, es Preußen ohne nationale Rückendeckung heimzahlen zu können.

Bismarck lauert darauf, wieder auflodernde nationale Emotionen für eine Nationalstaatsgründung ohne Frankreichs Plazet und gegen französische Interessen ausnutzen zu können.

Beide meinen in Spanien fündig zu werden.

a) die spanische Thronfolgefrage

- * die Offerte an Erbprinz Leopold
- * warum das die französische Öffentlichkeit erregt (ein `neues Reich Karls V.`?)
- * warum König Wilhelm seine Zustimmung zur Kandidatur des Sigmaringers verweigert
- * Paris will nun die Demütigung – Wilhelm wird vom französischen Emissär Benedetti `belagert`

–> Telegramm an Bismarck über die Vorgänge

–> der veröffentlicht das Telegramm minimal verändert (= "Emser Depesche")

der kriegsauslösende Satz: "Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den Französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten *vom Dienst* [=Ergänzung Bismarcks] sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

–> ein französischer Leser gewinnt den (gewünschten!) Eindruck, Wilhelm habe den französischen Emissär in demütigender Form abgewimmelt

–> die Regierung an der Seine steht so unter dem Druck von Parlament und Öffentlicher Meinung, daß sie Preußen den Krieg erklärt

vorkommende Namen: Hohenzollern-Sigmaringen; Kaiser Karl V. (1519-1556), Renversement des alliances 1756, Richelieu, Mazarin, Ludwig XIV. (1661-1715); Vincent Graf Benedetti, Heinrich Abeken

b) was alles für Bismarck erfreulich gelaufen ist:

- * Kriegserklärung kommt aus Paris (19. Juli), dort also liegt nun der Schwarze Peter
- * außerhalb Frankreichs versteht niemand, warum die Pariser Regierung so eigenartig gekränkt und ehrenpusselig ist
 - > zunächst weder an der Themse noch an der Newa gewichtige Stimmen, die nun etwa zum antideutschen Krieg treiben
- * in Deutschland ist jedermann der Ansicht, daß doch eigentlich Wilhelm allen Grund habe, beleidigt und gekränkt zu sein; als sich nun die Franzosen auch noch erdreisten, "Krieg" zu rufen, ist jene deutschnationale Aufwallung da, auf die Bismarck seit Jahren wartet
 - > sogar ganz Süddeutschland liegt im borussophilen Taumel

Dietmar Willoweit: "Jetzt war sie da, jene allgemeine und zugleich propreußische, nationale Erregung, wie sie sich Bismarck wünschte. Der Norddeutsche Bundeskanzler hatte den Deutsch-Französischen Krieg keineswegs exakt vorausplanen können. Aber angesichts seiner eigenen Beiträge zur Entwicklung des Konfliktlage wird man auch sagen müssen: Es war eine der ihm möglich erscheinenden Rechnungen aufgegangen."

c) die Virulenz des Nationalismus auf beiden Seiten

für Napoleon entpuppt sich die nationale Erregung in Frankreich als Falle, ihn treibt nationales Prestigedenken geichsam vor sich her, Bismarck weiß das und nutzt es aus

Napoleon weiß es eigentlich auch, findet aber keinen ehrenvollen Ausweg, seinem Ministerpräsidenten Émile Ollivier schreibt er das: "Sehen Sie, in welcher Lage sich die Regierung manchmal befinden kann: Wir haben keinen richtigen Kriegsgrund, trotzdem werden wir uns für den Krieg entscheiden müssen, um dem Willen des Landes zu gehorchen."

Locken die nationalen Aufwallungen links des Rheins Napoleon in die Falle, sind die nationalen Aufwallungen rechts des Rheins für Bismarck doppelt nützlich:

- gegen süddeutschen Eigensinn -> Bündnisfall gemäß "Schutz und Trutz" sei gegeben

- gegen etwaige österreichische Revanchegeleüste

< Stimmung beim deutschsprachigen Bürgertum der Donaumonarchie

-> diese bleibt neutral

Dabei war Bismarck selbst kein Nationalist! Bismarck war Preuße. Aus seiner Sicht (≠ hundert Jahre lang die Historiker) hatte er drei Kriege geführt, um Preußen zu vergrößern (und seine Herrschaft über dieses Großpreußen zu stabilisieren)

4.) Was wir über den Kriegsverlauf wissen müssen

a) einige Schlaglichter

- rasche deutsche Siege, rasche Gefangennahme Napoleons (Sedan; 2. September)
- danach noch monatelang die am Ende erfolgreiche Belagerung von Paris
- Kaiserproklamation in Versailles (2. Januar), lang ehe überhaupt Friedensverhandlungen aufgenommen

vorkommende Namen und Begriffe: Hellmuth von Moltke; "Gouvernement de la défense nationale", General Louis Jules Trochu, Guerillakrieg, "Franctireurs", Levée en masse; Versailles; Adolphe Thiers; "Aufstand der Pariser Kommune"

b) und Bayern?

am interessantesten unter diversen Windungen: das Gewicht der Zollfrage noch jetzt!

vorkommende Namen: Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst; Bayerische Patriotenpartei; Otto Graf Bray-Steinburg; Johann Nepomuk Sepp ("auch wir haben ein deutsches Herz!"); Katholische Volkspartei

c) der Frankfurter Frieden ...

... vom 10. Mai 1871: Reparationszahlungen (fünf Milliarden Francs), Gebietsabtretungen

Gebietsabtretungen = schlimme Hypothek fürs künftige dt.-frz. Verhältnis

< Deutsche argumentieren historisch, sprachlich und ethnisch ≠ Franzosen voluntaristisch

Heinrich von Treitschke: "Wir Deutschen, die wir Deutschland und Frankreich kennen, wissen besser, was den Elsässern frommt, als jene Unglücklichen selber ... Wir wollen ihnen wider ihren Willen ihr eigenes Selbst zurückgeben ... Die Elsässer lernten das zersplitterte Deutschland verachten, sie werden uns lieben lernen, wenn Preußens starke Hand sie erzogen hat."

= schlechte Geschichtsschreibung und schlechte Futurologie!

vorkommende Namen und Begriffe: "Reichsland Elsaß-Lothringen"; "Schmachfrieden" von 1648, "Raubkriege" Ludwigs XIV.

VI. Die Gründung des Deutschen Reiches

zwar: die Bismarcksche 'Lösung' hatten Volksstimmungen begünstigt

aber: die Gründung ist weder von Genese noch Inszenierung her eine 'des Volkes'

a) die Genese

- die bilateralen "Novemberverträge" (oder "Einigungsverträge") ...
 - * ... zeigen: das Deutsche Reich wird nicht von Volksvertretern gegründet, sondern im Zuge von Verhandlungen zwischen deutschen Herrschern
 - * immerhin ratifizieren der Norddeutsche Reichstag und die süddeutschen Parlamente
 - der neugewählte Reichstag wird am 14. April das "Gesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches" annehmen

- ein "Deutscher Kaiser"

Präsidium, Bund → Deutscher Kaiser, Deutsches Reich

Theodor Schieder: "Der Norddeutsche Bund von 1866/67 war ein nüchterner Zweckbau gewesen, über dessen Kahlheit das Bewußtsein seines provisorischen Charakters hinwegsehen ließ. Der Abschluß der nationalstaatlichen Politik verlangte nach eindrucksvolleren Symbolen und Werten. So sind die Begriffe Kaiser und Reich ... als Ausdruck eines historisch gestimmten Jahrhunderts und einer historisch gerichteten Nationalidee in die Verfassung des Nationalstaats gelangt, so wenig dieser die universalistische Erbschaft des alten Reiches antreten wollte".

= glänzend formuliert, aber Bismarck dachte da viel nüchterner: der "Deutsche Kaiser" (natürlich in Personalunion mit dem preußischen Königtum) sollte die hegemoniale Stellung der preußischen Krone etwas verbrämen

vorkommende Namen und Begriffe: König Ludwig II. von Bayern, "Kaiserbrief", "Welfenfonds"

b) die Inszenierung

- wer bei der Kaiserproklamation am 18. 1. 71 anwesend ist

nämlich: Fürsten, Dipomaten, Abordnungen ausgewählter Regimenter – mit anderen Worten: Fürsten und Fürstendiener; Szenerie = stark militärisch geprägt, alle in Uniformen

Beate Althammer: "Im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles inszenierte das siegreiche deutsche Heer die Erhebung seines Oberbefehlshabers zum Kaiser."

- warum die Atmosphäre frostig ist

vorkommende Namen und Termini: Martin Eduard Simson, Bernhard Rogge, Hans Joachim Schoeps, Anton von Werner, Deutscher Kaiser vs. Kaiser von Deutschland → "deutsche Kaiserwürde"

c) die Stimmungslage `der Bevölkerung`

- Gründungseuphorie im evangelischen, wohllebenden Bürgertum

wer unsere langen Quellenzitate verfaßt hat: *Freiherr von Wechmar, Einjährig-Freiwilliger "H."*; *Heinrich von Sybel* (an Hermann Baumgarten, u. a.: "Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?"); *Alfred Dove* (u. a.: der Franzmann werde, "wenn ihm je lichte Augenblicke reuiger Selbsterkenntnis wiederkehren, für die erlösende Strafe danken, die wir voller Zorn, aber ohne Hohn, beinahe widerwillig, an ihm vollzogen haben".)

- noch einmal: wer abseits stand

* die konservativen Eliten zumal des alten Preußen

// ihre aufs Dreiklassenwahlrecht gestützte altfeudale Lebenswelt hat eben auch mit der des reichsfreudigen Gewerbebürgertums im Westen kaum etwas gemein

* das schrumpfende Lager großdeutscher Demokraten Süddeutschlands

* betont katholische Kreise

* linke, auf Internationalität setzende Kreise

* nationale Minderheiten: zahlreiche Polen, ferner Dänen und Litauer, die Elsässer

* dem annektierten Hannover nachtrauernde "Welfen"

→ die innere Nationsbildung muß ihren Kurs zwischen Integration (die in Gestalt einer forcierten Germanisierungspolitik zumal gegenüber den Polen auch aggressive Züge gewinnt) und Ausgrenzung (Kulturkampf, Sozialistengesetze) finden

kommt hinzu: die Verfassung des Kaiserreichs muß sich in einer Zeit heftiger sozialer Umbrüche bewähren; zwischen preußischen Junkern, dem liberalen und nationalen Gewerbebürgertum des Westens und dem anwachsenden Industrieproletariat klaffen Abgründe an Interessendivergenzen und wechselseitigem Unverständnis

-> Die "innere Nationsbildung" war eigentlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe!
Zu bewältigen hatte sie ein Mann, der bislang durch unerbittliche Freund-Feind-Polarisierung emporgekommen war, Lust empfand an aggressiver Zuspitzung, einen polarisierenden Politikstil verinnerlicht hatte.

VII. Wie funktionierte das Deutsche Reich?

1.) Verfassungsnormen, Verfassungswirklichkeit

a) einige Facetten der Genese der Reichsverfassung

- * es ist im Grunde ein `Anschluß´ ohne Änderung der Grundsubstanz der Verfassung
- * Streitthema 1: Wunsch nach einer kollegialen Regierung mit eigenverantwortlichen Ministern; geht aus wie 1866
- * Streitthema 2: der Heeresetat (> 80 Prozent der Reichsausgaben!); Kompromiß: Bewilligung der "Friedenspräsenzstärke" (von 401.000 Mann) bis 1874
Ausblicke: danach ein "Septennat"; Thema bleibt bis zum Ende des Kaiserreichs strittig

b) einige Grundzüge des politischen Systems

- Bundesstaat aus 25 Ländern,
dazu kommt das sog. "Reichsland Elsaß-Lothringen"
- Träger der Souveränität ...
... sind die verbündeten Monarchen und Senate (der drei Freien Städte Hamburg, Bremen, Lübeck)
≠ im völkerrechtlichen Verkehr, also nach außen hin: der Kaiser
Präambel: der König von Preußen "im Namen des Norddeutschen Bundes", die Könige von Bayern und Württemberg, die Großherzöge von Baden und Hessen "schließen einen ewigen Bund ... Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und nachstehende Verfassung haben":
das Reich beruhte also auf einem Fürstenbündnis, nicht etwa dem `Volkswillen´
- das Deutsche Reich ist auf dem Papier ziemlich föderalistisch
 - < so etwas wie eine `Reichsverwaltung´ ist zunächst ziemlich rudimentär
 - < es gibt keine obersten Reichsgerichte
 - < das Reich ist "Kostgänger der Einzelstaaten"
 - < Einnahmen aus Zöllen und einigen Verbrauchssteuern sowie Erträge der Reichspost reichen nicht hin -> "Matrikularbeiträge" der einzelnen Länder

- starke preußische Dominanz

< zweistufige Entstehungsgeschichte

< materielle und institutionelle Grundlagen, u. a.:

- zwei Drittel des Reichsgebiets

- Kaiser ∞ König von Preußen; Reichskanzler faktisch (≠ zeitweise Caprivi) ∞ preußischer Ministerpräsident und Außenminister; viele preußische Minister leiten in Personalunion die ressortgleichen Staatssekretariate des Reiches, später die sukzessive daraus erwachsenden entsprechenden "Reichsämtler"

ob man Preußen eine erdrückende Übermacht im Kaiserreich attestieren soll oder aber, daß es als Träger so vieler Reichsaktivitäten allmählich mit ihm verschmolz, im Reichsganzen aufging: das ist eine Frage der Perspektive, in den Akzentuierungen auch wissenschaftlich umstritten

- Ausblick 1: keine linear anwachsende "Verpreußung" des Reiches ...

... die neuere Forschung betont sogar tendenziell eher das Gegenteil

< seit 1880 besitzen mehrere *Reichsstaatssekretäre* Sitz und Stimme im *preußischen* Staatsministerium → These einer "Staatssekretariatisierung Preußens"

< im Lauf der 90er Jahre reißen die 1878 eingerichteten "Reichsämtler" sukzessive die Reichspolitik an sich

vorkommende Namen: Karl Erich Born, Thomas Nipperdey, Hans-Peter Ullmann

- Ausblick 2: in der Verfassungswirklichkeit wachsende Zentralisierung

viele einschneidende Reichsgesetze, massenwirksame Themen wie Kolonial- und Flottenpolitik, die Anfänge des Sozialstaats → der Politikbetrieb des preußisch imprägnierten Kaiserreichs entwickelt erhebliche zentralistische Dynamik

ökonomische Potenz; man wird auswärts wohl mehr gefürchtet als geliebt, jedenfalls aber respektiert → Mentalitäten und Erinnerungen werden in erstaunlichem Tempo auf den neuen, größeren nationalen Rahmen hin umgepolt

(*die Indizien der Vorlesung und viele andere:* Axel Gotthard, Ausland oder nationaler Leitstern? Preußen, Dualismus, "Drittes Deutschland" in bayerischen Schulbüchern des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 62, 1999)

→ ohne, daß das 1871 schon auf dem Papier ablesbar gewesen wäre, begann damals ein Dreivierteljahrhundert, bis 1945, in dem die herkömmlichen föderativen Gehalte der deutschen Geschichte sukzessive immer weiter absanken

der vorkommende Name: Manfred Rauh

Was wissen wir bis jetzt? Das Kaiserreich besaß eine recht komplexe Mischverfassung. Insgesamt wird man es als Bundesstaat einstufen und als konstitutionelle Monarchie. Es besaß kräftige monarchische Gehalte und auch eine demokratische Komponente; es besaß kräftige föderalistische Züge und auch eine unitarische Komponente. Demokratisch und unitarisch wirkte der allgemein gewählte Reichstag. Föderalistisch und monarchisch wirkte der Bundesrat. Preußisch und monarchisch wirkte der erbliche Kaiser = preußische König.

c) die wichtigsten Reichsorgane

- der Kaiser

wir merken: hat in den Außenbeziehungen alle Fäden in der Hand → das System der absolutistischen Geheimdiplomatie überdauert die Ära des Konstitutionalismus

- der Reichskanzler

wir merken: ` halbe Ministerverantwortlichkeit ´ → Aufmerksamkeit von Reichstag wie Öffentlichkeit konzentriert sich auf den Kanzler, der, um das Regierungshandeln zu erläutern, zu "verantworten", viel beachtete Parlamentsreden hält
≠ Tätigkeit des Bundesrats gleichsam im stillen Kämmerlein

Ausblick: Zerlegung des Reichskanzleramts, "Reichsämtler" unter "Staatssekretären", die Anordnungen des Kaisers gegenzeichnen dürfen

→ wir merken: Bismarck muß nicht mehr so omnipräsent sein wie anfangs, ohne, daß ein kollegiales und dem Parlament verantwortliches Reichsministerium entstanden wäre; er kann delegieren, ohne Macht einzubüßen

Es ist ein Spiel mit fünf Bällen. Der Kanzler muß sich sowohl mit einem allgemein und gleich gewählten Reichstag als auch mit dem preußischen Abgeordnetenhaus (Dreiklassenwahlrecht) und dem preußischen Herrenhaus (mit ernannten, hochkonservativen Mitgliedern) arrangieren; muß den von allen deutschen Regierungen beschickten Bundesrat beachten und natürlich den Kaiser gleich preußischen König, der ihn ernannt hat und entlassen kann.

Wer dieses Spiel beherrscht, gewinnt dadurch eine gewisse Selbständigkeit, sogar vor dem Kaiser, den der Kanzler immer darauf hinweisen kann, daß er ja auch mit den vielen anderen Mitgliedern des Bundesrats und/oder dem Reichstag klarkommen müsse, sonst Stillstand drohe. Aber dieses Dauerjonglieren ist anstrengend, sogar für den alternden Bismarck (vgl. schon IV.5a).

der vorkommende Name: Rudolf Delbrück

- der Bundesrat

- * warum im Bundesrat an Preußen niemand vorbeikommt
- * Gesetzesinitiative, "absolutes Veto": starke Stellung in der Legislative
- * ferner exekutive und judikative Befugnisse

vorkommende Begriffe: "Verwaltungsföderalismus", "stellvertretende Bevollmächtigte", "Präsidialanträge"

- der Reichstag

- * avantgardistisches Wahlrecht – nämlich (fast) allgemein, ferner gleich, geheim, direkt;
absolutes Mehrheitswahlrecht
wir verstehen: letzteres begünstigt sehr zum Ärger Bismarcks Parteien mit regionalen Schwerpunkten, so insbesondere das Zentrum (≠ schadet der Sozialdemokratie)

* die Kompetenzen

wir merken: an sich weitreichende Kompetenzen, aber: kein Mißtrauensvotum, sondern: Bürokratie und Militär, Diplomatie und Außenpolitik sind dem parlamentarischen Einfluß sehr weitgehend entzogen

vorkommende Begriffe und Namen: Budgetrecht, Gesetzesinitiative; "konstruktives Mißtrauensvotum", Rainer Barzel, Willy Brandt

* zum Status der Reichstagsabgeordneten: Immunität, keine Diäten

wir merken: man muß wohlhabend sein, um sich ein Dasein als Parlamentarier leisten zu können

→ schon deshalb in unserem Zeitraum ein Honoratiorenparlament

d) kritische Rückblicke

- Spannbreite der Beurteilungen

glückliche Synthese (die "stilgerechte Lösung der deutschen Verfassungsfrage": Huber)?

zwangsläufig transitorisch, flüchtig, fragil (von vornherein nur als "Übergangs- und Zwischenzustand" von der Monarchie hin zur Demokratie denkbar, ohne Chance auf Nachhaltigkeit und Dauer: Böckenförde)?

einfach der Bismarck-Staat, also ein Unikat, das sich allen gängigen Verfassungskategorien entziehe (so z. B. Gall)?

- meine Einschätzung: keine "stilgerechte Lösung der dt. Verfassungsfrage"

< dazu sind in den Verfassungspapieren von 1866 und 1871 zu viele Probleme unausgetragen geblieben, zu viele Konfliktlinien, die sich bis 1918 auftun werden, durchaus schon vorgezeichnet

* Problem Nr. 1: Die Verfassung des Kaiserreichs ist ein komplexer Kompromiß ohne gesellschaftlichen Grundkonsens

< Bismarck will unbedingt die Dominanz des monarchischen Gedankens und Preußens (die beiden Essentials), ist ansonsten flexibel und für Zugeständnisse an den mächtigen "nationalen" Gedanken, weil für ihn Verfassungen immer die realen machtpolitischen Verhältnisse in der Gesellschaft widerspiegeln müssen

→ er kommt deshalb dem "nationalen" rechtsliberalen Großbürgertum ein Stückweit entgegen – das waren nun mal die derzeitigen Aufsteiger, die mußte man einbinden, mehr war seiner Generation nicht aufgegeben:

eigentlich war Bismarcks historische Mission für Herrn Bismarck 1871 erfüllt, weiter wollte er keinesfalls schreiten, seither war er Status-quo-Politiker; ruchloses Industriearbeiterpack war nicht vorgesehen, hatte in Bismarcks Weltsicht keinen Platz, 'einfache Leute' hatten staatstreu zu sein und konservativ zu wählen

Das wechselseitige Unverständnis, das sich zwischen altfeudaler preußischer Lebenswelt, großgewerblich aktivem Bürgertum und zunehmend eben auch industrieproletarischen Massen auftut (vgl. schon VIc): das übersteigt Bismarcks Fassungsvermögen. Daraufhin, auch solche soziale Abgründe zu überbrücken, ist das politische System des Kaiserreichs keinesfalls ausgelegt.

* Problem Nr. 2: Militär weitgehend politischem Einfluß entzogen

Fragen der Militärverwaltung (Heeresstärke, Ausstattung): Gegenzeichnungspflicht ≠ "Kommandosachen" (Stellenbesetzungen, Ausbildungsinhalte usw.): unter alleiniger Verantwortung des Kaisers

→ *große Einflußmöglichkeiten für die hohen Militärs*, die sogar das Recht auf Immediatvortrag vor dem Kaiser besitzen

→ das *Militär* mit seinen überwiegend adeligen höheren Offiziersrängen ist ein *Garant des Obrigkeitsstaats* (oder, je nach Blickwinkel, des Untertanengeists ≈ "Der Untertan" Heinrich Manns)

// *in der Verfassungswirklichkeit Bürokratie*, die bei der Selbstrekrutierung mehr als auf intellektuelle Fähigkeiten auf Herkunft, Corpsgeist, neudeutsch: die rechte "Haltung" achtet

* Problem Nr. 3: Dauerspannung zwischen Konstitutionalismus und Parlamentarisierungsdrang

wachsende Teile des Parlaments, zumal seit den Jahren um und nach 1900, drängen auf die Parlamentarisierung des politischen Systems, durchgesetzt haben sie das nach meiner Einschätzung bis 1914 nicht → wachsende Gereiztheit, sinkende Problemlösungskompetenz

* Problem Nr. 4: die vielen Marginalisierten

davon war schon zweimal die Rede (vgl. IV.7, VIc);

nur noch dieses Schlaglicht: die Arbeiter werden um 1910 ein Drittel der Bevölkerung stellen ≠ politisch marginalisiert

< in den fortgeschritten industrialisierten Ländern Preußen und Sachsen des Dreiklassenwahlrechts, im Reichstag des absoluten Mehrheitswahlrechts wegen

2.) Die Parteien des Deutschen Reiches

a) Allgemeines

- wir haben lauter ziemlich oder ganz neue Parteien vor uns

< erst in der "Neuen Ära" war es möglich geworden, sich zu Parteien zusammenzuschließen, doch geschah das – von der mitgliederschwachen Sozialdemokratie abgesehen – zunächst auf der Ebene der einzelnen Länder

vorkommende Namen: "Café Milani", "Württembergischer Hof" (usw.); Affiliationsverbot; Deutsche Volkspartei, Bayerische Patriotenpartei (usw.)

- handelt es sich um Honoratioren- oder aber um Mitgliederparteien?

Sozialdemokratie: beide Begriffe passen nicht

alle anderen Parteien: eindeutig Honoratiorenparteien! (also, salopp: anders als heute viel Programm, wenig Organisation – lose gruppierte Weltanschauungsgemeinschaften)

vorkommende Begriffe: "Wahlkomitees", "Wahlvereine"; "Kreuzzeitung" (eigentlich "Neue Preußische Zeitung"), "National-Zeitung", (seit 1876) "Vorwärts" (usw.)

- es gibt "gouvernementale" und oppositionelle Parteien

"gouvernementale" Parteien (Karl Erich Born): sie sind grundsätzlich mit dem Kurs jener Regierung, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt gewesen waren, zufrieden < sind überhaupt mit dem politischen System des Reiches einigermaßen im Reinen und vertreten die Interessen derjenigen sozialen Kreise, aus denen die hohen Beamten, Diplomaten und führende Militärs stammen

= die beiden konservativen Parteien und die Rechtsliberalen (namens "Nationalliberale")

oppositionelle Parteien: tendenziell die Linksliberalen (mit fluktuierenden Parteinamen) und das katholische Zentrum; grundsätzlich die Sozialdemokratie

b) die Liberalen

- eine um 1870 nicht vorhersehbare Niedergangsgeschichte

< man geht überaus selbstbewußt ins Kaiserreich

< scheinbar hat nicht nur Bismarck, haben zumal die Liberalen gewonnen: daß Bismarck den Nationalismus zu einem konservativen Projekt macht, durchschauen die Liberalen nicht (oder sie merken nicht, welche Tragweite das hat)

Tendenz: man profitiert nicht von den wachsenden Wahlbeteiligungen = der Mobilisierung früher politikferner Bevölkerungskreise, wird immer eklatanter Sprachrohr einer Klasse: des wohllebenden Großbürgertums

- programmatische Essentials

* man war und ist für den kleindeutschen Nationalstaat

* man ist für die Monarchie, aber auch ein starkes Parlament

* aus den Wirtschaftskreisläufen habe sich der Staat herauszuhalten

- zu den Nationalliberalen:

* mindestens so wichtig wie innere Liberalität ist Deutschlands äußere Machtentfaltung → für imponierendes Heer, später für aktive Kolonialpolitik, deshalb auch eine imposante Flotte

* soziologisches Profil: evgl. Bildungsbürgertum, industrielles Großbürgertum

- zu den diversen linksliberalen Parteien:
 - * sind für die Fortentwicklung der konstitutionellen M. hin zu einer parlamentarischen
 - * gewichten persönl. Entfaltungschancen höher als staatl. Machtentfaltung nach außen
 - gegen hohe Militärausgaben und kolonialpolitische Aktivitäten, ferner gegen Schutzzölle – all das kräftige nur ungebührlich den Staat
 - * soziologisch: viele Angehörige der freien Berufe, gestandene Handwerker

der vorkommende Name: Beate Althammer

c) die Konservativen

- der Markenkern:
 - man verteidigt die Monarchie sowie die hergebrachte soziale Ordnung mit dem Adel an der Spitze und der Landwirtschaft als stabilisierendem Fundament der Gesellschaft
 - was die Konservativen in unserem Zeitraum entzweit: soll man sich mit manchen Zügen der Moderne arrangieren, sie gar (wie das Bismarck in machiavellistischer Meisterschaft vorexerziert hatte) für sich nutzbar machen?
- die Deutschkonservative Partei
 - * zu den Anfängen: Preußisch-Konservative Partei, in Distanz zur Reichsgründung
 - Spaltung in "altkonservative" Fraktion und "neue konservative" Fraktion
 - Wiedervereinigung unter dem Label "Deutschkonservative"
 - * schon das neue Label signalisiert: wir haben uns nun doch mit der Reichsgründung abgefunden
 - * Kerngebiete bleiben die agrarischen Ostgebiete Preußens
 - aristokratische Interessenvertretung, agrarische Interessenvertretung, keinerlei Verständnis für partizipatorische oder sozialpolitische Anliegen.
- die Freikonservative Partei
 - * unbedingte Unterstützung Bismarcks; Reichstagsfraktion firmiert unter "Reichspartei"
 - * soziologisch: Großagrarien wie bei den Deutschkonservativen, aber auch Großindustrielle wie bei den Nationalliberalen

vorkommende Namen und Begriffe: Bernhard von Bismarck; Wilhelm von Kardorff, Centralverband Deutscher Industrieller

d) das Zentrum

- Rückblicke: warum diese Besonderheit des deutschen Parteiensystems?
 - vorkommende Begriffe und Namen: Säkularisation; Mischehenstreit, Klemens August von Droste zu Vischering; Posen und Gnesen, Martin von Dunin; Gunilla Budde, Simultaneum

- zu Programmatik und soziologischem Profil
 - * programmatisch und soziologisch offener als alle anderen Parteien
 - < wie die Liberalen für modernen Rechtsstaat, mit Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit
 - < sozial durchaus sensibel // Anhänger viele `einfache` Leute, zumal auf dem Land
 - fachchinesisch: Zentrum = klassenübergreifende Milieupartei
 - * programmatischer Kern = Bildungs- und Kirchenpolitik
 - man will die Existenz kirchlich geprägter Schulen und die geistliche Schulaufsicht gewahrt wissen

e) die Sozialdemokratie

- Rückblicke
 - vorkommende Begriffe: Bund der Gerechten, Bund der Geächteten, Bund der Kommunisten, Kommunistisches Manifest; I. Arbeiterassoziation, Erste Internationale
- die Wurzeln im engeren Sinne
 - 1863 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV, oder auch: die "Lassalleaner"
 - < Gründer, Ferdinand von Lassalle)
 - 1869 Social-Demokratische Arbeiterpartei (SDAP, oder auch: die "Eisenacher"), unter Karl Bebel und Wilhelm Liebknecht
- zur Sozialdemokratie 1871-1878
 - NB: eines unserer nächsten Themen ist der Kampf "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" → ich umzingle die Geschichte der Sozialdemokratie in unserem Zeitraum hier gewissermaßen
 - 1875 Fusion von ADAV und SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)
 - "Gothaer Programm": kapitalismuskritisch, aber nicht eigentlich marxistisch; man wolle seine Ziele (allgemeines Wahlrecht bei allen, nicht nur bei Reichstagswahlen; Arbeiterschutz, geregelte Arbeitszeiten usw.) *"mit allen gesetzlichen Mitteln"* erreichen
- Ausblicke
 - vorkommende Begriffe: Erfurter Programm (1891), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

f) Frauen und Politikbetrieb

- * kein (aktives oder passives) Wahlrecht
- * der Allgemeine Deutsche Frauenverein
 - der soziale Hintergrund (1,8 Millionen arbeitende Frauen in Preußen vs. 24.000 in gehobenen Jobs, die "standesgemäß" sind: Lehrerinnen, Erzieherinnen, Diakonissen)
 - die Programmatik: Arbeit als "Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts"

vorkommende Namen und Begriffe: Louise Otto (-Peters), "Schloß und Fabrik", "Die Teilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben", "Adresse eines deutschen Mädchens", "Frauenzeitung für höhere weibliche Interessen"; Auguste Schmidt, Helene Lange, Allgemeiner deutscher Lehrerinnenverein

3.) Etwas `Länderkunde`

a) demographische Aspekte

- einige Zahlen
 - um 1870: 41 Millionen Menschen → am Vorabend des 1. WK gut 65 Millionen
 - Kaiserreich 1871 an dritter Stelle (hinter China und Rußland), 1914 an vierter Stelle (< USA wegen der immensen Zuwandererströme auf die dritte Stelle vorgerückt)
- in unserem Zeitraum noch immer immense Auswanderung
 - vorkommende Termini: Nativism, Erstaufnahmelager auf Ellis Island vor Manhattan

b) das Kaiserreich, ein ökonomischer Aufsteiger

wir wissen schon: das Wilhelminische Deutschland wird zur Trias der maßgeblichen Industrienächte der Welt gehören

< es ist führend bei den "neuen" industriellen Leitsektoren Chemie und Elektroindustrie

wir wissen ebenfalls schon: im Maschinenbau war das Deutsche Reich bereits in unserem Zeitraum führend

überhaupt: schon in unserem Zeitraum ganze Reihe wichtiger Innovationen

vorkommende Begriffe und Namen: Nikolaus Otto, Gottlieb Daimler, Carl Friedrich Benz; Lichterfelde, AEG; Bakteriologie, Robert Koch, "Miasmen", Milzbrand, Tuberkulose, Cholera

c) rasante Verstädterung und ihre Folgelasten

- die Ursachen
 - 1870: es arbeiten etwas mehr Deutsche in der Land- und Forstwirtschaft als in Industrie und Bergbau
 - Vorabend 1. WK: fast doppelt so viele Menschen als auf dem Land arbeiten in Industrie und Bergbau (nämlich 9,5 Millionen Menschen)
 - Binnenwanderung und Verstädterung
- woher kommen die Zuzügler?
 - meistens: Zuzug aus dem ländlichen *Umland*
 - Berlin, Großstädte des Ruhrgebiets: ihr Wachstum größtenteils
 - < *Fernzuwanderung* aus den Ostprovinzen Preußens
 - < diese rein agrar. Räume können die wachsende Bev. nicht mehr ernähren
 - < Vorsprung industrieller vor ländlichen Arbeitslöhnen ↑

→ um 1900 wird lediglich die Hälfte der Menschen noch am Geburtsort wohnen

parteiliche Folge der Binnenwanderung: in ländlichen Wahlkreisen zählt eine Wahlstimme immer deutlicher mehr als in den urbanen Wahlkreisen

(Beispiel der Vorlesung: gegen 1914 Wahlkreis Schaumburg-Lippe 47.000 Einwohner, Wahlkreis Teltow-Charlottenburg 1,3 Millionen)

→ begünstigt Deutschkonservative und Zentrum

- Folgen für die Wohnsituation abseits der Villenviertel

vorkommende Begriffe: "Mietskasernen", "Schlafburschen", "Logiermädchen"

das Zitat (< Albert Südekum): "Wie die Familie schlief? Mann und Frau in dem einzigen Bett. Die Kinder wurden auf ausgebreiteten Kleidungsstücken untergebracht und durften erst dann ins Bett kriechen, wenn Vater und Mutter – gewöhnlich vor 5 Uhr morgens – aufgestanden waren. Die kleinsten Kinder waren jeweils in einem Korbe, gelegentlich auch ... in einem halbaufgezogenen Schub der Kommode gebettet".

- Folgen für Ökologie und Umweltschutz

damalige Terminologie: "sanitäre" Probleme → Ziel ist "Assanierung" der Großstädte

unter vielen Problemen die drängendsten: *Kanalisation* (also Abtransport von Fäkalien und Industrieabfällen) sowie *Trinkwasserversorgung*

erst im Kaiserreich größere Anstrengungen, Indiz für gewisse Erfolge:

in Gründerjahren Mortalität in großen Städten merklich, oft eklatant höher als auf dem Land ≠ sinkt nun in den Metropolen deutlich schneller als in den Dörfern

- Exkurs aus gegebenem Anlaß: die Hamburger Choleraeuche und andere Epidemien

vorkommende Namen und Begriffe: Filtrationsanlagen, Elbe; Robert Koch, Quarantäne; Russische Grippe, Yunnan, Spanische Grippe; Beatriz Colomina, Niklas Maak, Bauhaus-Stil

d) der Gesellschaftsaufbau

- Allgemeines

natürlich eine Klassengesellschaft!

meint: nicht der Geburtsstand, in den man hineingeboren wurde, sondern das Ausmaß des ererbte Besitzes, in manchen Fällen und meist zweiter Linie auch selbstgeschaffener Wohlstand sind ausschlaggebend für die Lebenschancen

in der Vorlesung gestreifte Diskriminierungen der weniger Wohllebenden:

- Dreiklassenwahlrecht
- der "Einjährigfreiwillige" (ab Mittlerer Reife → statt drei Jahren Militär eines)
- de facto steht nur Söhnen aus dem Großbürgertum und Adeligen der höhere Staatsdienst offen (< alle anderen können sich Gymnasium, gar Hochschule für ihre Kinder nicht leisten – illustriert auch Klassencharakter des Einjährigfreiwilligen-Privilegs)

- der Adel

Relikte der vormodernen Adelsherrschaft existierten noch,

teils juristisch (z. B.: Erste Kammern der Landtage)

teils faktisch (z. B. Monopol auf Spitzenpositionen im Staatsdienst: alle Minister, Leitung größerer Botschaften im Ausland, die gesamte Generalität adelig)

- das Bürgertum

* industrieller "take off" -> Bürgertum wird inhomogener

* Refeudalisierungstendenzen im industriellen Großbürgertum

in der Vorlesung erwähnte Indizien:

- vom kleinen Haus neben der Fabrik zum ländlichen Herrensitz
- die Söhne sollen Offiziere werden
- man giert nach Nobilitierung, Orden, Titeln (Kommerzienrat)

solche Fragen des Habitus und das gemeinsame Feindbild Arbeiterbewegung schweißen *Adel und Großbürgertum* zu einer recht *homogenen Führungsschicht* zusammen

-> erleichtert parteipolitisch Annäherung Konservative ∞ Nationalliberale

-> wird Elite um und nach 1900 dazu animieren, fast geschlossen nach Kolonien und Flotte zu rufen, obwohl doch ein ostelb. Gutsbesitzer hiervon nicht so viel hat

* gewisse Refeudalisierungstendenzen auch im Bildungsbürgertum

das in der Vorlesung besprochene Indiz: überragende Bedeutung des Reserveoffizierspatents und der entsprechenden, auch zivil zur Schau gestellten Uniform

(ich folge zur Zeit meistens dem besten Kenner der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unter den Kaiserreichsexperten: Karl Erich Born; von ihm auch die Zitate der letzten fünf Minuten)

- alter Mittelstand

Teile des Handwerks überleben

< der Dienstleistungsbereich behauptet sich gut (Friseure, Waschsalons, Bäcker, Metzger ...)

< manche Handwerker spezialisieren sich auf die Reparatur von industriell hergestellten Produkten

nur sehr kleine Teile des Heimgewerbes überleben (Holzschnitzerei, eine Zeitlang Stickerei)

vorkommende Termini: Parole von den "überbesetzten" Handwerken (im Deutschen Bund); Verlagsproduktion, Verleger, "vorgelegt" (= in der Vormoderne Plus an Arbeitsteilung!)

- neuer Mittelstand

* Quantität: die *Gruppe der Angestellten schwillt rasant an*

< um 1870: Verhältnis Angestellte vs. Arbeiter 1 zu 30

→ Zahl der Angestellten wächst noch deutlich schneller an als die der Arbeiter

→ um 1914: Verhältnis Angestellte vs. Arbeiter 1 zu 9

* mentale Disposition: wiewohl *unselbständige Arbeitnehmer wie die Arbeiter*, setzen die Angestellten peinlich auf *Abgrenzung zu letzteren*, sie suchen von ihrem sozialen Selbstverständnis her den Anschluß ans (aus ihrer Sicht: übrige) Bürgertum

- Landwirtschaft

Nebeneinander von zahllosen Klein- und Kleinstbetrieben, ziemlich wenigen mittelgroßen Einheiten und noch weniger Großbauern

Befund 1907: fünf Prozent aller selbständigen Landwirte sind Großbauern oder Gutsbesitzer, diese fünf Prozent aber besitzen über 51 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche

- Fabrikarbeiter

* Quantität: werden in den Jahren des Kaiserreichs zur *zahlenmäßig stärksten sozialen Gruppe*

* Gehälter: *Reallöhne steigen* (≠ Prophezeiungen von Marx) in gut vierzig Jahren Kaiserreich um ca. fünfzig Prozent

* freilich 1: *politisch marginalisiert*, anfangs ohne jeglichen Schutz vor Arbeitslosigkeit

* freilich 2: anders als die Pressure groups der Unternehmer sind die *Gewerkschaften* von Anfang an *zersplittert*

< viele besonders organisierte Branchen

< drei weltanschauliche Richtungen (sozialistische Freie Gewerkschaften; liberale Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine; Christliche Gewerkschaften)

□ Einschub: wer wirkungsvoller Arbeitgeberinteressen vertritt

hierbei vorkommende Termini: "Centralverband Deutscher Industrieller", "Bund der Industriellen" (Unternehmerverbände); "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände", "Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" (Arbeitgeberverbände); "Arbeitsnachweise"

□ Seitenblick: Frauen und Erwerbsberufe

um 1880: 34 Prozent der Frauen üben einen Erwerbsberuf aus, freilich:

- zu zwei Fünfteln als mithelfende Familienangehörige (Landwirtschaft, Ladengeschäft ...)

- nur vier Prozent aller Frauen sind selbständig gewerblich tätig

- weit überproportional arbeiten Frauen in der Textilherstellung (sei es als Fabrikarbeiterin, sei es in herkömmlicher Heimarbeit)

e) Aspekte des damaligen Bildungswesens

- zur Quantität des Elementarschulunterrichts

seit 1880er Jahren: *fast alle Kinder* sehen *einigermaßen regelmäßig* ein Schulzimmer von innen

freilich: viele arbeiten daneben! (Fabriken: Zwölf- bis Vierzehnjährige dürfen `nur´ sechs Stunden am Tag arbeiten; Landw., Heimgewerbe: praktisch unkontrolliert)

und: für die große Mehrheit der Kinder ist die Schulzeit mit 14 Jahren zuende!

- zur Qualität des Elementarschulunterrichts

auf dem Land: *oft einklassige Schulen*, meistens viel mehr als die theoretisch erlaubten 80 Kinder in der Schulstube

in den Städten: vier oder sogar mehr *aufsteigende Klassen üblich*; Jahrgangsklassen kommen vor (Ø 64 Kinder)

vorkommende Begriffe: Armen- oder Freischulen, Zahlschulen, Volksschulen; Realienbüchlein; "Mittelschulen"

- zum höheren Schulwesen und den Universitäten

wir merken: ausgesprochen *elitär!*

< Abiturientenquote zwischen ein und zwei Prozent der jew. Alterskohorte

< 1871 Studierendenquote 0,5 Prozent

< um 1900 erreicht der Anteil von Unterschichtskindern an den Studierenden ein Viertelprozent

was auch anders ist als heute: die Universitäten sträuben sich gegen technische Fächer
-> mehrere polytechnische Schulen zu Hochschulen aufgewertet: TH Aachen, TH München, TH Berlin, TH Karlsruhe usw.

vorkommende Begriffe: Gymnasium (-> Hochschulzugang), Realgymnasium, Oberrealschule; "Obersekunda" (= 7. Klasse -> Einjährigfreiwilliger, Reserveoffizierspatent); "Dipl.-Ing.", "Dr. Ing." (erst nach unserem Zeitraum); Trinkzwang, "schlagende" Verbindungen

- Bildungsmöglichkeiten für junge Frauen

* Volksschulen: gleichberechtigt einbezogen, faktisch vielfach Koedukation

* darüber hinaus lediglich "höhere Töcherschulen" in privater Trägerschaft

-> Zugang zum Lehrerinnenseminar

-> können dann ihrerseits an Volksschulen oder niederen Klassen von Töcherschulen unterrichten

* Ausblicke:

- Helene Lange organisiert 1889 "Realkurse" für junge Frauen auf Gymnasialniveau, seit 1896 dürfen die Absolventinnen als Externe an einem Jungengymnasium das Abitur ablegen

- seit 1893 gibt es in Karlsruhe das erste Mädchengymnasium; seit 1900 können sich in Baden Frauen an der Universität einschreiben -> weitere Länder folgen

4.) Rundblicke – wie präsentiert sich das Deutsche Reich im europäischen Rahmen?

a) sozioökonomische Rahmenbedingungen

- typische wirtschaftliche Entwicklung? jein

* wir wissen schon: das Deutsche Reich ist *ökonomisch ein Aufsteiger*

* der *Konjunkturverlauf* ist weitgehend *typisch*, verläuft europaweit ziemlich synchron: seit 1873 überall Konjunkturreinbruch; Mitte der 1890er Jahre setzt überall die sog. "Große Depression" ein, die überwunden ist, als sich 1913 die nächste Rezession ankündigt

- die Zerklüftung der Gesellschaft des Deutschen Reiches ist nicht exzeptionell

* wo manche Übertreibungen herkommen:

wer den deutschen "Sonderweg" 1870 beginnen ließ, betonte die singulär späte oder "verspätete" Nationalstaatsgründung "von oben" + die verderbliche Kontinuität traditioneller adeliger Eliten und eine angeblich einzigartige "Feudalisierung des Großbürgertums"

angeblich gelang dem ökonomischen Aufsteiger die *synchrone Taktung von Modernisierungsprozessen in funktional ausdifferenzierten Gesellschaftssegmenten* nicht < moderne Technik, effiziente Wirtschaft vs. veraltete obrigkeitliche Politikmuster

vorkommende Begriffe: Praxisübung II, "Bielefelder Schule", "Modernisierungstheorie" // "Sonderwegsthese"

* was neuere komparatistische Studien zeigen:

das Kaiserreich war nicht so einzigartig, wie es selbst und borussophile Historiker generationenlang euphorisch, die "Bielefelder" dann in entlarvender Absicht unterstellt haben

< *europaweit behauptet grundbesitzender Adel*, wiewohl (außerhalb Englands) für Technik und Industrie marginal, *Schlüsselstellungen:* Armee, Bürokratie, Diplomatie
-> kann überall wegen seiner agrarischen Interessen bremsende Schutzzölle durchsetzen

< *europaweit zerfasert das Bürgertum*, wo es schon existiert (also weniger: Süd- und Osteuropa) vom kleinen Handwerker oder Ladenbesitzer über die anschwellende Zahl der Angestellten bis hin zu eminent reichem Großbürgertum (Banker, Stahlbarone, andere Industrielle)

< auch in Großbritannien und Frankreich, zumal aber im schwachen Bürgertum des Zarenreichs habe sich das *Großbürgertum im Lifestyle an die Aristokratie angelehnt*

Dekonstruktion hin, Einebnung nationalstaatlicher Sonderwege her: ich halte die Anbietung des wohllebenden Bürgertums an die alten adeligen Eliten, ganz besonders aber an militaristische Denkweisen ("Reverveoffizier"!) doch für im Kaiserreich besonders ausgeprägt

der Name: Gunilla Budde

- in der Sozialpolitik ist das Deutsche Reich ein Vorreiter
überall in West- und Mitteleuropa gewaltige Verstärkung → zu viele potentielle Arbeiter ("industrielle Reservearmee")
mit Bismarcks Sozialversicherung D Vorreiter – anderswo zieht man erst im letzten Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg nach

b) die Verfassungen der europäischen Länder

Absolute Monarchien:

Osmanisches Reich, Rußland

(Rußland: nach Wirren 1905 Einberufung eines Parlaments, der "Duma", doch sehr schwach, im Grunde Scheinkonstitutionalismus)

Konstitutionelle Monarchien:

Deutsches Reich, Österreich-Ungarn; Spanien; diverse Balkanstaaten (Serbien, Rumänien usw.)

Kompliziert Österreich-Ungarn: seit "Ausgleich" 1867 zwei Reichshälften mit je eigenen Regierungen und Parlamenten (österreich. Reichsrat, ungarischer Reichstag); lediglich drei Gesamtministerien (Äußeres, Militär, Finanzen) → Klammer fast allein der Monarch, als Kaiser von Österreich und König von Ungarn

Parlamentarische Monarchien:

Großbritannien; die skandinavischen Königreiche Dänemark, Schweden, Norwegen; Belgien, Niederlande; Italien

Republiken:

nennenswert nur Schweiz und Frankreich

Zu den Parlamenten:

Zweikammersysteme üblich (Senat in F oder Bundesrat in D oder Oberhaus in Gbt.)

Zum Wahlrecht:

alle Männer dürfen nur in den Republiken sowie im Deutschen Reich wählen

Trend anderswo: sukzessive Ausweitung des Kreises der Berechtigten

c) die europäischen Parteisysteme

* Kräfteverhältnisse:

überall: Konservative stagnieren; Schrumpfung und Zersplitterung der Liberalen (wenn auch meistens nicht so eklatant wie im Kaiserreich); Aufstieg der sozialistischen Parteien (wenn auch meistens nicht so deutlich wie im Kaiserreich)

spezifisch fürs Kaiserreich: konstant starke Rolle einer konfessionellen Partei

* zur Krise des Liberalismus:

- < Rechts- und Verfassungsstaat weitgehend etabliert, damit Zentralprojekt ↓, man wird 'bewahrend'
- < ungeklärtes Verhältnis zu starkem Staat (Sozialp., Schutzzollp., Kolonialp.; in mehreren Ländern belastet Konflikt Kirche vs. sich auf ihre Kosten stärkender Staat)

* zum Aufstieg des Sozialismus:

deutsche Sozialdemokratie stärkste sozialistische Partei Europas

- < kann (mühsam) vermeiden, wie anderswo in sich erbittert bekämpfende Grüppchen zu zerfallen

Sonderfall Großbritannien: keine große sozialistische Partei

- < machtvolle Gewerkschaften; liberale wie konservative Partei nicht sozial borniert (dennoch seit frühem 20. Jh. "Labour Party", die aber ausgesprochen reformerisch)

Sonderfall Rußland: keine Industrie, praktisch keine Fabrikarbeiter, Parteien bis 1905 verboten

beim Ausblick vorkommende Namen: Duma, "Bolschewiki" um Lenin, "Menschewiki" um Plechanow und Trotzki

d) Absonderlichkeiten deutscher Bildungswelten

- ungewöhnliche Bedeutung des Verbindungswesens

* der quantitative Befund:

mindestens jeder vierte, an einigen Universitäten jeder zweite Student verbringt seine Zeit mit Zwangsfechten und Zwangstrinkgelagen

* Erklärungsmuster:

- < *weil Burschenschaften einmal progressive Werte hochgehalten hatten?* (≠ Burschenschaften inzwischen überwiegend reaktionär, übrigens auch antisemitisch)

- < *füllen eine Lücke im deutschen Universitätswesen!* (≠ französisches Hochschulwesen internatsmäßig organisiert, britische Kommilitonen arbeiten und leben in Colleges)

der deutsche Student kommt in eine fremde Stadt, muß sich dreierlei suchen: ein Zimmerchen, einen billigen Gasthof fürs Mittagessen, neue Bekannte – oder, er zieht in ein Verbindungshaus, wo er alles auf einen Schlag bekommt und die mentale Prägung zum schneidigen Anhänger des Bismarckschen Obrigkeitsstaats kostenlos dazu

- die Schulen bleiben konfessionell geprägt

// konfessionell definierte Partei: auch Schulen konfessionell geprägt, sog. "Simultanschulen" bleiben rar

VIII. Innenpolitik 1: Bismarck und die "Reichsfeinde"

1.) Der "Kulturkampf"

a) Präliminarien

* zeitgenössischer Begriff, geprägt wohl von Rudolf Virchow ("Fortschritt")

* = heftiger Konflikt Staat vs. Kirche, der in Preußen und einigen anderen Gliedstaaten ausgetragen wird; manche einzelstaatliche Kampfmaßnahmen werden auch in die Reichsgesetzgebung übernommen

* es gab solche 'Kämpfe' in mehreren europäischen Staaten (z. B. -> strikte "laïcité" des heutigen Frankreich)

b) was die Liberalen an der katholischen Kirche stört

- wie die Liberalen argumentieren

- * im Wertekosmos des Bürgers komme der Nation die Spitzenposition zu

- * "liberales" Ideal individueller Selbstverwirklichung (daß Nation als inbrünstig verehrter Höchstwert und individuelle Selbstbestimmung nicht zusammengehen, hat sich den damaligen Liberalen nicht erschlossen)

- * fast alle Nationalliberale sind dezidiert evangelisch

- * viele Linksliberale: Christentum, zumal in seiner katholischen Version ≠ Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaften

- ≠ der deutsche Katholizismus ist seit 1803 sehr romtreu

- ≠ zuletzt unter Pius IX. auch an der Kurie orthodoxe Verhärtung (wie in Deutschland seit 1803: aus einer Position der Schwäche heraus)

- > "Syllabus errorum": Generalabrechnung mit dem modernen, urbanen, liberalen Lebensstil und dem Kapitalismus (nicht dem Nationalismus)

- > päpstliche Unfehlbarkeit bei Glaubensaussagen "ex cathedra"

vorkommende Namen: Adalbert Falk; "ultramontan" (<ultra montes: jenseits der Berge, gemeint die Zentralalpen); Beate Althammer

- ist die liberale Empörung 'echt' oder geheuchelt?

- Taktik? Indem man auf den Katholizismus einprügelt, will man eigentlich die konservativen Parteien schwächen (≈ zeitgleich die italienischen, später die französischen Liberalen; mein Einwand: ≠ Deutschlands konservative Parteien evgl. geprägt)?

vorkommende Namen: Lothar Gall, Volker Ullrich; Rudolf Virchow (-> Geschichte als Abfolge – nein, nicht von Klassenkämpfen, sondern von Kämpfen zwischen katholischem Aberglauben und Aufklärung, schon "die Hohenstaufen sind in den blutigsten Kämpfen unterlegen, die Hierarchie hat triumphiert", das von ihm kommentierte Kampfgesetz ist "ein Gesetz aus der großen Entwicklung der Jahrtausende")

c) was Bismarck umtreibt

- weltanschauliche Motive? strittig!

wer bei Bismarck an Werte glauben mag: beeinflusst von pommerschen Pietistenkreisen, also von Hause aus dem Katholizismus fern, aber auch dem landesherrlichen Kirchenregiment der protestantischen `Staatskirchen´ gegenüber skeptisch

- Mittel, die Liberalen auch in allen anderen Fragen an sich zu binden?

- Spielfeld seiner Politik der `negativen Integration´?

Bismarck glaubte eben immer Feinde zu brauchen, so war er hochgekommen, so hatte er das bei seiner politischen Primärsozialisation gelernt
(`negative Integration´ meint: die Mehrheit durch Feindbilder zusammenschweißen)

- Verquickung mit dem `Polen-Problem´

Groll Bismarcks: katholische Geistliche und katholische Schulinspektoren trügen die gewünschte Germanisierung in den polnischsprachigen Gebieten Preußens nicht recht mit, beförderten muttersprachlichen Unterricht

- für mich zentral: Unbehagen am Zentrum!

< Zentrum auf Antrieb zweitstärkste Fraktion im Reichstag

< spricht (≠liberale Honoratiorenparteien) im Westen und Süden breite Volksmassen an

salopp gesagt: das Zentrum fischt erfolgreich in Teichen, die Bismarck für eine andere Nutzung vorgesehen hatte, als Reservoir für konservative Wahlerfolge

was unsere Zitate zeigen: dominant ist Verärgerung über Wahlerfolge des Zentrums, es folgt die irrationale Verquickung mit dem Polen-Thema; die Motive "Futter für die Liberalen" und "viel Feind, viel Ehr" sind nicht ganz unwichtig; am schwächsten ist wohl das etwaige Pietismus-Motiv

d) die Anlässe

- * das Zentrum engagiert sich für die Wiederherstellung des Kirchenstaats

- * die katholische Kirche verlangt, "Altkatholiken" aus dem Staatsdienst zu entfernen

vorkommende Namen und Begriffe: Wilhelm Emmanuel von Ketteler; Moriz Ritter, "missio canonica"

e) die Kampfmaßnahmen im knappen Überblick:

- * Aufhebung der Katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium

(-> Zusammenlegung mit evgl. Abt. zur Abteilung für geistliche Angelegenheiten)

- * das preußische Schulaufsichtsgesetz beseitigt Reste geistlicher Schulaufsicht

* "Kanzelparagraph" (reichsweit)

(wer als Geistlicher "vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht", muß mit Haftstrafe rechnen)

* "Jesuitengesetz" verbietet alle Niederlassungen des Ordens auf deutschem Boden

* preußische "Maigesetze" (Mai 73):

- geistliches Amt u. a. abhängig von der Ablegung eines "Kulturexamens"
- kirchliche Stellenbesetzungen künftig anzeigepflichtig, bei staatl. Einspruchsrecht
- Königlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten

* Zivilehe; Beurkundung von Geburten, Heiraten, Todesfällen übernehmen Standesämter

* "Expatriierungsgesetz" (reichsweit): Geistliche dürfen auf einen Aufenthaltsort beschränkt und sogar aus dem Reich ausgewiesen werden

- * durch staatliche Strafmaßnahmen vakant gewordene Bistümer in Preußen werden durch einen vom Kultusminister ernannten Kommissar verwaltet; vakante Pfarrstellen habe die betreffende Kirchengemeinde per Wahl neu zu besetzen (tatsächlich -> Wahlboykotte)
 - > binnen zweier Jahre alle pr. Bischöfe verhaftet, ein Viertel der Pfarrstellen unbesetzt

* "Brotkorbgesetz": sperrt komplett staatliche Geldzuwendungen an die katholische Kirche

* "Klostergesetz": Niederl.gen aller Orden mit Ausnahme reiner Krankenpflegeorden ↓

f) die Kampfmaßnahmen erreichen keines ihrer Ziele

≈ Kölner Mischehenstreit, ≈ später Erfahrung der Nazis: unter Druck stehen die Katholiken zusammen

- > Zentrum verdoppelt seine Stimmenzahl sowohl bei den preußischen Landtagswahlen als auch bei den Reichstagswahlen
- > kein einziges Priesterseminar veranstaltet ein "Kulturexamen", kein einziger Bischof erstattet deshalb Anzeige; die Kirchengemeinden boykottieren durchgehend die Wahl von "Staatspriestern"
- > gegen Priester verhängte Geldstrafen werden einfach nicht bezahlt, deshalb füllen sich die Gefängnisse

g) die Rücknahme der meisten Kampfmaßnahmen

Beendigung des "Kulturkampfes" = Werk der Kurie und Bismarcks, unter sorgfältiger Umgehung des Zentrums (was für mich noch einmal illustriert, was zentral dahintergesteckt hatte)

- die Voraussetzungen

- * Bruch mit Nationalliberalen (noch unser Thema!) zeichnet sich ab

- > Bismarck könnte künftig immer wieder auf Stimmen des Zentrums angewiesen sein

* seit 1878 neuer Papst, der in mißlicher Lage `Grenzberingung´ sucht

vorkommende Begriffe und Namen: Leo XIII., Kirchenstaat, Vatikan, laizistische Kräfte (in Frankreich ↑); Nuntius; Kanonisches Recht, "Kanonistische Abteilung" (der ZRG)

- die einschlägigen Gesetze

1878 Erstes Milderungsgesetz

1880 - zwei weitere "Milderungsgesetze"

- Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Preußen - Kurie

1885/87 zwei "Friedensgesetze"

⇒ was bleibt überhaupt?

- Anzeigepflicht bei der dauerhaften Neubesetzung einer Pfarrstelle, mitsamt dem staatlichen Einspruchsrecht
- Kanzelparagraph
- überkonfessionelle Abtlg. für geistliche Angelegenheiten im pr. Kultusministerium
- Zivilehe
- ein Orden wird nicht wieder zugelassen: die Jesuiten

2.) Der Kampf gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"

a) Bismarcks Motive

- Weltanschauung?

was stimmt: gelegentlich beschlich Bismarck das Gefühl, in einer brüchigen Endzeit zu leben, überall lauerten Panslavisten, "Ultramontane" und Sozialisten

→ in solchen Phasen verschwimmt alles ineinander: Sozis, Anarchisten, die Pariser Kommune, freche nationale Minderheiten usw. usf.

→ Theodor Schieder: "cauchemar des révolutions" (NB: Forschungserminus ≠ "cauchemar des coalitions", dieser letztere "Alptraum" ist zeitgenössisch)

- Bismarcks Politikstil!

wir merken schon: B. ist überzeugt, zur Stabilisierung seiner Position innere Feinde zu benötigen: so war er hochgekommen, so hatte er es gelernt

→ nach den verdammt hartnäckigen Katholiken muß ein anderer "Reichsfeind" her!

- ein außenpolitischer Nutzeffekt

der Kampf gegen ruchlose Sozialisten kann die Allianz der drei konservativen Ostmächte Preußen, Österreich und Rußland unterfüttern

< ein vordem wirksamer weltanschaulicher Kitt, die Furcht vor liberalen und nationalen Strömungen, ist ja Bismarcks wegen nicht mehr brauchbar

- ein innenpolitischer Nutzeffekt!!

Furcht des saturierten Bürgertums vor links dräuenden "Reichsfeinden" soll den Liberalismus nach links hin zügeln

die paar vereinzelt Linksausleger im Reichstag als "Reichsfeinde" zu diffamieren, ist ein Warnschild an die Liberalen: agiert nicht zu links, sonst entlarvt ihr euch ebenfalls als "Reichsfeinde"!

< Bismarck hält tatsächlich die Linksliberalen für seine gefährlichsten Gegner

aber: diese sind keine so dankbaren Opfer wie die Sozialdemokraten

< letztere hatten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen Stellung bezogen + Sympathien mit der neuen Republik Frankreich bekundet;
Reichstagsrede von August Bebel im Mai 1871: Kampf der Pariser Kommune sei "kleines Vorpostengefecht"; Überzeugung, daß "die Hauptsache uns in Europa noch bevorsteht"

→ für große Teile des Bürgertums als "vaterlandslose Gesellen" diskreditiert

b) Präliminarien, Vorwände

- Präliminarien ...

... in Preußen: `Prozeßkrieg´ gegen SDAP, Verbot des ADAV

... an Rhein und Ruhr: schubweise Entlassung `verdächtiger´ Arbeiter

= Hintergrund des Zusammenschlusses zur SAP

die vorkommenden Namen: Tessendorf, Krupp

- Vorwände

zwei hochwillkommene Attentate auf den Kaiser, durch Sonderlinge, Motivation evtl. Schizophrenie oder "Verschwörungstheorien", jedenfalls kein sozialistisches Parteiprogramm

→ Neuwahlen mit dem gewünschten Ergebnis

vorkommende Namen: Max Hödel, Karl Eduard Nobiling

c) das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen ...

... der Sozialdemokratie":

* Verbot aller Vereine, Versammlungen und Publikationen, "welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken", das ohne Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung; NB: bei Wahlen kandidieren darf die Sozialdemokratie weiterhin

* "Agitatoren" dürfen ausgewiesen werden

* über für sozialistische Agitation anfällig erscheinende Städte oder Regionen darf der Kleine Belagerungszustand verhängt werden

= befristet auf zweieinhalb Jahre, doch bis 1890 immer aufs Neue verlängert

d) die Auswirkungen

- persönliche Schicksale
viele Gefängnisstrafen (gleich 1878/79 werden 600 Gefängnisjahre verhängt; bis 1890 werden 1.500 "gemeingefährliche" Menschen in Arrestzellen sitzen); Exilschicksale
- Gegen- und Ausweichreaktionen
 - * wer die Metternichära kennt, ahnt es schon: man weicht auf Sport- und Gesangsvereine aus
 - * Hilfskassen (derer, die Geld im Überfluß haben!) für die politisch Verfolgten; "Rote Feldpost" verteilt `im Untergrund´ die in der Schweiz gedruckte Publizistik
- programmatische Folgen
Radikalisierung:
 - * Ziele "mit allen gesetzlichen Mitteln" erreichen (Gothaer Programm 1875), "an unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrundegehen" (erste Bekundung der Parteiführung nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes 1878)
-> man wolle seine Ziele "mit allen Mitteln" erreichen (Parteikongreß im schweizerischen Wyden 1880)
 - * erst jetzt nehmen breite Kreise der Arbeitnehmerschaft die Konzepte von Marx zur Kenntnis (-> Erfurter Programm 1891 orthodox marxistisch, für gewaltbereiten Kampf des "internationalen Proletariats" usw.)
- Auswirkungen bei Wahlen
Verdreifachung der Stimmenzahl zwischen 1878 und 1890, auf zuletzt rund zwanzig Prozent

e) für Bismarck ein peinlicher Flop, später gerühmt: die "Sozialgesetzgebung"

Historiographie: das einzige, worin sich alle einig waren und sind – Bismarcks Soziapolitik sei einfach nur rühmend wert

Bismarcks Memoiren: kein Wort zu diesem peinlichen Thema – ein Reifall, daran wollte er nicht auch noch selbst die Nachwelt erinnern; wie ist diese Diskrepanz erklärbar?

- die gesetzgeberischen Maßnahmen der Achtzigerjahre
 - * Krankenversicherung für Geringverdiener, ein Drittel der Beiträge trägt Arbeitgeber; *neu* hieran ist nur, daß nun *reichsweite* Versicherungspflicht für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen mit normierten Leistungen; neben viele längst existierende Betriebskrankenkassen treten Allgemeine Ortskrankenkassen ("AOK")
 - * Unfallversicherung: berufsgenossenschaftliche Haftung der Unternehmer für Betriebsunfälle
neu hieran ist nur, daß nun von (schwer justiziablem) Schuldfrage abgesehen, gegen Reduzierung der Entschädigungssummen

- * Alters- und Invaliditätsversicherung, paritätische Beiträge, hier nun auch Zuschüsse des Reiches → geringe Rente ab dem 70. Lebensjahr (vor Erstem Weltkrieg: zehn Prozent als Altersrente, 90 Prozent als Invaliditätsrente ausbezahlt < kaum jemand erlebte arbeitsfähig 70. Lebensjahr)

- was war Bismarcks Motivation?

- * keine der damals viel diskutierten sozialpolitischen Programmatiken

etwa: katholisch à la Ketteler, konservativ à la Stoecker, oder im Sinne der "Kathedersozialisten" (= starker Zweig der damals sog. "Nationalökonomie" ≈ heute: Wirtschaftswissenschaften)

- * sondern machtpolitisch:

- gegen Sozialdemokratie: *Arbeiter sollen dankbare Staatsrentner werden*

< Bismarck wünschte an sich keine eigenen Beiträge der Arbeitnehmer, nur solche der Unternehmer und des Staates

- antiparlamentarische Spitze: Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherungsleistungen sollen zu einer *berufsständischen Organisation* der gesamten Wirtschaft (*Wiederbelebung ständisch-korporativer Ordnungskonzepte*) ausgebaut werden und dem Reichstag als eine Art "Nebenparlament" Konkurrenz machen

Versuchsballon: "preußischer Volkswirtschaftsrat" (1881), mit von den Handelskammern gewählten Mitgliedern – mit ihnen glaubt sich Bismarck, neudeutsch, als "deal maker" besser arrangieren zu können als mit Parlamentariern

→ alle wirtschafts- und finanzpolitischen Vorlagen sollen erst dort beraten werden, ehe sie ans Abgeordnetenhaus gehen, dieses soll so unter Druck gesetzt werden

→ Ziel der reaktionären 1880er: "Entpolitisierung der Parteien durch Betonung des materiellen Interessenstandpunkts" (Lothar Gall)

- * aber: hierfür fehlen parlamentarische Mehrheit und Geldmittel

→ *anstatt zentralistischem Konzept* (Reichsversicherungsanstalt mit hohem Staatszuschuß) organisatorischer Flickenteppich, bei dem *Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung* dominieren; die meisten AOKs werden rasch von Sozialdemokraten beherrscht

→ *"preußischer Volkswirtschaftsrat"* mit Vertretern der Berufskorporationen *Schlag ins Wasser*

< die Parteien drohen den Pressure groups erfolgreich an, sie, wenn sie Nebenwege für ihre Einflußnahme suchten, einfach nicht mehr anzuhören

⇒ weder aus dem "Staatsrentner" noch aus dem berufsständischen 'Nebenparlament' wird etwas, und die Arbeiter wählen weiterhin Sozis → für B. ist das Ganze ein peinlicher Flop

vorkommende Namen: Gustav Schmoller, Lujo Brentano

3.) Der Kampf gegen nationale Minderheiten

- unser Beispiel: die Polen

< größte Minderheit, fünf Prozent der Reichsbewohner, zehn Prozent der Bewohner Preußens

- was wird für sie 1871 fast schlagartig schlimmer?

Karl Erich Born: "Das alte Preußen war kein nationales Machtgebilde, es hatte von seinen Untertanen nur Loyalität, nicht aber Nationalität verlangt" ≠ die Stütze und Vormacht des deutschen Nationalstaats verlangt nun von den ethnischen Minderheiten, zu "guten Deutschen" zu mutieren

→ Sprachverordnungen, so das "preußische Geschäftssprachengesetz" von 1876

→ provoziert einen polnischen Nationalismus, den es bislang außerhalb einer engen Führungsschicht nicht gegeben hatte: die Polen merkten, daß sie offenbar nicht so recht als Deutsche durchgingen, und wollten es deshalb nun auch nicht mehr sein

→ antipolnische publizistische Kampagne schwillt an

von wem unsere längeren Zitate stammen: Philosoph Eduard von Hartmann ("das Slaventhum in unseren Grenzen ausrotten"), Soziologe Max Weber ("Einbruch östlicher Nomadenschwärme")

→ Parteipolitiker nehmen sich des Themas an

unsere ausführlichen Zitate: Wilhelm von Rauchhaupt vor dem preußischen Abgeordnetenhaus im Januar 1886 ("das polnische Element beginnt, das deutsche zu überfluten")

wir merken:

die Problembereiche durchdringen sich ("... evangelisch und deutsch sind ziemlich dasselbe": W. v. R.), überall wuchert das von B. geschürte Freund-Feind-Denken

- warum Bismarck gegen die Polen hetzt

* er hat schon auch (modern formuliert) Vorurteile gegen "die Polen"

Unser (intern geäußertes!) Zitat: "Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen. Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen sollen, nicht anders als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tot, wenn man kann."

* Motiv 1: Wahlverhalten

< das ländliche Polen wählt nicht frei- oder deutschkonservativ, sondern Minderheitenvertreter

* Motiv 2: wohlfeiler Hebel für seine Kampagne gegen das Zentrum

Lothar Gall: "Bismarck sah das Eigengewicht der Probleme [sc. in Preußens Osten] sehr genau und schätzte ihre spezifische Sprengkraft durchaus richtig ein. Indem er sie trotzdem für andere Zwecke benutzte, belastete er sie zusätzlich mit deren Problemen und führte sie so ins Zentrum politischer Grundsatzkonflikte. Dadurch aber wurde die Situation schließlich fast ausweglos."

der Name, der Begriff: Malwine; Polnische Sozialistische Partei in Preußen

- Verschärfung des Kampfs gegen das "Slaventhum" seit 1885:
 - * alle nicht eingebürgerten Polen hätten *Preußen binnen kürzestem zu verlassen*
NB: viele lebten dort seit Jahrzehnten, waren mit Preußinnen verheiratet
 - * strenges *Einwanderungsverbot*, sogar für Saisonarbeiter
 - * *staatliche Ansiedlungskommission* soll in Posen und Westpreußen zu lukrativen Preisen Güter polnischer Besitzer aufkaufen, parzellieren und günstig an deutsche Siedler weiterreichen ("zur Stärkung und Vermehrung des deutschen Elements gegen polnisierte Bestrebungen")
- einige Seitenblicke ins "Reichsland" Elsaß-Lothringen
vorkommende Begriffe: "Oberpräsident" → dem Kaiser unterstehender "Statthalter"

4.) Rückblick: das 1866-70 recht offene Fenster der Gelegenheiten hatte sich rasch geschlossen

wir merken zuletzt: die Gesellschaft des Kaiserreichs war zerrissen, und Bismarck schürte die Konflikte; etwas euphemistisch ausgedrückt, betrieb er eine Politik der "negativen Integration"

es ist frappierend, daß sich dieses engstirnige Freund-Feind-Denken wirklich just und fast plötzlich seit 1871 eingestellt hat

auf die Fußnote der Weltgeschichte (Trauerfeierlichkeiten für Benedikt von Waldeck im Mai 1870), mit der ich rückblickend kontrastiere, stieß ich im Büchlein von Christian Jansen über den Deutschen Bund seit 1849

einige Passagen des langen Zitats: "Vor an die Maschinenbauer mit einem Musikkorps und der *FAHNE VON 1848* an der Spitze, dann die Vorstände der vier [Berliner] Wahlbezirke, Palmenzweige tragend, dann der *katholische* Gesellenverein mit einem ... kolossalen Kreuzifix ... Hinter dem Leichenwagen folgten Deputationen der städtischen und wissenschaftlichen Korporationen, DIE [!] MITGLIEDER DES REICHSTAGES, DIE [!] REPRÄSENTANTEN DER PRESSE usw. ... die Gesangvereine Ceres, Neue Akademie für Männergesang, VORWÄRTS, DEUTSCHE EICHE, Amicitia, Eintracht, Sängerkranz, Teutonia, Germania, Jubel, Berliner Sängerschaft, der Schultensche und der Müllersche Gesangverein ... der Moabiter Handwerkerverein, die Burschenschaft Brandenburgia ... eine Delegation der Bürger-Schützen, der zirka 3 bis 4000 Mann starke SOZIALDEMOKRATISCHE Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ...", und so geht das weiter und weiter

einige Zusatzinfos: Waldeck war frommer Katholik; 1848 Wortführer der Linken, 1849 wegen Hochverrats verhaftet; alle(!) Reichstagsparteien hatten große Delegationen entsandt

wir merken: eklatante soziale Bandbreite (unterstrichen), politische Bandbreite (Kapitälchen), konfessionsübergreifende Trauer (kursiv)

Um Waldeck trauerten gemeinschaftlich, sicher in großer räumlicher Nähe (nämlich gleichsam im Gedränge eines Riesenzugs) Handwerker und Arbeiter (wie die namentlich genannten "Maschinenbauer") genauso wie elitäre Milieus (nämlich beispielsweise Politikprominenz oder die namentlich genannten "wissenschaftlichen Korporationen"). Es trauerte links, ja, ganz links zusammen mit dem evangelischen liberalen Milieu und katholischen Organisationen. Wahrscheinlich belegt es sogar die Reihung der Gesangvereine, im "Vorwärts" werden (mutmaßlich) links eingestellte Arbeiter gesungen haben, in der "Deutschen Eiche" wohl eher nicht

Die Offenheit der Jahre vor 1870 geht rasch verloren. Nun gibt es nur noch "Hurrah" für Vaterland und Bismarck oder "Dagegen", und wer dagegen ist, wird ausgegrenzt. Der Liberalismus wird zur bürgerlichen Klassenideologie, in der Arbeiterschaft findet deshalb nun auch die Klassenkampfrhetorik von Marx und Engels Resonanz. Bismarck versucht erst gar nicht, ausgleichend zu wirken, seine Herrschaftstechnik beruhte seit je auf dem Prinzip "Teile und Herrsche". Wem der Klassenbegriff zu grobschächtig ist, mag sagen: die sozialmoralischen Milieus schotten sich gegeneinander ab.

vorkommende Namen: Christian Schüller, Rainer Maria Lepsius

IX. Innenpolitik 2: Bismarck, der Reichstag und die Parteien

1.) Zusammenarbeit mit den Liberalen

a) die Grundkonstellation

anfängliche Skepsis vieler Konservativer

+ Liberale dominieren ersten Reichstag, unter ihnen Nationalliberale am stärksten

→ das Zweckbündnis des "Junkers" mit der bürgerlichen und liberalen Nationalbewegung erstreckt sich über die Zäsur 1870 hinweg, bis ca. 1878

b) die wichtigsten juristischen und administrativen Errungenschaften

- Rechtseinheit

die vorkommenden Termini: Freizügigkeit, Strafrecht, Handelsrecht; Reichsstrafgesetzbuch; Privatrecht (→ Bürgerliches Gesetzbuch); Prozeßrecht, Gerichtsverfassung, Reichsgericht (in Leipzig)

- Währungs- und Münzeinheit

die vorkommenden Termini: Mark, Reichsbank

- Ausbau der (recht rudimentär bleibenden) Reichsverwaltung

anfangs: mächtiges Reichskanzleramt unter Rudolf Delbrück (einzige Reichsbehörde neben dem Auswärtigen Amt)

→ wird sukzessive zerschlagen ...

→ ... in mehre Reichsämtler (Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt, Reichsschatzamt, Reichspostamt, Reichseisenbahnamt) unter "Staatssekretären" (= weisungsgebundenen Untergebenen des Reichskanzlers, praktisch nie gemeinsame Sitzungen) mit je eigenen kleinen auf Berlin konzentrierten Verwaltungsstäben

freilich: einen *administrativen Unterbau in den einzelnen Regionen* Deutschlands besaß *einzig die Reichspost*, die das Kaiserreich auch symbolisch bis in die hintersten Winkel Deutschlands brachte, weil sein Wappen fortan Briefkästen und Briefmarken zierte

- wie ist die damalige Bürokratie zu evaluieren?

Hohelied auf Effizienz und Unbestechlichkeit der preußischen Beamten, mindestens seit Friedrich "dem Großen"

→ "Bielefelder Schule": beurteilt mit dem ganzen Kaiserreich auch seine Bürokratie skeptisch, als Büttel der herrschenden Klasse

→ heute differenzierteres Bild: natürlich von Adel und Großbürgertum beherrscht, durch diese *elitäre* Brille betrachtet die Administration die Welt der von ihnen Verwalteten, aber: die Bürokraten *hielten sich an ihre Vorschriften, kaum Korruption*, die Verwalteten konnten sich alles in allem auf *rechtsstaatliche Verfahren* verlassen

Beate Althammer: Die Bürokraten setzten die "Normen relativ effizient um, immer wieder auch gegen Widerstände aus ihren eigenen Herkunftsschichten. Das heißt, dass die Rechtsvereinheitlichung der Reichsgründungsjahre nicht nur auf dem Papier geschah, sondern in der gesellschaftlichen Realität ankam."

c) wie ist das neue Kaiserreich symbolisch präsent?

- regelmäßige Feiern ...

wir merken: *hohe preußische und hohe monarchische Gehalte*; gar keine Rolle fürs demokratisch `verseuchte´ Schwarzrotgold

die Termini: Kaisers Geburtstag, Kaiserproklamation, Sedanfeiern

- ... und zahllose Denkmäler

wir merken: *hohe preußische und große militaristische Gehalte*

die Termini: Siegessäule (Berlin); Hermannsdenkmal (Teutoburger Wald); Niederwalddenkmal (bei Rüdesheim am Rhein), "Wacht am Rhein" von Max Schneckenburger (1840; "Schwertgeklirr" usw.; Wächterfunktion hatte natürlich Preußen gehabt)

- Feierdeutschland, einig Vaterland?

≠ Befund mikrohistorischer Studien

z. B.: Sedanfeiern ≈ Feiern des evangelischen Bürgertums, ≠ linke wie rechte Katholiken, Linke

die Termini: Wilhelm Emanuel von Ketteler, "Nationalschlachtfest"

wir merken erneut: die mentale Basis der Nationalstaatsgründung war schmal, gerade deshalb glaubten die Träger der Nationalstaatsidee so militant auftreten zu müssen

2.) Der "Gründerkrach" und seine mentalitätsgeschichtlichen Auswirkungen

a) der objektive Befund nach Ausweis aktueller Wirtschaftsgeschichten

zwar: mehrere Banken zahlungsunfähig, Aktienkurse und Immobilienpreise verfallen

aber: rückblickende Analysen ergeben, daß *`lediglich´ einige Jahre lang leichte Deflation; sogar Wachstum*, nur langsamer als vorher

b) das subjektive Empfinden der `Generation 1870´

Gründerboom → Gründerkrach: deshalb *im Kaiserreich als besonders tiefer Einschnitt empfunden*, modesprachlich: schockartige Erfahrung von "Grenzen des Wachstums", die Zukunftseuphorie dieser Generation verpufft, Existenzängste verbreiten sich

Kombination aus überzogenen Zukunftserwartungen der `Generation 1870´ und fehlender sozialer Absicherung → eine nach heutigen Maßstäben mäßige Wachstumsdelle hat große mentalitätsgeschichtliche Auswirkungen

vorkommende Begriffe und Namen: "Crash"; "Vagabundenfrage", "Landstreicherei", Arbeitsanstalten; Hans Rosenberg ("Große Depression und Bismarckzeit")

c) warum sind auch (Groß-)Agrarier unzufrieden?

- objektive Belastungen:

- Deflation drückt auch die Lebensmittelpreise
- auf den riesigen Anbauflächen der USA, auch Rußlands wird billiger produziert

- subjektive Empfindlichkeiten:

* man empfindet als demütigend, daß man gegenüber jenem industriellen Großbürgertum zurückfällt, das der Gründerboom vollends steinreich gemacht hat – waren nicht immer die Junker die Elite des alten Preußen gewesen?

* "Feudalisierung des Großbürgertums" = aus der Sicht eines ostelbischen Junkers: was erdreisten sich diese Profiteure des Gründerbooms, jetzt auch noch in Habitus und Lebensstil auf Pseudoadel zu machen, sozusagen den junkerlichen Lebenswandel zu klauen?

⇒ man sieht sich überall – ökonomisch, politisch (das allgemeine Wahlrecht), im Lifestyle – in die Defensive gedrängt

d) außerökonomische Auswirkungen des Gründerkrachs

Wer war schuld? Die "jüdisch beherrschte Finanzwelt"!, sagten nicht wenige. Liberale Wirtschaftspolitik und Freihandel!, schrien viele. War der Gründerboom nur auf Lug und Trug aufgebaut gewesen? Ging das trügerische Freiheitsversprechen einer liberalen Wirtschaft, einer liberalen Gesellschaft nicht auf Kosten traditioneller moralischer Bindungen und Werte, und auch auf Kosten des sozialen Friedens?

der vorkommende Name: Beate Althammer

⇒ liberales Wirtschaften, überhaupt der Liberalismus sind diskreditiert: darauf steuern wir zu, das ist unser Roter Faden

⇒ eine weitere Auswirkung streift diese Vorlesung nur: Antisemitismus ↑

(der Gründerkrach war ein Katalysator, nicht mehr, aber auch nicht weniger)

vorkommende Namen: Otto Glagau (Artikel über den "Börsen- und Gründungsschwindel" in "Die Gartenlaube"); "Kreuzzeitung" ("Ära-Artikel", "Die Ära Bleichröder, Delbrück, Camphausen und die neudeutsche Wirtschaftspolitik"); Gerson von Bleichröder

3.) Bismarcks Bruch mit den Liberalen

a) ein weiterer Rahmen: Deformationen des deutschen Liberalismus

- die Liberalen schaudert vor den neuerdings "zügellosten Massen"

traditionelles Selbstverständnis: gegen Sozialpolitik, jeder ist seines Glückes Schmied
indes: privat etwas "Volksbildung" zu organisieren oder arbeitslose Gesellen (neudeutsch gesagt) zu "coachen" machte sich gut im eigenen bürgerlichen Lebenslauf

freilich: nun wurde das Arbeiterpack frech und erdreistete sich, sich gewerkschaftlich zu organisieren, während sich die bürgerlichen Arbeiterbildungsvereine leerten

⇒ waren gar nicht die alten adeligen Eliten die eigentliche Gefahr für das bislang so siegesgewisse Bürgertum, dräute die eigentliche Gefahr sozial unten, bei den undankbaren, neuerdings sogar frechen Arbeitern?

- hinzu kommen die Auswirkungen des "Gründerkrachs"!

Liberalismus, anfänglich bildungsbürgerlich dominiert, war immer mehr zum politischen Sprachrohr von Bildungs- wie Besitzbürgertums geworden

freilich: "Gründerkrach" → große Teile des Wirtschaftsbürgertums rufen nach starkem Staat und Schutzzöllen (vgl. auch unten IX.3c) → Zweckallianz Bildungsbürgertum ∞ Besitzbürgertum gerät ins Wanken,

vor allem letzteres sucht jetzt den Schulterschuß mit den `alten´ Eliten

vorkommende Begriffe und Namen: Neue Bürgertumsforschung; Gunilla Budde; Pariser Kommune, August Bebel

b) die Motive für Bismarcks Bruch mit den Liberalen

- vorrangig: machttaktisch!

* in einem Satz: *Bismarck wollte die Nationalliberalen vorführen, noch gefügiger machen und die Abspaltung ihres linken Flügels provozieren*

< Idealkonstellation: Regierung, die sich auf den festen Schulterschuß "staatstragender" Kräfte stützen kann – also auf eine von "Linken" gesäuberte Nationalliberale Partei plus die beiden konservativen Parteien

–> Zement (außer Furcht vor der links dräuenden sozialistischen Gefahr): Schutzzölle – denn anders sind die konservativen Großagrarien nicht dauerhaft einzu binden

mit anderen Worten: Bismarck sucht eine Koalition der national-konservativen Kräfte, die Sozialistengesetz und Schutzzollpolitik zusammenschweißen sollen

* nur in der Gewichtung strittig: Spannungen zum Hof des Kronprinzen ...

... Friedrich und seiner Gemahlin "Vicky" – Bismarck sucht Sicherungen gegen eine nationalliberal-linksliberale Regierungskoalition, wie sie der Kronprinz begrüßt hätte

- inhaltliche Differenzen?

* unterschiedliches Staatsverständnis

< große Differenzen bei der Einschätzung der Rolle des Parlaments, der Parteien, des Konstitutionalismus:

Bismarck war grundsätzlich bereit, nach Parlamentsmehrheiten zu suchen, solange das zügig gelang und sich unschwer hinnehmbare Kompromisse herstellen ließen. Freilich, wenn in ihm wichtigen Fragen keine Einigung zu erzielen war, hörte für ihn die Bindung an Majoritäten auf, dann war der Staat im Stande der Notwehr, so wie einst beim preußischen Verfassungskonflikt, der ihn ja an die Macht gespült hatte. Immer wieder ventilierte Bismarck in solchen Situationen "*Staatsstreichpläne*" (so firmieren diese Szenarien in der Forschung). Die Staatsräson verkörperten nun einmal in Bismarcks Augen er selbst und sein gefügiger Monarch, verkörperte nie und nimmer irgendeine Parlamentsmehrheit.

* wirtschaftspolitische Differenzen

< in jeder liberalen DNA sind seit 1776 Freihandel und internationale Arbeitsteilung verankert

vorkommende Namen und Begriffe: Adam Smith ("Wealth of Nations", 1776), Merkantilismus, aktive Handelsbilanz, Denken des Ancien Régime in Summemkonstanzen ≈ Donald Trump

* Exkurs: die letzten Jahrhunderte zwischen Protektionismus und Freihandel

Merkantilismus protektionistisch –> im 19. Jh. Reihe von Freihandelsabkommen –> seit 1878 wieder mehr Protektionismus, Vorreiter Deutsches Reich, vorläufiger schutzzöllnerischer Gipfel 1914 erreicht; nach der "Weltwirtschaftskrise" 1929 nächste Protektionismuswelle –> nach 1945 zwei Generationen im Zeichen wachsenden Freihandels –> schon vor Trump wieder Trend zu mehr Protektionismus

vorkommende Begriffe: "Nachtwächterstaat", Cobden-Chevalier-Vertrag von 1860; 1914: Importrestriktionen, Ende des Goldstandards, Kapitalverkehrskontrollen; seit 1945: "GATT" (General Agreement on Tariffs and Trade), acht Verhandlungsrunden, zuletzt die 1994 abgeschlossene "Uruguay-Runde"; "WTO" (World Trading Organization), ihre neunte Verhandlungsrunde, die sog. Doha-Runde seit 2001, bleibt stecken

c) ... und inwiefern spielen nun Folgen des Gründerkrachs hinein?

- Gründung von Interessenverbänden, die Schutzzölle einfordern ...
vorkommende Begriffe: Centralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Bewahrung nationaler Arbeit (CdI), Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer (<ostelbische Agrarier)
- ... // Bismarck plant Zollerhöhungen plus Erhöhung diverser Verbrauchssteuern
< sollen Staatszuschüsse für die geplante Reichsversicherungsanstalt finanzieren
< sollen es ermöglichen, direkte Steuern = Belästigung der "produktiven Volksklassen" weitgehend abzuschaffen
und: diese "produktiven Volksklassen" (=Großindustrielle und Großagrarier) dürften vom Staat billig erwarten, daß er sie gegen ausländische Konkurrenz abschirme
der machtpolitische Nebensinn: war einmal ein gewisser Prozentsatz für Zölle oder Verbrauchssteuern festgelegt, flossen diese Beträge fortan regelmäßig, ohne, daß man deshalb stets aufs Neue in Parlamenten Anträge stellen mußte
(// absolutistische Herrscher, wenn diese ihre Landtage marginalisieren wollten: Erhebung regelmäßiger Verbrauchssteuern -> unabhängig von ständischer Bewilligung -> diese Stände haben keinen Hebel mehr für Einflußnahmen auf die Große Politik)
wir merken: *mit den Zöllen und Verbrauchssteuern wurde das politische System des Kaiserreichs verhandelt*

d) zu den Abläufen

- Präliminarien seit 1876
Bismarck merkt, daß der "Kulturkampf" nicht zu gewinnen ist + Folgen des Gründerkrachs, der Freihandel diskreditiert hatte
-> versucht schon seit 1876, Personal, das er für nicht hundertprozentig loyal und/oder für freihändlerisch eingestellt hält, loszuwerden
vorkommende Namen und Begriffe: Rudolf von Delbrück, Albrecht von Stosch, "Kanzlerkrise"
- der definitive Bruch ...
Bismarck will den Führer der Nationalliberalen Partei, Bennigsen, in preußische wie in Reichsregierung holen
-> in Kenntnis der Beurlaubung Bismarcks (und der Haltung des Kronprinzen) überziehen die Nationalliberalen bewußt, durch unannehmbare Gegenforderungen (auch zwei Exponenten des linken Flügels sollen in Regierungsämter)
-> Bismarck zum Kampf auf Biegen und Brechen entschlossen: will die Nationalliberalen nun nicht mehr gefügiger machen, sondern marginalisieren
-> koppelt Antrag auf Erhöhung der Tabaksteuer mit Verlautbarung, mittelfristig die Errichtung eines staatlichen Tabakmonopols zu avisieren – soll die Liberalen provozieren, sie *sollen* ablehnen

unter Ausnutzung auch der uns schon bekannten Attentate ("jetzt habe ich die Kerle, jetzt drücke ich sie an die Wand, bis sie quietschen"): Neuwahlen, große Gewinne für Deutschkonservative und "Reichspartei"

vorkommende Namen: Rudolf von Bennigsen, Franz August Schenk von Stauffenberg, Max von Forckenbeck; Adalbert Falk

- ... ist sogar kurzfristig kein Triumph Bismarcks

* zwar: im neuen, konservativeren Reichstag formiert sich die "*Volkswirtschaftliche Vereinigung des Reichstags*" – eine Vereinigung der Schutzzollfans

< neben einigen Nationalliberalen viele Konservative und viele Mitglieder des Zentrums: die maßgebliche *Parteienkonstellation der zweiten Hälfte des Bismarckreichs kündigt sich an*

*zwar: Bismarck bekommt im Folgejahr die *Schutzzölle* und eine *Erhöhung der Tabaksteuer*

* aber: "*Franckensteinsche Klausel*" deckelt *Einnahmen des Reiches hieraus*

→ weiterhin auf Matrikularbeiträge angewiesen, die jährlich von Reichstag und Bundesrat festzusetzen, in den einzelstaatlichen Parlamenten abzusegen: *parlamentarisches Budgetrecht nicht ausgehebelt!*

e) Gewinner und Verlierer der innenpolitischen Wende

- Gewinner: die Sozialdemokratie

Schutzzölle = Umverteilungsprogramm weg von den Armen, hin zu den Gutsbesitzern
→ traditionelle Frontstellung konservative Aristokratie vs. liberales Bürgertum wird endgültig Antagonismus Junkertum und Großbürgertum (zeitgenössisch: "Allianz aus Eisen und Roggen") versus Arbeiterklasse

→ die "vaterlandslosen" Sozis profitieren von Schutzzöllen und hohen Brotpreisen

- Verlierer: die Nationaldemokraten!

- die für Schutzzölle gestimmt hatten, treten aus
- die für energischen Widerstand gegen Bismarck sind, treten aus
(→ fluktuierende linksliberale Grüppchen)
- 1881 nicht einmal mehr die Hälfte der seitherigen Reichstagssitze

vorkommende Namen und Begriffe: Heinrich von Treitschke; Rudolf von Bennigsen

- Verlierer: Bismarck

Wahlen 1878: Rechtsruck nicht so deutlich wie von Bismarck prognostiziert

→ Bismarck ist immer wieder *auf Stimmen des Zentrums angewiesen*

→ weitergehende Projekte (Tabakmonopol, Erhöhung weiterer Verbrauchssteuern) ↓

Wahlen 1881: Wahlsieger Zentrum und Linksliberale

→ Bismarck muß je und je *wechselnde Mehrheiten* suchen:

daß er nun nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf die Nationalliberalen mit ihrem in seinen Augen suspekten linksliberalen Flügel angewiesen war, wie bis 1878, bezahlte er damit, daß die Mehrheitsfindung im Reichstag für jedes einzelne politische Projekt kompliziert und langwierig wurde

salopp gesagt: Bismarck hatte sich verzockt!

f) wir dürfen die Zäsur "1878" nicht überhöhen

also: keine "Neugründung" des Deutschen Reichs, und der Nationalismus kippte nicht just 1878 von einer linken Emanzipationsbewegung um zur aggressiven rechten Ideologie

denn:

* *der deutsche Nationalismus war schon viel länger aggressiv*: vorübergehend in seinen Säuglingsjahren (1813), dauerhaftes antifrz. Feindbild seit der Rheinkrise (1840)

* *Emanzipationsbewegung?* schon 1848 ertönte die dümmliche Parole "*Einheit vor Freiheit*", "*Realpolitik*", die Liberalen waren schon im preußischen Verfassungskonflikt eingeknickt; sie trugen seit 1871 die zutiefst illiberale Kampagne gegen "Ultramontane" mit

* andererseits bleibt der deutsche Nationalismus *nach außen hin bis 1890* alles in allem *friedlich* ("saturiert"), "Weltgeltung" wird erst das Wilhelminische Kaiserreich beanspruchen

der Name: Heinrich August Winkler ("Vom linken zum rechten Nationalismus")

4.) 1878-1889: verdrießliche Abnutzungskämpfe

a) zu den Wahlergebnissen der Achtzigerjahre

- die Nationalliberalen werden gouvernementaler denn je, aber auch marginal ...
... sie liegen nämlich noch bei einem Drittel einstiger Stärke
⇒ mit Deutschlands Liberalen ist kein Staat zu machen!

vorkommende Namen: Liberale Vereinigung, Fortschritt, Freisinn, Eugen Richter; Rudolf von Bennigsen, Johannes von Miquel

- das Zentrum bleibt stabil ...
... nämlich bei einem Viertel der Reichstagsabgeordneten
zwar: Kulturkampf beendet → Zentrum stimmt öfters mit den beiden konservativen Parteien für die Regierungspolitik
aber: eine zuverlässig gouvernementale Partei wird das Zentrum nie, will es nicht werden

Der Liberalismus ist erstens geschwächt, zweitens zersplittert: in Bismarck treu ergebene (geschwächte) Nationalliberale und jene Linksliberalen, die für Bismarck in Wahrheit noch vor der Sozialdemokratie seine eigentlichen Feinde sind. Das Zentrum bleibt stabil, wird aber nie zuverlässig gouvernemental. Kurz, neun Jahre lang muß sich Bismarck durchwurschteln, ärgern, verdrossen Staatsstreichpläne hin- und herwenden.

b) alles wieder gut? der verheißungsvolle Ausgang der "Kartellwahlen"

- militante Schwadronage in Frankreich (wie lernen die "Boulangier-Krise" noch kennen)
- -> Bismarck ist nur anfangs wirklich erschrocken, merkt aber, daß er dieses außenpolitisch irrelevante Gefasel innenpolitisch ausnutzen kann: beantragt Erhöhung der Heeresstärke, gleich für sieben Jahre
- -> Zentrum und Freisinn, mit drei Jahren an sich einverstanden, *sollen* ablehnen
- -> Auflösung des Reichstags
- -> Wahlabsprache konservative Parteien ∞ Nationalliberale
- -> "Kartell" gewinnt die Mehrheit, Hauptverlierer der "Kartellwahlen" von 1887: Linksliberale

der französische Terminus in unserem langen Zitat aus der Bismarck-Rede vom Januar 1887 ("... daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen teilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richter unterliegen"): "saigner à blanc"

die Namen: Georges Boulanger; Adolf Wermuth ("er läßt den Angriff vom Auslande an sich kommen, ja, vergrößert ihn in aller Seelenruhe, um seine eigenen Zwecke im Inlande zu fördern")

c) das Intermezzo unter Friedrich III.

- stummer Kaiser für 99 Tage
die vorkommenden Termini: Kehlkopfkrebs, Luftröhrenschnitt
- Tragik der "übersprungenen Generation"?

die Namen: Hellmut Seier ("Der zweite Hohenzoller Kaiser war ein Mann der Möglichkeiten. Sein Leben bestand zum größten Teil aus Vorbereitung und Warten. Als er endlich zum Zuge kam, war er sterbenskrank. So hat sein neunundneunzigjähriges Kaisertum kaum einprägsame Akzente gesetzt"); Volker Ullrich

d) zur Psychopathologie Wilhelms II.

- von der Mutter (gefühl) zurückgestoßen, vom Lehrer permanent überfordert
- -> Haß auf die in seinen Augen `schwächlichen` Eltern, Verachtung für alles, was er mit ihnen assoziieren muß: etwa Geistigkeit oder "liberale" politische Überzeugungen
- -> frech, auftrumpfend, mit (`unpreußischem`) Hang zu Theatralik und donnernder Rhetorik ("wer gegen mich ist, den zerschmettere ich")

die vorkommenden Termini, der Name: "Kontraktur" (des nicht mehr innervierten Arms), Torticollis ("Schiefhals"); Elektroschocks, "Armstreckmaschine", "Kopfstreckmaschine", Vitalität (frischgetöteter Tiere); Chloroform, Sauerstoffmangel; Hyperaktivität, Reizüberempfindlichkeit; Georg Hinzpeter (der Lehrer konstatiert den "fast krystallinisch hart gefügten Egoismus" des Fünfzehnjährigen, der "den innersten Kern seines Wesens" bilde); Korpsstudenten, Offizierskasino; "Suprema lex regis voluntas"

(die im Normalfall ja eigentlich obsolete `Krankenakte` < überwiegend John C. G. Röhl)

5.) Bismarcks politisches Ende

a) warum muß Bismarck weg? ein Strauß an Motiven!

- Wilhelms Geltungsbedürfnis

→ Phantasien von einem "persönlichen Regiment", für das er natürlich zu faul und unkonzentriert war

→ nach Bismarck wird er sich deshalb nacheinander einen verdienten General, Caprivi (hat als Militär gelernt, zu gehorchen), einen schon etwas vertrottelten, senil gewordenen Verwandten ("Onkel Chlodwig" = Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst), einen Spezi aus seiner schlüpfriegen Männerrunde, der "Kamarilla" (Bülow), einen Bürokraten ohne politische Erfahrung nehmen (als Bürokrat würde er ebenfalls Befehle auszuführen wissen: Bethmann Hollweg)

→ der sperrige Bismarck jedenfalls mußte weg

vorkommende Namen: Alfred von Waldersee, Adolf Stoecker

- Bismarck ist in den späten Achzigerjahren nicht populär

* Grund 1: immer manirierte Außenpolitik (noch unser Thema!)

* Grund 2: innerer Konfrontationskurs stößt nun doch immer mehr Zeitgenossen ab

◦ großer Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet weitet sich zu imposanter Massenbewegung gegen skandalöse Arbeitsbedingungen aus

→ Bismarck, der 'Vater' vorgeblich wohlmeinender Sozialgesetze, ist gegen jegliches Zugeständnis

≠ Wilhelm läßt sich (vorübergehend!) schönen Gedanken eines "sozialen Kaisertums" einblasen → "Februar-Erlasse" (Bismarck: "Humanitätsduselei")

◦ Verlängerung des Sozialistengesetzes scheitert

< Bismarck verweigert Nationalliberalen jegliches Entgegenkommen

< für ihn (vermeintlich!) Win-Win-Situation:

- gewinnt er trotzdem, ist Wilhelms Politik der Versöhnung der Boden entzogen

- verliert er, hat er jene innenpolit. Polarisierung, die sein Lebenselixier ist, und

W. würde es nicht wagen, jetzt seinen erfahrenen Krisenmanager zu entlassen

der Begriff, der Name: Zentrumsorgan Germania ("Es gelingt nichts mehr!"); Hugo Graf von Lerchenfeld

- die 'Kartellmehrheit' ist perdu

Ergebnis der Reichstagswahlen im Februar 1890 = eine eindeutige Absage an die Innenpolitik der letzten Jahre

- Bismarck ventiliert wieder einmal Staatsstreichpläne ...
 - mehrfach auflösen, bis die Wähler endlich zur Einsicht kommen?
 - "Trockenlegung" des Reichstags < Abberufung der Bundesratsbevollmächtigten?
 - (rechtlich fragwürdige!) Auflösung des Reiches durch die verbündeten Fürsten?

das Zitat: "Man kann drei-, viermal auflösen, zuletzt muß man doch die Töpfe zerschlagen. Diese Fragen, wie die der Sozialdemokratie ... werden nicht gelöst ohne Bluttaufe, wie die deutsche Einheit auch."
- ... aber Wilhelm tritt vom Kampfprogramm zurück
 - > Verhältnis unheilbar zerrüttet

b) die Vorwände für die Entlassung

- Streit um eine Kabinettsordre von 1852 ...
 - ... die den preußischen Ministern abverlangt, den Ministerpräsidenten über Immediatvorträge beim König, die die Gesamtpolitik des Ministeriums betreffen, vorher zu informieren – vergessene Bestimmung von Bismarck erneut eingeschärft
- Bismarck empfängt den Zentrumspolitiker Ludwig Windthorst ohne Vorwissen des Kaisers
 - > Wilhelm bestreitet Recht des Kanzlers, ohne seine Erlaubnis mit Parlamentariern zu verhandeln; und verlangt Gegenzeichnung zur Aufhebung der Kabinettsordre
 - > Bismarck lehnt ab, damit ist der Bruch irreversibel

c) das Entlassungs-`Gesuch´

NB: es wird in demütigender Form angemahnt! Bismarck ist, natürlich, nicht etwa freiwillig demissioniert!

Wilhelm kritisiert schriftlich angeblich unzureichende Berichterstattung des Kanzlers über außenpolitische Fragen, speziell über russische Truppenverstärkungen

-> Bismarck kann `Rücktritt´ ganz staatstragend, anstatt mit dem Kleinklein der Innenpolitik, außenpolitisch begründen

-> suggeriert, der Kaiser wolle eine zum Krieg zumal mit Rußland treibende Außenpolitik

= Steilvorlage für alle späteren Bismarck-Bewunderer: Kern der Bismarck-Legende, wonach die Erben mutwillig sein kunstvolles, Deutschlands Frieden sicherndes Bündnisgeflecht zerstört hätten

d) die ersten Reaktionen: überwiegend Erleichterung ...

(... wenn auch nicht im Ausland)

die längeren Zitate zeigen uns:

- bei vielen geradezu *Euphorie* ("Erlösung")
- der noch jugendliche, kraftvolle, scheinbar so moderne *Kaiser* ist *viel populärer*
- *Überheblichkeit*, man berauscht sich "an dem jugendkräftigen Wesen einer neuen Zeit", der Abgang sei "eine Tat aus dem Geiste der Nation, der nun mit freiem Flügelschlag sich regen und aufschwingen kann zu neuen Taten"

diese neuen Taten werden dann "Politik der freien Hand", "Platz an der Sonne" und "Weltgeltung" verheißen, schließlich in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, einen Weltkrieg münden: *die kurzfristigen Reaktionen sind bereits so recht "wilhelministisch"*

e) der Kanzler im (Un-)Ruhestand

- es ist (für mich) kein würdiges Finale!

< die *Memoiren* sind wie seine Politik vordem kämpferisch, *spaltend*, diffamierend

< *haßerfüllte Invektive gegen die Nachfolger*, so enthüllt Bismarck den Rückversicherungsvertrag, einfach so, um den Nachfolger zu demütigen, unmöglich zu machen

wir merken: er wühlt weiter, diffamiert weiter alle tatsächlichen und vermeintlichen Feinde, hinterläßt bis in seine letzten Tage hinein verbrannte Erde

Lothar Gall: "Die Größe [zur] Resignation, zum Verzicht, aber auch zur Versöhnung – sie fehlte Bismarck ganz."

vorkommende Begriffe und Namen: "Gedanken und Erinnerungen"; Leo von Caprivi; Hamburger Nachrichten

- die Zeitgenossen indes wurden bald rührselig

* noch zu Lebzeiten: viele schämen sich bald ihrer vermeintlichen Undankbarkeit

freilich: bei näherem Hinsehen schwärmen städtisches Bürgertum und akademische Jugend, die *polarisierende Wirkung hält an*

vorkommende Termini: Friedrichsruh, "der Alte im Sachsenwald"

* kaum ist er tot, beginnt der inflationäre Bau von Bismarck-Türmen und sonstigen Monumenten, häufig zeigen die Denkmäler einen *martialischen Recken in Uniform unter der Pickelhaube*

= doppeltes Mißverständnis: Fehleinschätzung und Wegsehen

Fehleinschätzung: Kern der *Außenpolitik* Bismarcks war *Selbstbeschränkung* gewesen, hier trumpfte er (meistens) nicht martialisch auf

Wegsehen: die *Innenpolitik* Bismarcks hat die *politische Kultur des Kaiserreichs nachhaltig vergiftet:* Freund-Feind-Denken; Verhöhnung von Parlament (→ Wilhelm II.: "Reichsaffenhaus") und Parteien; erkonservative Beamtenschaft gegen das angebliche "Parteiengetzänk" in Stellung gebracht – all das wirkt unheilvoll weiter

⇒ Bismarck hinterließ kein blühendes, befriedetes Gemeinwesen, das mit sich im Reinen gewesen wäre, er hinterließ verhängnisvolle Erblasten

X. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches unter Bismarck

1.) Rahmenbedingungen 1: Außenpolitik im 19. Jahrhundert

a) überkommene Regeln der europäischen Mächtepolitik

* spätestens seit 1763: fünf Großmächte ("Pentarchie") – Großbritannien, Rußland, Frankreich, Österreich, dann noch Preußen; Primus inter pares: Großbritannien

* regulative Leitidee der europäischen Staatenwelt ist das Gleichgewicht – als "balance of power"

< Waagemeister ist Großbritannien

→ "Konvenienzpolitik" (<"convenience"): das Gleichgewicht wird immer wieder im Konsens der großen Fünf neu austariert, dran glauben müssen diverse Prinzessinnen oder diverse kleinere Staaten

b) gelten seit 1815 dieselben oder neue Leitlinien?

* gängige Handbücher: der Wiener Kongreß "restaurierte" die Staatenordnung des 18. Jahrhunderts

* Alternativmeinung 1: Politik der Conenance → "the concert of Europe" (meint: Neuermalen der Europakarte im Konsens der Großen → die Pentarchen versuchen weiterhin, strittige internationale Fragen konzertiert zu lösen, malen aber nicht mehr die Landkarte um)
der Name: Paul W. Schroeder (The transformation of European politics 1763-1848)

* Alternativmeinung 2: Konvenienzpolitik im 18. Jh. → "Kongreßära" 1815-1822 → "das europäische Konzert"

c) wie lang hat die Wiener Friedensordnung gehalten?

* bis 1914? nicht ganz verkehrt!

* bis 1853? auch triftig!

< *nun gleich mehrere Kriege zwischen den Pentarchen*: Krimkrieg 1853, Habsburg vs. Frankreich auf der Apenninhalbinsel 1859, Blitzkrieg Preußens gegen Österreich 1866, deutsch-französischer Krieg 1871

d) warum beginnt die Wiener Friedensordnung zu erodieren?

Argumente, die in der Forschungsliteratur begegnen:

* *die Erfahrungen der Kriegsgeneration vor 1815 verblissen zu fernen Reminiszenzen*

* *Trennlinie zwischen europäischer Friedensordnung und kolonialen Rivalitäten* ↓
(hierzu wird der Frühneuzeitler sagen: schon im 18. Jh. wirkten Kolonialrivalitäten auf die europäische Staatenordnung zurück, spektakulär im Fall des Renversement des alliances von 1756; bereits der Achtzigjährige Krieg bis 1648 hatte koloniale Beiklänge)

* *Außenpolitik immer weniger das Monopol ausgewiesener diplomatischer Experten*

- < Einfluß ökonomisch motivierter Pressure groups ↑
- < Gewicht publizistischer Kampagnen ↑
- < Einfluß der Militärs auf die Politik ↑

* *etwa zu verteilende oder distanzierende Pufferstaaten ↓*

vorkommende Termini: "the Cult of the Offensive", Schlieffen-Plan; Paul W. Schroeder ("The Lost Intermediaries")

2.) Rahmenbedingungen 2: was "wird jetzt anders", charakterisiert die Staatenwelt seit 1871?

a) nur graduell: Krieg wird noch präsenter als seit 1850

- weiterer Terrainverlust der Denkfiguren "europäische Solidarität" ...

die Staatenwelt ist dennoch nicht gänzlich anarchisch

< (freilich fluktuierende) Konturen durch zahlreiche, meistens kurzfristige bi- oder trilaterale Verträge –

sollen dem Machtwillen der Großen möglichst schwache Zügel anlegen und doch ein Minimum an Berechenbarkeit in die Außenbeziehungen bringen

- ... und "Frieden ist ein Wert an sich"

* alle Seiten rüsten (nicht erst – dann eklatant – vor 1914) militärisch auf

* die soeben erwähnten bi- oder trilateralen Verträge kreisen um das Verhalten im evtl. (also denkbaren und stets mitbedachten!) Kriegsfall

kurz: es gibt definitiv kein "Konzert" der Pentarchen mehr!

b) nur graduell: Siechtum des "Kranken Manns am Bosphorus" ↑

Rest Europas: kurzatmiges Krisenmanagement mittels bi- und trilateraler Verträge funktioniert bis 1914 einigermaßen

Balkan: brisantes Amalgam krisenträchtiger Umstände → Dauerkrise

Jörn Leonhard: "Mischung von zahlreichen Konfliktfaktoren – eine multiethnische Bevölkerung, ein politisches Vakuum durch den allmählichen Rückzug des Osmanischen Reiches, dazu Russland und die Habsburgermonarchie als konkurrierende Großmächte und der Wettbewerb von zunehmend radikal agierenden Nationalbewegungen bei relativ schwacher Staatlichkeit in der Region"

c) was just 1870 anders wird

- deutsch-französischer Antagonismus

"nationale" Gefühlslage links des Rheins

→ Grundantagonismus offenkundig in dieser, sicher auch der nächsten Generation irreparabel

- Preußens "halbhegemoniale Stellung"

Preußen als kleine Großmacht

→ überflügelt, zum Deutschen Reich aufgebläht, sowohl Frkr. als auch Ö.

→ London in mißtrauischer Distanz, weil Gleichgewicht so instabiler wird

auch innenpolitische Gründe (lange parlamentarische Tradition), ja, Fragen von Lifestyle und Lebensgefühl (London als weltoffene, liberale Metropole ...) machen stabilen Schulterschuß mit dem durchmilitarisierten großpreußischen Obrigkeitsstaat sehr unwahrscheinlich

→ Deutschland muß sowohl mit der anderen kontinentalen Flügelmacht Rußland auskommen als auch mit dem 1866 geschlagenen Österreich, freilich: diese beiden geraten häufig auf dem Balkan aneinander!

kurz: die Startchancen waren schon 1871 nicht gut!

3.) Geniale "Friedenspolitik" oder perfider Vollzug von Klasseninteressen? Rückblicke in die Forschungsgeschichte

- bis in die 1960er: fast unisono Lobgesänge

- Neueinsätze der 1960er Jahre:

- * die Außenpolitik der Nachfolger wird nun ätzend kritisch beurteilt

- der Name, die Titel:* Fritz Fischer; Griff nach der Weltmacht; Krieg der Illusionen

- * auch zwei Segmente der Bismarckschen Außenpolitik werden nun neu beleuchtet
< angebl. Leitfunktion der Sozialgeschichte, deshalb "Primat der Innenpolitik":

- zuletzt *schlechtes Verhältnis zu Rußland* = Produkt der "Interessen seiner großagrarischen Standesgenossen" (Hans Rosenberg)

- *kolonialpolitische Episode* unter Bismarck = "Sozialimperialismus" (u. a. Hans-Ulrich Wehler)

- was Kenner der Bismarckschen Außenpolitik dazu sag(t)en

- * Außenpolitik als Vollzug perfider Klasseninteressen? ausländische Historiker spotteten über die "new orthodoxy" jener deutschen Kollegen, die eben entweder hemmungslos schwärmten oder verdammten

- * "Sozialimperialismus" unter Bismarck? wir nehmen diesen Faden wieder auf, wenn die koloniale Episode unser Thema ist, Gliederung: X.9.c; hier schon vorab einmal soviel: wenn, dann lohnt eine Diskussion über die "Sozialimperialismus"-These erst fürs Wilhelminische Kaiserreich; da sind dann das gewichtige Gegenargumente:

≠ neben der "Torheit der Regierenden" gebe es eine "Torheit der Regierten" – die Agitation der Pressure groups habe die politischen Eliten eher zu Getriebenen gemacht

≠ die Exponenten der herkömmlichen, adelig geprägten Führungsschichten seien durchaus friedliebender aufgetreten als die Vertreter des großstädtisch-bürgerlichen Liberalismus

≠ eine eigenständige Dignität der Außenpolitik sei zeitgenössisch, von den Konservativen bis hin zur pazifistischen Linken, Konsens gewesen

- neuere Nuancen

* man betont mehr als früher, wie gefährdet Bismarcks Schöpfung von Anfang an gewesen ist (was Bismarck selbst, wie wir gleich sehen werden, so recht erst 1875 eingesehen hat)

* hat der Außenpolitik des Deutschen Reiches eine "die Macht veredelnde Idee" gefehlt, eine hehre schöne Mission? dieser zuletzt öfters begegnende Vorwurf trifft so recht erst das Wilhelminische Kaiserreich

vorkommende Namen: Gerhard Ritter, Klaus Hildebrand, Konrad Canis

Deutschland als frech auftrumpfender Parvenu, den man einfach als dégoûtant empfindet: ich persönlich denke, daß sich das so richtig erst nach Bismarcks Ägide verhängnisvoll auswirken wird.

Man mag die Deutschen um und nach 1900 einfach nicht, das ist nun auch und nicht zuletzt eine Stilfrage, diese weltpolitischen Emporkömmlinge wirken mal auftrumpfend und prahlerisch, dann wieder notorisch beleidigt und larmoyant.

Es ist gewiß nicht *nur* eine Stilfrage, aber eben doch auch, daß im Sommer 1914 in London gar nicht ernsthaft zur Diskussion steht, sich mit diesen außenpolitischen Irrlichtern auf ein Kriegsbündnis einzulassen.

Und es illustriert das Niveau der Außenpolitik des Wilhelminischen Kaiserreichs, daß sich dieses hierüber ernsthaft gewundert hat – nein, damit hatte man nun wirklich nicht gerechnet! Noch, als ich studiert habe, kursierte in vermeintlich gut unterrichteten Kreisen das Diktum vom "perfiden Albion", von den perfiden Engländern; wie unanständig, daß die den Deutschen damals nicht rechtzeitig mitgeteilt hatten, daß sie sie einfach nicht mochten.

Clash of civilisations! Aber all das würde ich nicht eigentlich schon Bismarck anlasten.

4.) Schlaglicht 1873: (noch vage) Kooperation der Ostmächte

zwar: beim "Drei-Kaiser-Treffen" eingewurzelt russisch-österreichische Mißtrauen et-
was ↓

aber: *Inhalt des "Drei-Kaiser-Abkommens"* im Folgejahr 1873 *wenig spektakulär* –
Konsultation in allen gemeinsam interessierenden Fragen; man wolle gemeinsam den
Frieden aufrechterhalten und sich bei einem Angriff von vierter Seite rasch miteinander
abstimmen

5.) Schlaglicht 1875: "Krieg-in-Sicht-Krise"

a) Bismarck blitzt an der Newa ab

Frankreich will militärisch aufholen

→ Bismarck alarmiert, läßt deshalb in Petersburg sondieren, aber: Mission läuft völlig ins
Leere, harsche Abfuhr fürs Deutsche Reich

die Namen: Ulrich Lappenküper ("Die Mission Radowitz"), Joseph Maria von Radowitz

b) Bismarck versucht, Frankreich einzuschüchtern

Bismarck will nun Paris einschüchtern: soll vage Ängste vor etwa bevorstehender deut-
scher Mobilmachung bekommen

< offiziöser Presseartikel fragt, ob "Krieg in Sicht" sei?

< Verbot des Verkaufs von Pferden ins Ausland

→ die Sache läuft aus dem Ruder, prominente Diplomaten und Militärs schwadronieren
vom offenbar notwendigen Präventivkrieg (den Bismarck ja tatsächlich nie wollte!),
man werde ein zweites Mal in Frankreich einmarschieren müssen

die Namen und Termini: Volker Ullrich; freikonservatives Organ "Die Post" ("Ist Krieg in
Sicht?"), Constantin Rössler, Preußischer Staatsanzeiger

c) Frankreich schlägt diplomatisch und publizistisch zurück

Paris erbittet russischen Schutz für das vom angeblich kriegslüsternden Kaiserreich be-
drängte Frankreich; und instrumentalisiert, nur erfolgreicher als Bismarck, die europäi-
sche Presse

→ Großbritannien und Rußland werden kurz nacheinander, und sichtlich aufeinander ab-
gestimmt, in Berlin vorstellig; Bismarck kann klarstellen, daß kein Krieg geplant

→ "Theatercoup Gorčakovs":

der russische Außenminister erweckt in Zirkulardepesche Eindruck, erst die russische In-
tervention habe Bismarck dazu gebracht, von seinen Kriegsplänen Abstand zu nehmen

= schwere Schlappe für Bismarck: die sonst (wegen ihrer kolonialen Interessen) noto-
risch rivalisierenden Großmächte Großbritannien und Rußland tun sich zusammen, um
Deutschland zu zeigen, daß sie an einem starken Frankreich interessiert sind

Klaus Hildebrand: "Nun war eindeutig erwiesen, daß das 1871 Erreichte das Äußerste
dessen war, was die übrigen europäischen Großmächte zu akzeptieren bereit waren."

die Namen, der Zeitungsartikel: Louis Charles de Decazes, Londoner "Times" ("The French
Scare"); Alexander Michailowitsch Fürst von Gorčakov

d) was Bismarck für Lehren daraus zieht

alptraumartige Furcht vor feindlichen Koalitionen gegen das Kaiserreich ("cauchemar des coalitions")

→ versucht fortan, etwaige Spannungen vom Zentrum des Kontinents an die europäische Peripherie zu verlagern, "in der Absicht, dort die rivalisierenden Interessen der anderen Großmächte zugleich zu fördern und zu zähmen" (Volker Ullrich) – Versuch, "durch gezügelte Pflege internationaler Spannungen Frieden zu stiften" (Klaus Hildebrand)

6.) Schlaglicht 1878: der Berliner Kongreß

a) wieder einmal eine "Orient-Krise"

Erhebungen gegen die osmanische Herrschaft

→ Rußland und Österreich vereinbaren, wer was im Fall des nun erwarteten Kollapses der osmanischen Position auf dem Balkan bekommen soll

→ unerwartet setzen sich die Osmanen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen durch

→ der Zar erwägt, auf eigene Faust loszuschlagen

vorkommende Begriffe: Bosniaken, Herzegowiner, Bulgaren, Serbien, Montenegro; "bulgarische Gräueltaten"; Geheimabkommen von Reichstadt; Panславismus

b) heikle russische Anfrage ans Kaiserreich

nämlich: würde es sich zurückhalten wie 1870 das Zarenreich?

→ Bismarck weicht alles in allem aus ∞ ihm wird klar, was für ein problematischer Verbündeter Rußland mit seiner anwachsenden, schroff antideutschen, tendenziell profanzösischen panslawistischen Bewegung ist

→ er wird den engeren Anschluß an Österreich suchen

die Namen, der Begriff: Livadia, Bernhard von Werder, Flügeladjutant; Rainer F. Schmidt ("Die 'Doktorfrage' von Livadia"); Gorčakov

c) rasche russische Siege gegen die Osmanen

→ Rußland kann den Friedensvertrag (von San Stefano) im Grunde diktieren

→ Österreich und Großbritannien alarmiert

→ Gorčakov schlägt Kongreß in Berlin vor

vorkommende Namen: Konstantinopel, Gyula Graf Andrassy

d) welche Rolle der Balkan in Bismarcks Außenpolitik spielt

- ist er ein "ehrlicher Makler"?
so rasch berühmtes Diktum (<Reichstagsrede): suche Rolle des "ehrlichen Maklers"
- nein, Bismarck will "das orientalische Geschwür" offen halten

Leitlinien laut "Kissinger Diktat" von 1877:

- * man suche zu allen Großmächten außer Frankreich gedeihliche Beziehungen
- * diese Großmächte sollen ihrerseits untereinander rivalisieren, doch mit sozusagen mittlerer Intensität: kein Krieg, aber auch keine Chance, zu einer antideutschen Koalition zusammenzufinden, ja, die temperierten Interessengegensätze sollen sie vielmehr dazu animieren, um Deutschlands Gunst zu buhlen
- * und der Balkan? genau dort (ferner im Vorderen Orient) sollen sich die anderen wieder und wieder zanken!

→ Bismarck sucht gar keine faire, stabile, dauerhaft tragfähige Lösung!

Diktum kurz nach dem Berliner Kongreß: man müsse versuchen, "das orientalische Geschwür offenzuhalten"

Lothar Gall: "Konfliktverlagerung an die Peripherie" (vgl. schon oben X.5.d)

Probleme: anstrengend; "Geschwüre" schwer einzugrenzen; und: wollen die anderen auf Dauer wieder und wieder gegeneinander ausgespielt werden?

sodann, im Rückblick von 1914: ist es nicht unverantwortlich, ausgerechnet da dauernd zu zündeln und zu schüren, wo ohnehin schon die instabile Schütterzone der europäischen Staatenwelt lag?

e) was kommt beim Kongreß heraus?

Maxime des Berliner Friedens: Terraingewinn für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker, ohne, daß eine Großmacht das Übergewicht über diesen Raum gewänne

vorkommende Begriffe: Rumänien, Serbien, Montenegro; Bulgarien, Ostrumelien; Zypern

Folge des Berliner Friedens: es ist eben doch eine Großmacht verschnupft, Rußland

< kein großbulgarischer Satellitenstaat

< man kommt den (traditionell und bis heute) für so wichtig erachteten "Meerengen" = maritimem Zugang zum Mittelmeer nicht näher

7.) Schlaglicht 1879: Zweibund

- der Kontext: russische Verstimmung

Enttäuschung über Berliner Kongreß

deutsche Schutzzollpolitik

} deutsch-russisches Verhältnis angespannt

- > Aug. 1879 "Briefohrfeige" des Zaren (= Brief an Wilhelm: D schade R immerzu ...)
- > Bismarck vollends klar, daß er auf Rußland nicht bauen kann
- > setzt "Zweibund" mit Österreich durch

- Inhalt und Bedeutung

geheimes Defensivbündnis Ö ∞ D

-> gegenseitige militärische Hilfe, falls einer von Rußland angefallen werde oder aber von anderer Seite, doch mit russischer Unterstützung; wohlwollende Neutralität im Falle eines Angriffs von anderer Seite ohne russische Unterstützung

hier war eine bis 1918 axiomatische Achse geschmiedet worden: das Kaiserreich wird im Schulterschuß mit Österreich in den Ersten Weltkrieg gehen, wo dann beide ihr Desaster erleben

8.) Schlaglichter 1881/82

- der Dreikaiservertrag

innere Instabilitäten, Ermordung Alexanders II., auf Gorčakov folgt mit Nicolai Karlowitsch von Giers ein Deutschland freundlich gesinnter Außenminister

-> Geheimbund auf zunächst drei Jahre: wohlwollende Neutralität, falls eine der drei Mächte in Krieg mit einem Vierten verwickelt würde

- der Dreibund

F löst Ö als Italiens Erzfeind ab (< frz. Truppen marschieren in Tunesien ein)

-> Dreibund I, Ö, D

scheinbar harmlose Vertragslyrik, die wir wieder brauchen, wenn wir uns im Jahr 1887 befinden: die Vertragspartner "verpflichten sich, in einen Gedankenaustausch über die politischen und wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Art, die sich darbieten könnten, einzutreten"

ferner: militärischer Beistand im Fall eines unprovokierten Angriffs von französischer Seite; wohlwollende Neutralität bei Konflikten mit einer anderen europäischen Macht; militärischer Beistand bei einem Krieg mit mehreren anderen Mächten

9.) Schlaglicht 1884: D kommt zu einigen Kolonien

a) zu den Rahmenbedingungen

- * London, Frankreich, Rußland sind seit Jahrhunderten kolonialpolitisch aktiv
≠ mitteleuropäische Territorien
- * publizistische Propagandisten dt. Kolonialpolitik und interessierte Vereine gibt es schon
die Termini: Suez-Kanal, "Scramble for Africa"; Heinrich von Treitschke; Deutscher Kolonialverein (seit 1882)

b) das Kaiserreich richtet 1884/85 "Schutzgebiete" ein

meint: Rückendeckung für private Kolonisationsunternehmungen; eine reichseigene Kolonialverwaltung gibt es unter Bismarck noch nicht

→ folgende "Schutzgebiete":

- Deutsch-Südwestafrika (die Gebiete kennen wir heute als Namibia)
- Kamerun sowie küstennahe Landstriche von Togo
- Deutsch-Ostafrika (die Landstriche gehören heute zu Tansania)
- Kaiser-Wilhelms-Land (der Nordosten von Neu-Guinea) mitsamt dem Bismarck-Archipel (einer vorgelagerten Inselgruppe)

wir merken: das Konzept einer gleichsam indirekten Herrschaft durch Händler und Krämerseelen wird nicht greifen, das Kaiserreich kommt deshalb doch direkt ins Spiel – aber eben erst gegen Ende unseres Zeitraums und vor allem danach

die vorkommenden Namen: Kapstadt, Adolf Lüderitz, "Reichskommissar" Heinrich Göring, "Herero-Aufstand"; Tunis, Gustav Nachtigal; Carl Peters, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG); Adolph von Hansemann, Neuguinea-Kompanie; Berliner Afrika-Konferenz, Kongo, Niger, Prinzip der "effektiven Okkupation"

c) warum öffnet Bismarck dieses Zeitfenster?

- unstrittig: nicht wegen "öffentlichen Drucks"
 - < Kolonialpropaganda in unserem Zeitraum ungleich schwächer als um und nach 1900

- innenpolitische Motive?

* parteipolitisch – zugkräftiges Wahlkampfthema für die kolonialeuphorischen Parteien (Freikonservative, auch Nationalliberale)?

* ökonomisch – innerer Systemzwang, nur neue Absatzmärkte können Überproduktionskrisen vermeiden und/oder Bevölkerungsdruck mindern?

* mentalitätsgeschichtlich – externe Ziele und "Missionen", die "Prestige" eintragen, müssen von mentalen Bruchstellen im Inneren ablenken?

NB: die beiden zuletzt genannten Hypothesen stecken in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen im unscharfen Konzept des "Sozialimperialismus"

* "Kronprinzentese"?

meint: Kolonialpolitik als *Präventivstrategie gegen eine Regierung mit linksliberaler und proenglischer Ausrichtung*

< die Linksliberalen sind nun einmal gegen aktive Kolonialpolitik

< koloniale Projekte sollen antideutsche Animositäten in London // antibritische Stimmung in Deutschland provozieren

die Namen: Axel Riehl ("Tanz um den Äquator"), William Gladstone, Robert Salisbury

was gegen vorwiegend innenpolitische Motive spricht:

Bismarck lehnt es durchgehend und reflektiert ab, Außenpolitik aus innenpolitischen Problemlagen abzuleiten (daß er ein Meister darin ist, außenpolitische Erfolge innenpolitisch auszuschlachten, steht auf einem anderen Blatt)

und: das koloniale Zeitfenster blieb ja ganz schmal

- denkbare außenpolitische Motive

Lothar Gall: es ging Bismarck um eine "Auflockerung der [außenpolitischen] Gesamtsituation"

< Entkrampfung des Verhältnisses zu F durch Arrangements in kolonialpolitischen Belangen (-> man muß in kolonialer Hinsicht auch etwas zu bieten haben)

< das ärgere London und entfremde es noch mehr von Frankreich

wir merken zweierlei:

* es ging Bismarck sogar dann, wenn er in Afrika Schutzversprechungen abgab, eigentlich um Deutschlands Lage in Europa

* wir sehen wieder das uns von anderen Politikfeldern her vertraute komplexe (oder schon gekünstelte?) Jonglieren mit mehreren Bällen

⇒ in dieser Sicht ist nicht so sehr das Ende der Regierung Gladstone, ist der Sturz der französischen Regierung Ferry dafür verantwortlich, daß Bismarck 1885 schon wieder die Lust an Kolonialpolitik verlor, das Fenster wieder schloß

< extrem deutschfeindliche Nachfolgeregierung mit revanchelüsterem Kriegsminister (George Boulanger)

-> es gibt nichts mehr 'aufzulockern'

kurz, es ist ein Motivbündel, in dem außenpolitische Überlegungen dominieren, die "Sozialimperialismus"-These hat die schwächste Erklärungskraft

NB: Wir dürfen die koloniale Episode nicht im Lichte der wilhelminischen Außenpolitik betrachten! Nun wird das Kaiserreich so auftrumpfend wie larmoyant auf "Prestige" pochen, seinen "Platz an der Sonne" einklagen. Amoralische Interessenpolitik: ja, die trieb Bismarck. Von "Weltgeltung" träumte er nicht, "Prestige" stand nicht auf der Agenda.

der vorkommende Name: Eugen Wolf

10.) Schlaglicht 1887

Bismarcks Außenpolitik wird immer verwinkelter und verwickelter, ein manieristisches Flickwerk von Aus- und Nachhilfen – wie im Brennspeigel zeigt sich das 1887:

a) Nichtverlängerung des Dreikaiservertrags

< "bulgarische Krise" -> Ö interveniert ohne vorherige Konsultation des Zaren auf Balkan

b) modifizierte Erneuerung des Dreibundvertrags

zwei Zusatzabkommen tragen den expansiven Ambitionen Italiens auf dem Balkan und in Nordafrika Rechnung

< Sonderabk. I ∞ Ö: handelt von Kompensationen bei Zugewinnen auf dem Balkan

< Sonderabkommen I ∞ D: dt. Beistand bei italien.-frz. Konflikt im Mittelmeer

freilich: weder sind Österreich oder Italien auf dem Balkan irgend bedroht, in der Defensive, noch ist es Italien an der nordafrikanischen Mittelmeerküste:

auf welche Minenfelder hatte sich da Bismarck entführen lassen?

Volker Ullrich: "In die defensiv konzipierte Bündnispolitik Bismarcks mischten sich erstmals offensive Elemente, die den ursprünglichen Zweck zu konterkarieren schienen."

Klaus Hildebrand: "Der Widerspruch zwischen Friedensabsicht und Kriegsvorbereitung klaffte, vom Bismarckschen Bündnisgeflecht mehr und mehr Besitz nehmend, drohend auf."

Ausblick: weil die flankierenden Bündnisse, so die beiden gleich thematisierten, unter Bismarcks Nachfolgern rasch wegbrechen werden, wird der Dreibund Dreh- und Angelpunkt der deutschen Außenpolitik bis 1914. Auf dieser wenig tragfähigen Basis – Schulteranschluß auf Gedeih und Verderben mit dem instabilen Vielvölkerstaat Österreich, dazu auf dem Papier eine Allianz mit der wankelmütigen, ihrerseits des Balkans wegen mit Österreich zerstrittenen Mittelmacht Italien – wird Deutschland in den Ersten Weltkrieg gehen.

c) die Mittelmeerentente

Bismarck will Rußland nicht durch offene Parteinahme für Hofburg in die Arme Frankreichs treiben → sucht selbst nicht in dieser Entente zu sein, aber:

er befördert Zustandekommen einer Allianz der anderen am Balkan interessierten Mächte Großbritannien (für diese Seemacht ist die Levante wichtig), Österreich und Italien (als an den Balkan grenzende Landmächte)

Hoffnung Bismarcks: London so mittelbar an den Dreibund heranzuholen

= streng geheime Verständigung auf eine gemeinsame Balkan- und Orientpolitik; Ziel sei die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer und am Schwarzen Meer

freilich: Unterstützung für britische Ambitionen in Ägypten, italienische in Tunesien

also: erneut, wie beim Dreibund, unverkennbar offensive Ambitionen vertraglich sanktioniert, insbesondere auf Kosten Frankreichs (Tunis), aber (Meerengen!) auch Rußlands

d) der Rückversicherungsvertrag

- Kontexte:

hatte Bismarck nicht gerade das Zustandekommen einer Dreierentente unterstützt, die latent auf Kosten Rußlands ging? eben! wir merken, wie das Bismarcksche Bündnisgeflecht immer artifizieller (oder gekünstelter?) wird

Zweck: Rußland soll sich weiterhin stark genug fühlen für eine aktive Balkan- und Orientpolitik

< sonst würde es Schulteranschluß mit Frankreich suchen ...

< ... und London die Mittelmeerentente für überflüssig erachten

Ausblick: beides wird passieren – russisch-französische Militärkonvention 1892; 1896 lehnt Großbritannien eine Verlängerung der Mittelmeerentente ab.

- **Vertragsinhalte:**

geheimer Hauptvertrag: wohlwollende Neutralität, falls Vertragspartner von Drittem angegriffen würde; bei frz. Angriff auf D, bei österr. Angriff auf R Vorbehalt des "nicht provozierten" Angriffs

"ganz geheimes" Zusatzprotokoll: D anerkenne die "geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkanhalbinsel", also zumal in Bulgarien; ferner sagt D dem Zaren politische und moralische Unterstützung zu, falls er sich genötigt sehe, den "Schlüssel seines Reiches", also die Merengen, in die Hand zu nehmen

- **Evaluierung:**

wir merken, was bei Bismarck dahintersteckte: er wollte *Rußland zum Auftrumpfen ermuntern*, damit Großbritannien an die Seite des Dreibunds zwingen – so weit, so nachvollziehbar

freilich, Problem: Rückversicherungsvertrag reibt sich an Zwei- wie Dreibund

< vergrößernd (aber nicht falsch) gesagt: Bismarck ermuntert Österreich, Italien und Großbritannien auf der einen Seite, Rußland auf der anderen, ihre widerstreitenden Ambitionen robust weiterzuverfolgen

(das "sich reiben" betrifft die Beistandspflichten des Zweibunds, die wohlwollende Neutralität des Dreibunds, aber auch die Konsultationspflichten des letzteren, siehe oben X.8, und seiner Zusatzprotokolle)

man könnte, als unverbesserlicher Bismarck-Fan, einwenden: es war ja gerade der Zweck des üppig wuchernden Bündnisgeflechts, eine Situation zu verhindern, in der die disparaten Bündnispflichten tatsächlich wirksam würden

11.) Bilanz – es haben nicht erst die Nachfolger "alles verdorben"

a) die außenpolitische Situation ist in B.s letzten Jahren desperat

insbesondere:

Verhältnis Deutschland-Rußland seit 1887 ↓, Annäherung Frankreich-Rußland ↑

• Grund 1: die Öffentliche Meinung in R (und F sowieso), Panславismus ∞ Revanchismus

< gemeinsamer Feind: die Deutschen

< die einen schreien "Rache für Sadowa", "Revanche für Sedan" und "Elsaß-Lothringen muß wieder französisch werden"

< die anderen mögen Deutschland nicht, weil es sich auf Gedeih und Verderb an Österreich, den Rivalen Rußlands und aller Panславisten auf dem Balkan gekettet hatte

→ unterhalb der diplomatischen Ebene russisch-dt. Verhältnis fast so schlecht wie frz.-dt.

vorkommender Name: Alexander von Battenberg

• Grund 2: 'Wirtschaftskrieg' zwischen Deutschland und Rußland

< deutsche *Schutzzölle*

< Bismarck kommt auf die verwegene Idee, die deutschlandfeindlichen Kreise in Rußland den Wert der deutschen Freundschaft so recht spüren zu lassen, indem er der *Reichsbank verbietet, russische Wertpapiere als Pfand für Kredite zu akzeptieren*

Michael Stürmer: dieses Lombardverbot "kam einer wirtschaftlichen Kriegserklärung schon sehr nahe"

→ das Zarenreich reagiert auf die faktische Sperrung Deutschlands für den russischen Kapitalmarkt, indem es seinen Geldbedarf von da an in Frankreich deckt

b) Bismarcks Außenpolitik fehlt die gesellschaftliche Verankerung

// Zarenreich: offizielle Außenpolitik nicht (mehr) durch Öffentliche Meinung gedeckt; das zeigt die Vorlesung mit langen Quellenzitaten, wir merken:

* Bismarck ist zuletzt gerade wegen seiner angeblich 'schwächlichen', gewundenen Außenpolitik alles andere als unumstritten

* wir stoßen in den Abgesängen, die voller Freude auf das absehbar baldige Ende Bismarcks sind, auf eine Mischung aus Kriegsstimmung und Großmannssucht, die an den Sommer 1914 denken läßt

// 1914: wer jetzt rasch losschlägt, habe die besseren Karten

// 1914: man weiß, daß danach vielleicht kein Stein mehr auf dem anderen steht ("Weltenbrand", "Weltkatastrophe" ...)

// 1914: man will trotzdem den "Doppelkrieg" und ist sich sicher, daß es London dann mit dem Deutschen Reich halten werde

* Bismarcks Apologien ("wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt") bieten eine bemerkenswert polternde Friedensrhetorik

⇒ *Conclusio: zeitgenössisch umgab Bismarcks Außenpolitik keinesfalls die Gloriole der Unfehlbarkeit; daß man sie alsbald so verherrlichen wird, liegt, außer an glänzender Propagandaarbeit des "Alten" (Bismarcks Memoiren), an der geringen Fortune seiner Nachfolger*

die vorkommenden Begriffe und Namen: "Battenbergaffäre" (< Alexander von Battenberg); Hellmuth von Moltke, Alfred von Waldersee, Friedrich von Holstein; Walter Freiherr von Loë

XI. Schlußworte: "Otto der Große"?

Bismarck hat den Deutschen nicht nur in der Innenpolitik schwere Hypotheken hinterlassen. Ob es ihn entlastet, daß seine Kanzleramts-Nachfolger in der Innenpolitik vieles kaum besser (beim unmittelbaren Nachfolger, Caprivi, würde ich das freilich anders beurteilen) und in der Außenpolitik (da einschließlich Caprivi) fast alles noch schlechter machen werden? Das zu beurteilen, überlasse ich gern Ihnen!

Bismarck war gewiß nicht edler und nicht gestreicher als die vielen, vielen lustvoll von ihm vernichteten Existenzen, die seinen Weg rechts und links säumten. Er hatte aber weniger Skrupel, stärkere Nerven und lange Zeit, vor allem bis 1870, mit Abstrichen bis 1878 ein überragendes Gespür dafür, das seiner Zeit Mögliche auszuloten, Zeitströmungen zu nutzen, er war ein cleverer Zeitgeistsurfer, segelte instinktsicherer als alle anderen am Wind des aktuellen Mainstreams. Seine besten Zeiten lagen freilich spätestens 1878 hinter ihm, für mich schon 1870. Danach war er nicht mehr lernfähig, nur noch unverändert skrupellos und nervenstark.

